

III-319 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXIV. GP

Bundesrechnungsabschluss für das Jahr 2011

Textteil

Voranschlagsvergleichsrechnung Stand 31. März 2012

Auskünfte

Rechnungshof

1031 Wien, Dampfschiffstraße 2

Telefon (00 43 1) 711 71 - 8520

Fax (00 43 1) 712 49 17

E-Mail presse@rechnungshof.gv.at

Impressum

Herausgeber: Rechnungshof

 $\cdot 1031 \; Wien, Dampfschiffstraße \; 2$

http://www.rechnungshof.gv.at

Redaktion und Grafik: Rechnungshof

Druck: Druckerei des BMF

Herausgegeben: Wien, im April 2012



Bericht zum Bundesrechnungsabschluss Republik Österreich

Bundesrechnungsabschluss für das Jahr 2011

Voranschlagsvergleichsrechnung Stand 31. März 2012

Der Präsident des Rechnungshofes

Dr. Josef Moser

Wien, im/April 2012





Inhaltsverzeichnis

Voranschlagsvergleichsrechnung Stand 31. März 2012

Textteil

	VORBEMERKUNG	
	KURZFASSUNG	
1.	Allgemeine Bemerkungen	
1.1	Rechtsgrundlage und Inhalt des Berichts	
1.2	Haushaltsrechtsreform des Bundes	
1.2.1	Erste Etappe der Haushaltsrechtsreform	
1.2.2	Zweite Etappe der Haushaltsrechtsreform	
1.3	Statistische Daten	
2.	Der Bundeshaushalt im Jahr 2011	
2.1	Gesetzliche Grundlagen	
2.2	Wirtschaftliche Rahmenbedingungen bei der Budgeterstellung	
2.3	Der Voranschlag im Jahr 2011	
2.4	Der Bundeshaushalt im Jahr 2011	
2.5	Entwicklung des Abgangs 2007 bis 2011	
2.6	Bedeutende Entwicklungen im Bundeshaushalt 2011	
2.6.1	Bankenpaket	
2.6.2	Österreichs budgetäre Verpflichtungen im Rahmen der europäischen Stabilisierungsinstrumente	
2.6.3	Entwicklung der Abgaben	
2.6.4	Gebarung zur Sozialversicherung – Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung	
2.6.5	Gebarung der Pensionen für Bundesbedienstete	
2.6.6	Gebarung der Arbeitsmarktpolitik	
2.6.7	Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	
2.6.8	Bildung	

R

2.7	Mittelfristige Planung / Finanzrahmen des Bundes
2.7.1	Anwendung des Bundesfinanzrahmengesetzes im Finanzjahr 2011
2.7.2	Finanzrahmen 2011 bis 2014, 2012 bis 2015 und 2013 bis 2016 im Vergleich
2.7.3	Ausgabenentwicklung 2006, 2011 und 2016 im Vergleich
2.7.4	Wirtschaftliche Rahmenbedingungen für die Finanzrahmen 2011 bis 2014, 2012 bis 2015 und 2013 bis 2016
2.8	Auswirkungen der Budgetgebarung 2011 auf die Ziele der Haushaltsführung
2.8.1	Rechtlicher Rahmen
2.8.2	Wachstum
2.8.3	Geldwert
2.8.4	Beschäftigungsstand
2.8.5	Außenwirtschaftliches Gleichgewicht
2.8.6	Nachhaltigkeit der Haushaltsführung
2.9	Finanzierung des Bundeshaushalts
2.9.1	Allgemeines
2.9.2	Zusammensetzung und Entwicklung der gesamten Bundesschulden
2.9.3	Kreditoperationen zur Kassenstärkung
2.9.4	Rechtsträger- bzw. Länderfinanzierung
2.10	Bundeshaftungen
2.10.1	Entwicklung und Stand der Bundeshaftungen
2.10.2	Schadenszahlungen und Rückersätze aus Haftungsübernahmen
2.11	Der Bundeshaushalt im Rahmen der wirtschaftspolitischen Verpflichtungen auf EU-Ebene
2.11.1	Wirtschafts- und Währungsunion
2.11.2	Neuerungen wirtschaftspolitischer Verpflichtungen auf EU-Ebene
2.11.3	Die Entwicklung der Maastricht-Kriterien
2.11.4	Das österreichische Stabilitätsprogramm
2.11.5	Die Österreichischen Stabilitätspakte und die Schuldenbremse
3.	Voranschlagsvergleichsrechnung
3.1	Gesamtergebnis der voranschlagswirksamen Verrechnung





3.1.1	Hauptergebnisse der Gebarung im Vergleich zum Voranschlag
3.1.2	Voranschlagsabweichungen
3.2	Überplanmäßige Ausgaben
3.3	Vorjahresvergleich und Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben
3.3.1	Vorjahresvergleich der Einnahmen und Ausgaben
3.3.2	Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben nach Untergliederungen dargestellt
3.3.3	Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben nach Aufgabenbereichen gegliedert
3.4	Haushaltsrücklagen
3.5	Finanzielle Auswirkungen auf künftige Finanzjahre
3.5.1	Vorberechtigungen und Vorbelastungen
3.5.2	Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre
3.5.3	Schulden
3.5.4	Berechtigungen zu Gunsten künftiger Finanzjahre
3.5.5	Forderungen
3.6	Erläuterungen der Abweichungen vom Bundesvoranschlag in der Voranschlagsvergleichsrechnung
3.6.1	Erklärung der Darstellung der ansatzweisen Erläuterungen
3.6.2	Ansatzweise Erläuterungen der Voranschlagsabweichungen
	Rubrik O, 1: Recht und Sicherheit
	Rubrik 2: Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
	Rubrik 3: Bildung, Forschung, Kunst und Kultur
	Rubrik 4: Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt
	Rubrik 5: Kassa und Zinsen
	Glossar
	Abkürzungsverzeichnis
	Gliederung des Bundeshaushalts

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

Zahlenteil: Abschlussrechnungen und Übersichten zum Bundesrechnungsabschluss 2011

Voranschlagsvergleichsrechnung Stand 31. März 2012

A VORANSCHLAGSWIRKSAME VERRECHNUNG

1.	Bundesfinanzrahmen	
A.1.1	Ausnutzung des Finanzrahmens 2011	_ 10
A.1.2	Bundesfinanzrahmengesetz 2012 - 2015	_ 12
A.1.3	Bundesfinanzrahmengesetz 2013 - 2016	_ 14
2.	Voranschlagsvergleichsrechnung in der Gliederung des Bundesvoranschlages 2011	
A.2.1	Gesamtergebnis der Voranschlagsvergleichsrechnung	_ 17
A.2.2	Zusammenfassung der Voranschlagsvergleichsrechnung nach Rubriken und Untergliederungen	_ 18
A.2.3	Voranschlagsvergleichsrechnung in der Gliederung des Bundesvoranschlages	_ 20
	Untergliederung (Ausgaben	/Einnahmen)
	01 Präsidentschaftskanzlei	20/81
	02 Bundesgesetzgebung	21/82
	03 Verfassungsgerichtshof	22/83
	04 Verwaltungsgerichtshof	23/84
	05 Volksanwaltschaft	_ 24/85
	06 Rechnungshof	25/86
	10 Bundeskanzleramt	26/87
	11 Inneres	_ 28/89
	12 Äußeres	32/92
	13 Justiz	_ 33/93
	14 Militärische Angelegenheiten und Sport	_ 34/94
	15 Finanzverwaltung	37/96



	16 Öffentliche Abgaben	39/98
	20 Arbeit	40/100
	21 Soziales und Konsumentenschutz	41/101
	22 Sozialversicherung	44/102
	23 Pensionen	45/103
	24 Gesundheit	46/104
	25 Familie und Jugend	49/105
	30 Unterricht	51/106
	31 Wissenschaft und Forschung	57/110
	33 Wirtschaft (Forschung)	60/112
	34 Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	61/113
	40 Wirtschaft	62/114
	41 Verkehr, Innovation und Technologie	65/116
	42 Land, Forst- und Wasserwirtschaft	68/118
	43 Umwelt	73/121
	44 Finanzausgleich	75/122
	45 Bundesvermögen	76/123
	46 Finanzmarktstabilität	78/126
	51 Kassenverwaltung	79/127
	58 Finanzierungen, Währungstauschverträge	80/129
A.2.4	Gesamtergebnis der Voranschlagsvergleichsrechnung	130
A.2.5	Voranschlagsvergleichsrechnung in der Gliederung des Bundesvoranschlages	_ 131
	Untergliederung (Ausgaber	n/Einnahmen
	10 Bundeskanzleramt	131/139
	14 Militärische Angelegenheiten und Sport	132/140
	15 Finanzverwaltung	133/141
	20 Arbeit	134/142
	30 Unterricht, Kunst und Kultur	135/143
	31 Wissenschaft und Forschung	136/144
	40 Wirtschaft	137/145
	41 Verkehr, Innovation und Technologie	138/146



3.	Übersichten zur Voranschlagsvergleichsrechnung
A.3.1.1	Übersicht über die Ausgaben getrennt nach gesetzlichen Verpflichtungen und Ermessensausgaben
A.3.1.2	Übersicht über die Ausgaben getrennt nach Personal- und Sachausgaben
A.3.1.3	Übersicht über die Sachausgaben getrennt nach erfolgswirksamen Ausgaben und bestandswirksamen Ausgaben
A.3.1.4	Übersicht über die Sachausgaben (Zahlungen) getrennt nach Gebarungsgruppen_
A.3.2.1	Übersicht über die Einnahmen getrennt nach erfolgswirksamen Einnahmen und bestandswirksamen Einnahmen
A.3.2.2	Übersicht über die Einnahmen getrennt nach zweckgebundenen Einnahmen und sonstigen Einnahmen
A.3.3.1.1	Übersicht über die Ausgaben (Zahlungen) gegliedert nach Aufgabenbereichen 🔃
A.3.3.1.2	Übersicht über die Einnahmen (Zahlungen) gegliedert nach Aufgabenbereichen _
A.3.3.2	Übersicht über die Sachausgaben (Zahlungen) gegliedert nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen
A.3.4.1.1	Übersicht über die Verpflichtungen
A.3.4.1.2	Übersicht über die Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre getrennt nach Finanzjahren
A.3.4.2.1	Übersicht über die Schulden
A.3.4.2.2	Übersicht über die nichtfälligen Schulden getrennt nach Finanzjahren
A.3.4.3.1	Übersicht über die Berechtigungen
A.3.4.3.2	Übersicht über die Berechtigungen zugunsten künftiger Finanzjahre getrennt nach Finanzjahren
A.3.4.4.1	Übersicht über die Forderungen
A.3.4.4.2	Übersicht über die nichtfälligen Forderungen getrennt nach Finanzjahren
4.	Nachweise über die Abschreibungen von Forderungen
A.4.1	Nachweis über die Abschreibungen von Forderungen
5.	Nachweise über die Haushaltsrücklagen
A.5	Gesamtübersicht Ermittlung/Zuführung aller Rücklagen-Arten nach UG
A.5.1	Nachweis über die Untergliederungs-Rücklagen (Summenübersicht)
A.5.2	Nachweis über die variablen Ausgaben-Rücklagen (Summenübersicht)
A.5.3	Nachweis über die EU-Einnahmen-Rücklagen



A. 5.4	Nachweis über die zweckgebundenen Einnahmen-Rücklagen (Summenübersicht)
A. 5.5	Nachweis über die Flexibilisierungs-Rücklagen
A.5.6	Übersicht über die Rücklagen aus zweckgebundenen Einnahmen-Rücklagen
A.5.7	Übersicht über die allgemeinen Rücklagen
A.5.8	Übersicht über die besonderen Rücklagen
A. 5.9	Übersicht über die besonderen Einnahmen-Rücklagen (EU)
A.5.10	Übersicht über die besonderen Aufwendungen-Rücklagen
A.5.11	Übersicht über die Rücklagen im Rahmen der Flexibilisierungsklausel
A.5.12	Übersicht über die Ausgleichsrücklage
A.5.13	Übersicht über die Untergliederungs-Rücklagen
A.5.14	Übersicht über die variablen Ausgaben-Rücklagen
A.5.15	Übersicht über die zweckgebundenen Einnahmen-Rücklagen
A.5.16	Übersicht über die Flexibilisierungs-Rücklagen
A.5.17	Übersicht über die EU-Rücklagen
C	FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS; RECHTSTRÄGERFINANZIERUNG; BUNDESHAFTUNGEN
1.	Finanzierung des Bundeshaushalts
C.1.2.1	the solitate as 54 at 50 ft at 1 m at 1 Mars 5 at 1
	Untergliederung 51 und 58 - Übersicht über den Nettoaufwand (Voranschlagsvergleichsrechnung)
C.1.2.2	(Voranschlagsvergleichsrechnung)
	(Voranschlagsvergleichsrechnung) Untergliederung 51 und 58 - Übersicht über den Nettoaufwand (Zahlungen) Untergliederung 51 und 58 - Übersicht über den Nettoaufwand in künftigen
C.1.2.3	(Voranschlagsvergleichsrechnung) Untergliederung 51 und 58 - Übersicht über den Nettoaufwand (Zahlungen)
C.1.2.3 C.2.1	(Voranschlagsvergleichsrechnung) Untergliederung 51 und 58 - Übersicht über den Nettoaufwand (Zahlungen) Untergliederung 51 und 58 - Übersicht über den Nettoaufwand in künftigen Jahren (Schulden und Forderungen, Verpflichtungen und Berechtigungen)
C.1.2.3 C.2.1 C.2.2	(Voranschlagsvergleichsrechnung) Untergliederung 51 und 58 - Übersicht über den Nettoaufwand (Zahlungen) Untergliederung 51 und 58 - Übersicht über den Nettoaufwand in künftigen Jahren (Schulden und Forderungen, Verpflichtungen und Berechtigungen) Voranschlagsvergleichsrechnung, Allgemeiner Haushalt
C.1.2.3 C.2.1 C.2.2 C.2.3	(Voranschlagsvergleichsrechnung) Untergliederung 51 und 58 - Übersicht über den Nettoaufwand (Zahlungen) Untergliederung 51 und 58 - Übersicht über den Nettoaufwand in künftigen Jahren (Schulden und Forderungen, Verpflichtungen und Berechtigungen) Voranschlagsvergleichsrechnung, Allgemeiner Haushalt Voranschlagsvergleichsrechnung, Ausgleichshaushalt
C.1.2.3 C.2.1 C.2.2 C.2.3 C.3.1.1	(Voranschlagsvergleichsrechnung) Untergliederung 51 und 58 - Übersicht über den Nettoaufwand (Zahlungen) Untergliederung 51 und 58 - Übersicht über den Nettoaufwand in künftigen Jahren (Schulden und Forderungen, Verpflichtungen und Berechtigungen) Voranschlagsvergleichsrechnung, Allgemeiner Haushalt Voranschlagsvergleichsrechnung, Ausgleichshaushalt Voranschlagsvergleichsrechnung - Überleitung Netto-Bruttodarstellung Übersicht über die Zinsen (Verpflichtung) für nichtfällige Finanzschulden
C.1.2.2 C.1.2.3 C.2.1 C.2.2 C.2.3 C.3.1.1 C.3.1.2	Untergliederung 51 und 58 - Übersicht über den Nettoaufwand (Zahlungen) Untergliederung 51 und 58 - Übersicht über den Nettoaufwand in künftigen Jahren (Schulden und Forderungen, Verpflichtungen und Berechtigungen) Voranschlagsvergleichsrechnung, Allgemeiner Haushalt Voranschlagsvergleichsrechnung, Ausgleichshaushalt Voranschlagsvergleichsrechnung - Überleitung Netto-Bruttodarstellung Übersicht über die Zinsen (Verpflichtung) für nichtfällige Finanzschulden getrennt nach Finanzjahren (1) Übersicht über die nichtfälligen Finanzschulden (Tilgung)

	getrennt nach Finanzjahren (2)
C.3.2.1	Übersicht über die Zinsen (Verpflichtung) für nichtfällige Schulden aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren (1)
C.3.2.2	Übersicht über die nichtfälligen Schulden (Tilgung) aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren (1)
C.3.2.3	Übersicht über die Zinsen (Verpflichtung) für nichtfällige Schulden aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren (2)
C.3.2.4	Übersicht über die nichtfälligen Schulden (Tilgung) aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren (2)
C.3.3.1	Übersicht über die Zinsen (Berechtigung) für nichtfällige Forderungen aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren (1)
C.3.3.2	Übersicht über die nichtfälligen Forderungen aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren (1)
C.3.3.3	Übersicht über die Zinsen (Berechtigung) für nichtfällige Forderungen aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren (2)
C.3.3.4	Übersicht über die nichtfälligen Forderungen aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren (2)
C.3.4.1	Übersicht über sonstige nichtfällige Verpflichtungen getrennt nach Finanzjahren (1)
C.3.4.2	Übersicht über sonstige nichtfällige Verpflichtungen getrennt nach Finanzjahren (2)
C.3.5.1	Übersicht über sonstige nichtfällige Berechtigungen getrennt nach Finanzjahren (1)
C.3.5.2	Übersicht über sonstige nichtfällige Forderungen getrennt nach Finanzjahren (1)
C.3.5.3	Übersicht über sonstige nichtfällige Berechtigungen getrennt nach Finanzjahren (2)
C.3.5.4	Übersicht über sonstige nichtfällige Forderungen getrennt nach Finanzjahren (2)
C.4	Nachweis über die Gebarung des Ausgleichshaushalts
C.5.1	Nachweis über Aufnahmen von Finanzschulden und Währungstauschverträgen gemäß § 65b Abs. 3 Z. 1 lit. c BHG
C.6.1	Übersicht über die Finanzschulden
C.6.2	Übersicht über die Schulden aus Währungstauschverträgen
C.6.3	Übersicht über die Forderungen aus Währungstauschverträgen
C.7.1.1	Übersicht über die Entwicklung der Finanzschuld im Jahr 2011

C.7.1.2	Ubersicht über die Entwicklung der Finanzschuld in fremder Währung im Jahr 2011
C.7.1.3	Übersicht über die Entwicklung der Finanzschuld in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 2011
C.7.2.1	Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen im Jahr 2011
C.7.2.2	Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen in fremder Währung im Jahr 2011
C.7.2.3	Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen in der jeweiligen Währung im Jahr 2011
C.7.3.1	Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen im Jahr 2011
C.7.3.2	Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen in fremder Währung im Jahr 2011
C.7.3.3	Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen in der jeweiligen Währung im Jahr 2011
2.	Rechtsträgerfinanzierung
RT.C.1.1	Übersicht über den Nettoaufwand
RT.C.1.2	Übersicht über den Nettoaufwand (Zahlungen)
RT.C.1.3	Übersicht über den Nettoaufwand in den künftigen Jahren (Schulden und Forderungen, Verpflichtungen und Berechtigungen)
RT.C.2.1	Voranschlagsvergleichsrechnung, Allgemeiner Haushalt
RT.C.2.2	Voranschlagsvergleichsrechnung, Ausgleichshaushalt
RT.C.3.1.1	Übersicht über die Zinsen (Verpflichtung) für nichtfällige Rechtsträgerschulden getrennt nach Finanzjahren (1)
RT.C.3.1.2	Übersicht über die nichtfälligen Rechtsträgerschulden (Tilgung) getrennt nach Finanzjahren (1)
RT.C.3.1.3	Übersicht über die Zinsen (Verpflichtung) für nichtfällige Rechtsträgerschulder getrennt nach Finanzjahren (2)
RT.C.3.1.4	Übersicht über die nichtfälligen Rechtsträgerschulden (Tilgung) getrennt nach Finanzjahren (2)
RT.C.3.2.1	Übersicht über die Zinsen (Berechtigung) für nichtfällige Forderungen an Rechtsträger getrennt nach Finanzjahren (1)
RT.C.3.2.2	Übersicht über die nichtfälligen Forderungen an Rechtsträger getrennt nach Finanzjahren (1)
RT.C.3.2.3	Übersicht über die Zinsen (Berechtigung) für nichtfällige Forderungen

R

	an Rechtsträger getrennt nach Finanzjahren (2)
RT.C.3.2.4	Übersicht über die nichtfälligen Forderungen an Rechtsträger getrennt nach Finanzjahren (2)
RT.C.3.3.1	Übersicht über die Zinsen (Verpflichtung) für nichtfällige Schulden aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren (1)
RT.C.3.3.2	Übersicht über die nichtfälligen Schulden (Tilgung) aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren (1)
RT.C.3,3.3	Übersicht über die Zinsen (Verpflichtung) für nichtfällige Schulden aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren (2)
RT.C.3.3.4	Übersicht über die nichtfälligen Schulden (Tilgung) aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren (2)
RT.C.3.4.1	Übersicht über die Zinsen (Berechtigung) für nichtfällige Forderungen aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren (1)
RT.C.3.4.2	Übersicht über die nichtfälligen Forderungen aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren (1)
RT.C.3.4.3	Übersicht über die Zinsen (Berechtigung) für nichtfälligen Forderungen aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren (2)
RT.C.3.4.4	Übersicht über die nichtfälligen Forderungen aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren (2)
RT.C.3.5.1	Übersicht über sonstige nichtfällige Verpflichtungen getrennt nach Finanzjahren (1)
RT.C.3.5.2	Übersicht über sonstige nichtfällige Verpflichtungen getrennt nach Finanzjahren (2)
RT.C.3.6.1	Übersicht über sonstige nichtfällige Berechtigungen getrennt nach Finanzjahren (1)
RT.C.3.6.2	Übersicht über sonstige nichtfällige Berechtigungen getrennt nach Finanzjahren (2)
RT.C.4	Nachweis über die Gebarung des Ausgleichshaushalts
RT.C.5.1	Nachweis über Aufnahmen von Rechtsträgerschulden gemäß § 65c Abs. 2 BHG
RT.C.6.1	Übersicht über die Rechtsträgerschulden
RT.C.6.2	Übersicht über die Forderungen an Rechtsträger
RT.C.6.3	Übersicht über die Schulden aus Währungstauschverträgen
RT.C.6.4	Übersicht über die Forderungen aus Währungstauschverträgen
RT.C.7.1.1	Übersicht über die Entwicklung der RT-Schuld im Jahr 2011
RT.C.7.1.2	Übersicht über die Entwicklung der RT-Schuld





	in fremder Währung im Jahr 2011
RT.C.7.1.3	Übersicht über die Entwicklung der RT-Schuld in der jeweiligen Währung im Jahr 2011
RT.C.7.2.1	Übersicht über die Entwicklung der Forderungen an RT im Jahr 2011
RT.C.7.2.2	Übersicht über die Entwicklung der Forderungen an RT in fremder Währung im Jahr 2011
RT.C.7.2.3	Übersicht über die Entwicklung der Forderungen an RT in der jeweiligen Währung im Jahr 2011
RT.C.7.3.1	Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen im Jahr 2011
RT.C.7.3.2	Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen in fremder Währung im Jahr 2011
RT.C.7.3.3	Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen in der jeweiligen Währung im Jahr 2011
RT.C.7.4.1	Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen im Jahr 2011
RT.C.7.4.2	Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen in fremder Währung im Jahr 2011
RT.C.7.4.3	Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen in der jeweiligen Währung im Jahr 2011
3.	Bundeshaftungen
C.8.1	Übersicht über die Entwicklung der Bundeshaftungen im Jahr 2011
C.8.2.1	Übersicht über die Entwicklung der Bundeshaftungen in heimischer Währung im Jahr 2011
C.8.2.2	Übersicht über die Entwicklung der Bundeshaftungen in fremder Währung im Jahr 2011
C.8.2.3	Übersicht über die Entwicklung der nach Fremdwährungen aufgegliederten Bundeshaftungen im Jahr 2011
C.8.2.4	Übersicht über die Entwicklung der nach Fremdwährungen zusammengefassten Bundeshaftungen im Jahr 2011
C.8.3	Nachweis der Bundeshaftungen



Abbildungen

Abbildungen

Abbildung 1:	Entwicklung des Saldos des Bundes 2007 bis 2011 (in % des BIP)	67
Abbildung 2:	Entwicklung des administrativen und des rücklagenbereinigten Saldos im Vergleich	69
Abbildung 3:	Entwicklung der Abgabenquote 2000 bis 2011 (in % des BIP)	78
Abbildung 4:	Entwicklung des durchschnittlichen Pensionsantrittsalters der Jahre 2003 bis 2011	79
Abbildung 5:	Entwicklung des realen BIP-Wachstums 1995 bis 2011	_ 110
Abbildung 6:	Entwicklung des Verbraucherpreisindex	_ 111
Abbildung 7:	Arbeitsmarkt	_ 112
Abbildung 8:	Außenhandel	_ 113
Abbildung 9:	Determinanten der Veränderung der Schuldenquote 2007 bis 2011	_ 115
Abbildung 10:	Entwicklung des öffentlichen Defizits des Staates laut ESVG 95 (in % des BIP)_	_ 149
Abbildung 11:	Entwicklung der gesamtstaatlichen Schuldenquote (in % des BIP)	_ 152
Abbildung 12:	Entwicklung der Verschuldung 2007 bis 2011 (2007 = Index 100)	_ 153
Abbildung 13:	Entwicklung der Staatsausgaben 2007 bis 2011 (2007 = Index 100)	_ 155
Abbildung 14:	Entwicklung der Staatseinnahmen 2007 bis 2011 (2007 = Index 100)	_ 156
Abbildung 15:	Vergleich von Defizitzielen des Staates	_ 164
Abbildung 16:	Bedeckung der überplanmäßigen Ausgaben im allgemeinen Haushalt 2011 (Mill. EUR)	_ 171





Tabelle 1:	Wirtschaftliche Daten der Budgeterstellung 2011	_ 64
Tabelle 2:	Voranschlag 2011 im Vergleich zum Haushalt 2010	_ 65
Tabelle 3:	Der Bundeshaushalt 2011 im Überblick	_ 66
Tabelle 4:	Entwicklung des Abgangs	_ 68
Tabelle 5:	Ausnutzung des Rahmens gemäß Interbankmarktstärkungsgesetz (IBSG)	- 70
Tabelle 6:	Ausnutzung des Rahmens gemäß Finanzmarktstabilitätsgesetz (FinStaG)	71
Tabelle 7:	Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen zur Finanzmarktstabilität	_ 72
Tabelle 8:	Griechenland-Hilfspaket	_ 76
Tabelle 9:	Entwicklung des Steueraufkommens	77
Tabelle 10:	Entwicklung der Ausgaben für die Sozialversicherung 2007 bis 2011	_ 78
Tabelle 11:	Gebarung zur Sozialversicherung	_ 81
Tabelle 12:	Gebarung der Ausgaben und Einnahmen für Pensionen	83
Tabelle 13:	Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen für Pensionen 2007 bis 2011	85
Tabelle 14:	Gebarung der Arbeitsmarktpolitik (I)	86
Tabelle 15:	Entwicklung der Gebarung der Arbeitsmarktpolitik (I) 2007 bis 2011	_ 87
Tabelle 16:	Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfe	_ 88
Tabelle 17:	Entwicklung der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfe 2007 bis 2011	_ 89
Tabelle 18:	Entwicklung der Ausgaben für Bildung 2007 bis 2011	_ 90
Tabe lle 19:	Bildungsstatistik Schuljahre 2000/01 bis 2010/11	_ 91

R

Tabelle 20:	Ausgaben für Bildung	92
Tabelle 21:	Ausnutzung des Finanzrahmens 2011	94
Tabelle 22:	Entwicklung der Ausgabenobergrenzen gemäß Finanzrahmen 2011 bis 2014, 2012 bis 2015 und 2013 bis 2016	9 6
Tabelle 23:	Entwicklung der Anteile der Rubriken an den Finanzrahmen 2011 bis 2014, 2012 bis 2015 und 2013 bis 2016	97
Tabelle 24:	Ausgabenobergrenzen laut Finanzrahmen 2011 bis 2014, 2012 bis 2015 und 2013 bis 2016 im Vergleich	99
Tabelle 25:	Stabilitätspaket 2012 bis 2016	102
Tabelle 26:	Entwicklung der Ausgabenobergrenze des BFRG 2013 bis 2016 im Vergleich zum Erfolg 2006 und 2011	103
Tabelle 27:	Entwicklung der Anteile der Ausgabenobergrenzen des BFRG 2013 bis 2016 im Vergleich zum Erfolg 2006 und 2011	105
Tabelle 28:	Wirtschaftliche Rahmenbedingungen für die Finanzrahmen 2011 bis 2014, 2012 bis 2015 und 2013 bis 2016	107
Tabelle 29:	Entwicklung und Zusammensetzung des BIP 2010 und 2011	109
Tabelle 30:	Berechnung des Primärsaldos für die Jahre 2007 bis 2011	114
Tabelle 31:	Zusammensetzung und Entwicklung der Bundesschulden 2007 bis 2011	117
Tabelle 32:	Zusammensetzung und Entwicklung der Finanzschulden im engeren Sinn	118
Tabelle 33:	Zusammensetzung der bereinigten Finanzschulden	119
Tabelle 34:	Zusammensetzung der Finanzschulden nach Schuldgattungen und Währungen	120
Tabelle 35:	Zusammensetzung der Schuldaufnahmen für 2011	121
Tabelle 36:	Anleihebegebungen für 2011 in heimischer Währung	122
Tabelle 37:	Zusammensetzung der Tilgungen	123



Tabelle 38:	Entwicklung des Zinsaufwands (brutto und netto) 2007 bis 2011	124
Tabelle 39:	Emissionsgewinne/-verluste aus der Aufstockung von Bundesanleihen	_ 126
Tabelle 40:	Verzinsungsstruktur und Restlaufzeit 2007 bis 2011	_ 127
Tabelle 41:	Tilgungsverpflichtungen ab 2012 getrennt nach Finanzjahren und Schuldgattungen	_ 128
Tabelle 42:	Zinsenverpflichtungen ab 2012 getrennt nach Finanzjahren und Schuldgattungen	_ 129
Tabelle 43:	Entwicklung der Währungstauschverträge	_ 130
Tabelle 44:	Entwicklung der Stände an Schulden und Forderungen aus Währungstauschverträgen 2007 bis 2011	_ 131
Tabelle 45:	Einfluss von Währungstauschverträgen auf die Struktur der Finanzschulden	_ 132
Tabelle 46:	Entwicklung und Stand der Kreditoperationen zur Kassenstärkung 2007 bis 2011_	_134
Tabelle 47:	Entwicklung und Stand der nichtfälligen Rechtsträger- und Länderschulden	_ 135
Tabelle 48:	Zusammensetzung der Rechtsträger- und Länderschulden	_ 136
Tabelle 49:	Entwicklung und Stand der Bundeshaftungen	_ 137
Tabelle 50:	Entwicklung und Veränderung der Bundeshaftungen	_ 139
Tabelle 51:	Schadenszahlungen und Rückersätze	_ 140
Tabelle 52:	Überleitungstabelle des öffentlichen Defizits des Bundessektors	_ 146
Tabelle 53:	Entwicklung des öffentlichen Defizits 2007 bis 2011 nach Teilsektoren des Staates _	_ 148
Tabelle 54:	Überleitung der bereinigten Finanzschulden zur Verschuldung des Bundessektors_	_ 150
Tabelle 55:	Entwicklung des öffentlichen Schuldenstands nach Teilsektoren des Staates	_ 151
Tabell e 56:	Entwicklung der Staatsausgaben 2007 bis 2011 laut ESVG 95	_ 154
Tabelle 57:	Entwicklung der Staatseinnahmen 2007 bis 2011 laut ESVG 95	_ 156



Tabelle 58:	Stabilitätsbeiträge der Teilsektoren des Staates laut Österreichischen Stabilitätspakten 2008 und 2011 sowie	
	geplanter Anpassungspfad gemäß Schuldenbremse (in % des BIP)	160
Tabelle 59:	Österreichische Stabilitätspakte 2008 und 2011 (Zielwerte) und öffentliches Defizit It. Budget-Notifikation (Ist-Werte)	162
Tabelle 60:	Gesamtergebnis der voranschlagswirksamen Verrechnung	165
Tabelle 61:	Mehr- und Minderausgaben sowie Mehr- und Mindereinnahmen des Allgemeinen Haushalts 2011	166
Tabelle 62:	Entwicklung der Mehr- und Minderausgaben sowie der Mehr- und Mindereinnahmen des Allgemeinen Haushalts im Zeitraum 2007 bis 2011	167
Tabelle 63:	Abweichungen vom BVA 2011 nach Untergliederungen getrennt in Personal- und Sachausgaben	169
Tabelle 64:	Bedeckung der überplanmäßigen Ausgaben 2011 (in Mill. EUR)	172
Tabelle 65:	Begründung von überplanmäßigen Ausgaben 2011 über 50 Mill. EUR	173
Tabelle 66:	Ausgaben des Allgemeinen Haushalts 2010 und 2011 gegliedert nach ausgewählten Gesichtspunkten	174
Tabelle 67:	Einnahmen des Allgemeinen Haushalts 2010 und 2011 gegliedert nach ausgewählten Gesichtspunkten	176
Tabelle 68:		178
Tabelle 69:	Entwicklung der voranschlagswirksamen Einnahmen im Gesamthaushalt 2010 und 2011	182
Tabelle 70:	Entwicklung der Ausgaben- und Einnahmenstruktur	185
Tabelle 71:	Ermittlung der neuen Rücklagen 2011	189
Tabelle 72:	Veranschlagte Rücklagenentnahmen 2011	190
Tabelle 73:	Veränderung der Rücklagen 2011 getrennt nach Untergliederungen	191



Tabelle 74:	Finanzielle Auswirkungen auf künftige Finanzjahre	196
Tabelle 75:	Voranschlagsabweichungen vom BVA 2011 von Personal- und Sachausgaben gegliedert nach gesetzlichen Verpflichtungen und Ermessensausgaben	198
Tabelle 76:	Voranschlagsabweichungen vom BVA 2011 von Personal- und Sachausgaben in der Rubrik 0,1	200
Tabelle 77:	Voranschlagsabweichungen vom BVA 2011 gegliedert nach Untergliederungen in der Rubrik 0,1	201
Tabelle 78:	Voranschlagsabweichungen vom BVA 2011 von Personal- und Sachausgaben in der Rubrik 2	213
Tabelle 79:	Voranschlagsabweichungen vom BVA 2011 gegliedert nach Untergliederungen in der Rubrik 2	214
Tabelle 80:	Voranschlagsabweichungen vom BVA 2011 von Personal- und Sachausgaben in der Rubrik 3	223
Tabelle 81:	Voranschlagsabweichungen vom BVA 2011 gegliedert nach Untergliederungen in der Rubrik 3	224
Tabelle 82:	Voranschlagsabweichungen vom BVA 2011 von Personal- und Sachausgaben in der Rubrik 4	228
Tabelle 83:	Voranschlagsabweichungen vom BVA 2011 gegliedert nach Untergliederungen in der Rubrik 4	229
Tabelle 84:	Voranschlagsabweichungen der Sachausgaben vom BVA 2011 in der Rubrik 5 (Allgemeiner Haushalt)	240
Tabelle 85:	Voranschlagsabweichungen vom BVA 2011 gegliedert nach Untergliederungen in der Rubrik 5 (Allgemeiner Haushalt)	240
Tabelle 86:	Voranschlagsabweichungen der Sachausgaben vom BVA 2011 in der Rubrik 5 (Ausgleichshaushalt)	242
Tabelle 87:	Voranschlagsabweichungen vom BVA 2011 gegliedert nach Untergliederungen in der Rubrik 5 (Ausgleichshaushalt)	242



BRA 2011

Vorbemerkung

Der vorliegende Bericht "Bundesrechnungsabschluss für das Jahr 2011 (Voranschlagsvergleichsrechnung Stand 31. März 2012)" enthält eine gesamtwirtschaftliche Darstellung der Haushaltsführung des Bundes unter Einbeziehung der übrigen Gebietskörperschaften und die Voranschlagsvergleichsrechnung des Bundes in der Gliederung des Bundesfinanzgesetzes 2011.

Das im BRA für das Jahr 2011 (Voranschlagsvergleichsrechnung Stand 31. März 2012) verwendete statistische Datenmaterial der Statistik Austria entspricht – je nach Kennzahl – dem Stand Jänner bis März 2012 und hat teilweise noch vorläufigen Charakter. Daten des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (WIFO) entstammen – soweit nicht anders angegeben – der März-Prognose 2012. Allenfalls für frühere Jahre vorzunehmende Revisionen und Aktualisierungen von Zahlenwerten wurden dabei berücksichtigt. Die erste Etappe der Haushaltsrechtsreform brachte eine neue Gliederung des Bundeshaushalts in Rubriken und Untergliederungen. Die Einnahmen und Ausgaben werden weiterhin gemäß dem geltenden Bruttoprinzip ausgewiesen. Teilweise sind auch saldierte Darstellungen (netto) zulässig. Die Werte können daher von den in den Vorjahren veröffentlichten Angaben abweichen, erforderlichenfalls wurden aber sämtliche Vergleichszahlen im Bericht entsprechend angepasst. Das in diesem Bericht enthaltene Zahlenwerk beinhaltet allenfalls kaufmännische Auf- und Abrundungen.



BRA 2011 im Überblick

Der Bundeshaushalt im Überblick

Gesamtergebnis der Voranschlagsvergleichsrechnung

Die Ausgaben des Bundes lagen 2011 mit 67,814 Mrd. EUR um 527 Mill. EUR (+ 0,8 %) über jenen im Jahr 2010 (67,287 Mrd. EUR). Gleichzeitig waren auch die Einnahmen mit 63,452 Mrd. EUR um 4,018 Mrd. EUR höher als im Vorjahr (+ 6,8 %). Das Defizit betrug 4,362 Mrd. EUR und war um 3,491 Mrd. EUR geringer als im Jahr 2010 (- 7,853 Mrd. EUR) und um 3,260 Mrd. EUR geringer als im Voranschlag (- 7,622 Mrd. EUR) angenommen.

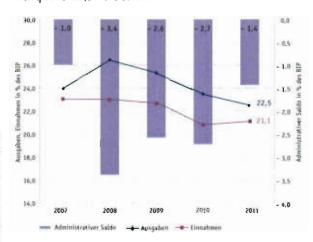
	Voranschlag Erfolg		Abweichung		
	2011	2011	VA 2011 : Erf	olg 2011	
		in Mrd, EUR		in %	
Allgemeiner Haushal	t				
Ansgaben	70,162	67,814	- 2,349	- 3.3	
Einnahmen	62,540	63,452	+0,911	+1.5	
Salde (Abgang)	- 7,622	- 4,362	+ 3,250	- 42.8	
Ausgleichshaushalt	- 11			- 11-	
Ausgaben	71,606	43,280	- 8,326	-11,6	
Einnahmen	79,227	67,642	- 11,586	- 14,6	
Saldo (Oberschuss)	7,622	4,362	- 3,260	- 42,8	
Gesamthaushalt	7.05-115				
Ausgaben	141,768	131,094	- 10,674	- 7,5	
Einnahmen	141,768	131.094	- 10,674	- 7.5	
Saldo	THE PERSON NAMED IN	-	-	1000	

Ausgaben- und Einnahmenstruktur (Allgemeiner Haushalt)

Aufgabenbereich	2010	2011	Veränderung 2010/2011
Ausgaben Allgemeiner Haushalt	MILL EUR	MILEUR	-
Bildungssektor:			COLUMN TO SERVICE STATE OF THE PERSON NAMED IN COLUMN TO SERVICE STATE OF THE PERSON NAMED STATE OF THE PERSON NAMED STATE OF THE PERSON NAMED STATE OF THE PERSON NAM
Erziehung und Unterricht	7.188,11	7.503.96	+ 4,4
Forschung und Wissenschaft	4.011,04	4.073,98	+ 1,6
Kunst	496,16	507,02	+ 2,2
Kultus	55,66	56.02	+ 0,7
Sozialsektor:			No. of Concession, Name of Street, or other party of the last of t
Gesundheit	999.35	1.047,24	. 4,8
Soziale Wohlfahrt	24.799,96	24.073.25	- 2,9
Wohnungsbau	15,52	12,67	- 18,1
Wirtschaftssaktor:	E Transport	C PERSON	A STATE OF
Straßen	41,14	25,30	- 38,5
Sonstiger Verkehr	5.304,61	5.933,10	+ 11,8
Land- und Forstwirtschaft	1.937,24	1.775,54	- 8.3
Energiewirtschaft	510,32	30.39	- 94,0
Industrie und Gewerbe	1.015,28	541,61	- 46.7
Öffentliche Dienstleistungen	613,73	561,63	- 8,5
Private Dienstleistungen	377.57	321,43	- 14.9
Hoheltesektor:	THE PARTY NAMED IN	STATISTICS.	PROBLEMON
Landesverteidigung	2.009,05	2.023,61	+ 0,1
Staats- und Rechtssicherheit	2.985,12	3.023,47	+ 1,3
Übrige Hoheitsverwaltung	14.927,00	16.303,20	+ 9.2
Suname Aligemetrer Haushalt	67.286,86	67.813,52	+ 0,8
Einnahmen Aligemeiner Haushalt	and the same	SPECIFIC	Section 1
Bildungssektor	129.94	132,88	+ 2,3
Sozialsektor	8.363,62	9.199,98	+ 10,0
Wirtschaftssektor	2.643,83	2.627.23	- 0,6
Hoheitssektor	48.296,75	51.491,75	+6,6
Summe Altunmeiner Haushalt	59,434,14	63,451,84	+ 6.8

Entwicklung des Saldos des Bundes

Die Einnahmenquote betrug 21,1 % und die Ausgabenquote 22,5 % des BIP.



Die Grafik zeigt auf der linken Skala die Ausgaben und Einnahmen in Prozent des BIP für die Jahre 2007 bis 2011. Die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben ergibt den administrativen Saldo, welcher auf der rechten Skala dargestellt ist. Im Jahr 2011 betrug das administrative Defizit 1,4 % des BIP.

Primärsaldo* des Bundes

Um die langfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen sicherzustellen, ist im Allgemeinen ein Primärüberschuss des öffentlichen Haushalts nötig. Im Jahr 2011 war der Primärsaldo des Bundes mit 832 Mill. EUR nach den Defiziten 2009 und 2010 wieder positiv. Das bedeutet, dass der Bund nur den Zinsaufwand, nicht aber die operativen Ausgaben durch Schulden finanzieren musste.

	2010		20	11
	Mrd. EUR	% des BIP	Mrd. EUR	% des 81P
Ausgalien	67,287	23,5	67,814	22.5
Einnahmen	59,434	20,8	63,452	21.1
Saldo des Allgemeinen Hausi	alts			
Administrativer Saldo	- 7,853	- 2,7	- 4,362	- 1,4
Veränderung der Rücklagen	-0,943	-0,3	- 1,611	- 0,5
Zinsaufwand, netto	+ 5,729	+ 2,0	+ 6,805	+ 2,3
Primärsaldo des Bundes	- 3,067	-1,1	+ 0,832	+ 0,3

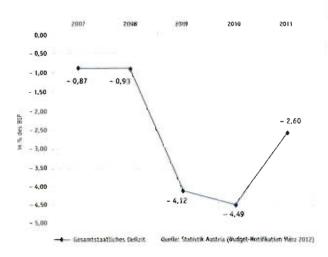
Der Primarsaldo errechnet sich aus dem Saldo des Allgemeinen Haushalts bereinigt um die Veränderung der Rücklagen und die Zinsen. Ein positiver Primarsaldo wird als Primarshenes definiert. Der Primarsaldo gibt Aufsehluss über die Auswirkungen der aktuellen Budgetpolitik auf die zukünftige Entwicklung der öffentlichen Finanzen.

BRA 2011 im Überblick



Öffentliches Defizit des Staates

Das öffentliche Defizit des Staates laut ESVG 95 ging von 12,855 Mrd. EUR auf 7,830 Mrd. EUR (- 2,6 % des BIP) zurück; die Verschuldung des Staates stieg um 11,658 Mrd. EUR auf 217,399 Mrd. EUR (72,2 % des BIP).



Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Haushaltsjahr 2011 wuchs das reale BIP um 3,1 % und der Stand an unselbständig aktiv Beschäftigten stieg um 1,9 % an. Die Arbeitslosenquote laut AMS fiel auf 6,7 % bzw. laut Eurostat auf 4,2 %. Der Leistungsbilanzsaldo war weiterhin positiv (1,9 % des BIP). Die Inflationsrate lag bei 3,3 %.

	Gegenüberstellung Wirtschaftskennzahlen	
	2010	2011
BIP-Wachstum real ("Sicherung des Wachslumspotentials")	+ 2,3%	• 3,1%
Inflationsrate ("hinreichend stabiler Geldwert")	+ 1.9%	+ 3,3%
Arbeitslosenquote nach AMS	6,9%	6,7%
Arbeitslosenquote nach EUROSTAT	4,4%	4,2%
Unselbständig aktiv Beschäftigte ("noher Beschäftigtenstand")	+ 0,8%	+ 1,9%
Leistungsbilanzsaldo (im Verhältnis zum 81P) ("Wahnung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts")	+ 3,0%	+ 1,9%

Quelle: Statistik Austria, WIFO, OeNB - März 2012

Gesamtstaatliche Indikatoren

	2010 In % des BIP	2011 in % des BIP
Maastricht-Defizit	-4,5	-2,6
Maastricht-Verschuldung	71.9	72,2
Abgabenquote laut VGR	42,0	41,9

Struktur der Finanzschulden

	2010	2011	Veränderung 2010/2011	
	in Mrd. EUR			
Finanzschulden	185,932	193,371	+ 7,439	
+/- Saldo Währungstauschverträge	0,811	0,240	- 0,572	
Nettofinanzschulden	186,743	193,611	+ 0,868	
– Eigenbesitz des Bundes*	- 9,972	- 10,433	-0,463	
Bereinigte Finanzschulden	176,771	183,176	+ 6,405	

^{*} Eigenbesitz: Im Bundesbesitz befindliche Bundesschuldkategorien

Zinsaufwand für die Finanzschulden

	Zinsaufwand*				
Bezeichnung	2010	2011	Veränderung 2010/2011		
	in Med. EUR				
Zinsaufwand, brutto	7,674	7,665	- 0,009		
sonstiger Aufwand	0,072	0.091	+ 0.019		
Aufwendungen aus Währungstauschverträgen	2,112	2,627	-0,085		
Summe Ausgaben	9,857	9,782	- 0,075		
Zinseinnahmen	0,731	0,546	0,184		
sonstige Einnahmen	1,281	0,488	- 0,792		
Einnahmen aus Währungstauschverträgen	2,117	1,943	-0,174		
Summe Einnahmen	4,128	2,978	- 1,151		
Zinsaufwand, netto	5,729	6,805	+1,076		

^{*} In: BVA wird der Zimsaufwand nur noch netto veranschlagt

Verpflichtungen (brutto)

	2010	2011	Veränderung 2010/2011	
	in Mrd. EUR			
Endbestand	105,882	156,065	+ 50,183	

Stand der Bundeshaftungen

	2010	2010 2011			
		in Mrd. EUR			
Endbestand	129,130	122,146	- 6,984		



Bundesrechnungsabschluss für das Jahr 2011

Voranschlagsvergleichsrechnung Stand 31. März 2012



BRA 2011

Die Ausgaben des Bundes lagen 2011 mit 67,814 Mrd. EUR um 527 Mill. EUR (+ 0,8 %) über jenen im Jahr 2010 (67,287 Mrd. EUR). Aufgrund konjunkturbedingt höherer Abgabeneinnahmen (+ 2,116 Mrd. EUR) stiegen die Einnahmen des Bundes um 4,018 Mrd. EUR auf 63,452 Mrd. EUR.

Das Defizit betrug 4,362 Mrd. EUR und war um 3,491 Mrd. EUR geringer als im Jahr 2010 (- 7,853 Mrd. EUR) und um 3,260 Mrd. EUR geringer als im Voranschlag (- 7,622 Mrd. EUR) angenommen. Im Jahr 2011 betrug das administrative Defizit 1,4 % des BIP.

Im Jahr 2011 war der Primärsaldo des Bundes mit 832 Mill. EUR nach den Defiziten 2009 und 2010 wieder positiv. Das bedeutet, dass der Bund nur den Zinsaufwand, nicht aber die operativen Ausgaben durch Schulden finanzieren musste.

Die Finanzschulden des Bundes stiegen um 4,0 % auf 193,371 Mrd. EUR, die Netto-Neuverschuldungsquote lag bei 2,5 % des BIP. Die Haftungen gingen um 5,4 % auf 122,146 Mrd. EUR zurück, der Gesamtstand der Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre stieg um 47,4 % auf 156,065 Mrd. EUR. Im Jahr 2011 wurden Verpflichtungen aufgrund der Vereinbarungen über die Rahmenpläne zu Investitionen der ÖBB-Infrastruktur AG von mehr als 40 Mrd. EUR eingebucht.

Die Ausgaben für den Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung fielen um 134 Mill. EUR (- 1,6 %) auf 8,072 Mrd. EUR. Die Nettoausgaben betreffend Pensionen für Bundesbedienstete und Ersätze für Pensionen der Landeslehrer stiegen gegenüber dem Vorjahr um 178 Mill. EUR auf 6,522 Mrd. EUR. Das Defizit aus der Gebarung der Arbeitsmarktpolitik reduzierte sich um 504 Mill. EUR (- 40,5 %) auf 739 Mill. EUR.

Die Ausgaben des Bundes für Schulen lagen mit 6,662 Mrd. EUR um 143 Mill. EUR (+ 2,2 %) über dem Vorjahr und betrugen damit bereits 10 % der Gesamtausgaben des Jahres 2011. Einer gegenüber dem Vorjahr gesunkenen Anzahl an Schulen und Schülern stand eine gestiegene Anzahl an Klassen und Lehrern gegenüber.

Auf gesamtstaatlicher Ebene konnte das öffentliche Defizit nach Maastricht mit 2,60 % des BIP unter den Referenzwert von 3 % des BIP gesenkt werden. Der öffentliche Schuldenstand lag mit 72,15 % des BIP deutlich über dem Referenzwert des Stabilitäts- und Wachstumspaktes der EU von 60 % des BIP. Für eine Rückführung des Schuldenstandes hält der RH strukturelle Konsolidierungsmaßnahmen unter Einbeziehung aller Gebietskörperschaften, insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales, zur Erreichung einer nachhaltigen Budgetgebarung für unabdingbar.



BRA 2011

Kurzfassung

DER BUNDESHAUSHALT IM JAHR 2011 (TZ 2)

Der Bundeshaushalt im Jahr 2011 (TZ 2.4)

Im Vollzug lagen die Ausgaben des Allgemeinen Haushalts mit 67,814 Mrd. EUR im Jahr 2011 um 2,349 Mrd. EUR (- 3,3 %) unter dem veranschlagten Betrag (70,162 Mrd. EUR) und um 527 Mill. EUR (+ 0,8 %) über dem Erfolg im Jahr 2010 (67,287 Mrd. EUR).

Die Einnahmen von 63,452 Mrd. EUR im Jahr 2011 lagen um 911 Mill. EUR (+ 1,5 %) über dem Voranschlag (62,540 Mrd. EUR) und waren gegenüber dem Erfolg im Jahr 2010 (59,434 Mrd. EUR) um 4,018 Mrd. EUR höher (+ 6,8 %).

Der Abgang des Allgemeinen Haushalts betrug 4,362 Mrd. EUR im Jahr 2011 und war um 3,260 Mrd. EUR (- 42,8 %) geringer als im Voranschlag (- 7,622 Mrd. EUR) angenommen sowie um 3,491 EUR (- 44,5 %) geringer als der administrative Abgang im Jahr 2010 (- 7,853 Mrd. EUR).

Der Bundeshaushalt 2011 im Überblick

	Erfolg	Voranschlag	Erfolg	Veränderung		Abweichung	
	2010	2011	2011	Erfolg 2010 : Erfolg 2011		VA 2011 : Erfolg 2011	
		in Mrd.	EUR		in %	in Mrd. EUR	in %
Allgemeiner Ha	ushalt						
Ausgaben	67,287	70,162	67,814	+ 0,527	+ 0,8	- 2,349	- 3,3
Einnahmen	59,434	62,540	63,452	+ 4,018	+ 6,8	+ 0,911	+ 1,5
Saldo (Abgang)	- 7,853	- 7,622	- 4,362	+ 3,491	- 44,5	+ 3,260	- 42,8
Ausgleichshaus	halt						
Ausgaben	47,031	71,606	63,280	+ 16,249	+ 34,5	- 8,326	- 11,6
Einnahmen	54,884	79,227	67,642	+ 12,758	+ 23,2	- 11,586	- 14,6
Saldo (Überschuss)	7,853	7,622	4,362	- 3,491	- 44,5	- 3,260	- 42,8
Gesamthaushal	t						
Ausgaben	114,318	141,768	131,094	+ 16,775	+ 14,7	- 10,674	- 7,5
Einnahmen	114,318	141,768	131,094	+ 16,775	+ 14,7	- 10,674	- 7,5
Saldo	5775	RIP !			1 180 -	B-17 -	

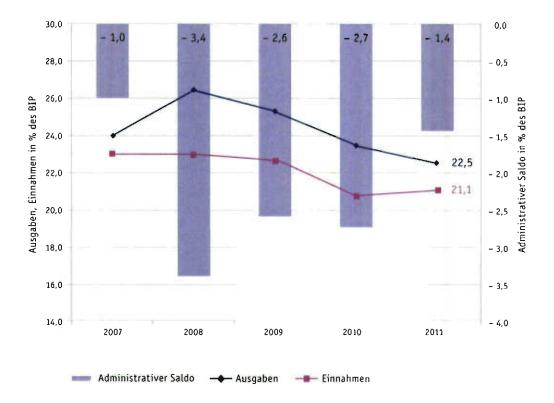


Kurzfassung

Entwicklung des Abgangs 2007 bis 2011 (TZ 2.5)

Im Zeitraum 2007 bis 2011 stellt sich der administrative Abgang (in % des BIP) wie folgt dar:

Entwicklung des Saldos des Bundes 2007 bis 2011 (in % des BIP)



Die Grafik zeigt auf der linken Skala die Ausgaben und Einnahmen in % des BIP für die Jahre 2007 bis 2011. Im Jahr 2011 betrugen die Ausgaben 22,5 % und die Einnahmen 21,1 % jeweils des BIP. Die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben ergibt den administrativen Saldo, der auf der rechten Skala dargestellt ist. Im Jahr 2011 betrug der administrative Saldo - 1,4 % des BIP.



BRA 2011

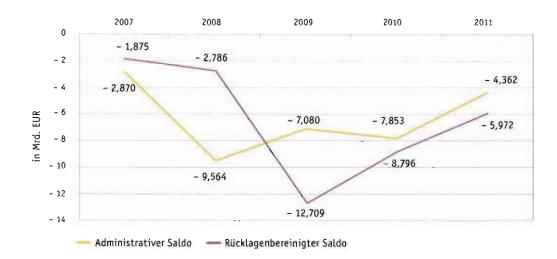
Kurzfassung

Entwicklung des Abgangs

	Erfolg 2010	Voranschlag	Erfolg 2011	Veränderung Erfolg 2010 : Erfolg 2011		Abweichung VA 2011 : Erfolg 2011	
Ī		2011					
		in Mrd. EUR		in %		in Mrd. EUR in %	
Abgang des Allgemeinen Haushalts	- 7, <mark>8</mark> 53	- 7,622	- 4,362	+ 3,491	- 44,5	+ 3,260	- 42,8
Veränderung der Rücklagen	- 0,943	- 1,210	- 1,611	- 0,668	+ 70,8	- 0,401	+ 33,1
Abgang des Allge- meinen Haushalts, bereinigt um Rücklagen- bewegungen	- 8,796	- 8,832	- 5,972	+ 2,823	- 32,1	+ 2,859	- 32,4

Im Jahr 2011 lag der rücklagenbereinigte Abgang mit 5,972 Mrd. EUR über dem administrativen Abgang des Allgemeinen Haushalts von 4,362 Mrd. EUR, aber um 2,823 Mrd. EUR (- 32,1 %) unter dem rücklagenbereinigten Abgang im Jahr 2010. Der rücklagenbereinigte Abgang spiegelt den "Erfolg" eines Finanzjahres besser wider, da zeitliche Verzerrungen aufgrund der finanzierungswirksamen Rücklagengebarung ausgeblendet werden.

Entwicklung des administrativen und des rücklagenbereinigten Saldos im Vergleich





Kurzfassung

Nach den Jahren 2008 und 2009 näherte sich der administrative Haushaltssaldo 2010 wieder dem rücklagenbereinigten Haushaltssaldo an. Die starken Abweichungen in den Jahren 2008 und 2009 waren auf das "Bankenpaket" zurückzuführen. Im Jahr 2008 wurde mit einer Schuldenaufnahme von 8,000 Mrd. EUR für das "Bankenpaket" vorgesorgt, wovon 2008 aber nur ein geringer Anteil in Höhe von 900 Mill. EUR in Anspruch genommen wurde. Der Rest wurde der Ausgleichsrücklage zugeführt. Aus dieser Rücklage wurden im Jahr 2009 Mittel für das "Bankenpaket" entnommen ("Partizipationskapital"). Die stärkere Inanspruchnahme (+ 668 Mill. EUR) von finanzierungswirksam verrechneten Haushaltsrücklagen vergrößerte 2011 den Abstand zwischen dem administrativen und dem rücklagenbereinigten Saldo wieder. Die finanzierungswirksam gebildeten alten Rücklagen können noch bis Ende 2012 in Anspruch genommen werden. Die bis dahin nicht verwendeten alten Rücklagen werden dem allgemeinen Budget zugeführt.

Bedeutende Entwicklungen im Bundeshaushalt 2011 (TZ 2.6)

Bankenpaket

Die österreichische Bundesregierung beschloss im Jahr 2008 ein Maßnahmenpaket, das auf die Stärkung des Interbankmarkts, die Behebung der Störung im Wirtschaftsleben Österreichs, die Sicherstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts sowie den Schutz der österreichischen Volkswirtschaft und des österreichischen Finanzmarkts abzielte. Es umfasste ursprünglich einen Rahmen von 100,000 Mrd. EUR, der sich auf Maßnahmen im Rahmen des Interbankmarktstärkungsgesetzes (IBSG; 75,000 Mrd. EUR) und des Finanzmarktstabilitätsgesetzes (FinStaG; 15,000 Mrd. EUR) sowie auf die Einlagensicherung (10,000 Mrd. EUR) verteilte. Vom Rahmen gemäß IBSG wurden 10,000 Mrd. EUR für das Unternehmensliquiditätsstärkungsgesetz im Jahr 2009 und 15,000 Mrd. EUR für das Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetz im Jahr 2010 (Griechenlandhilfe und Euro-Rettungsschirm) umgewidmet, womit der Haftungsrahmen gemäß IBSG 50,000 Mrd. EUR per 31. Dezember 2010 betrug (Haftungen für Wertpapieremissionen, Aktivitäten der Österreichischen Clearingbank AG).

Die aktuelle Ausnutzung des Rahmens gemäß Interbankmarktstärkungsgesetz durch Banken erfolgte in Form der Gewährung von Rahmengarantien oder Einzelgarantien. Per 31. Dezember 2010 trat das IBSG außer Kraft, d.h. die Haftungen gemäß IBSG laufen aus, und es werden keine neuen Haftungen mehr übernommen. Per 31. Dezember 2011 betrug die Summe des vereinbarten Haftungsvolumens 14,449 Mrd. EUR (31.12.2010: 28,185 Mrd. EUR).



Kurzfassung

Das FinStaG mit einem Rahmen von 15,000 Mrd. EUR war per 31. Dezember 2011 mit 10,970 Mrd. EUR (31.12.2010: 7,459 Mrd. EUR) zu 73,13 % ausgenutzt. Die Maßnahmen im Jahr 2011 zur Herabsetzung des Partizipationskapitals von 625 Mill. EUR und die Umwandlung in Grundkapital in Höhe von 450 Mill. EUR betrafen die Hypo Alpe-Adria-Bank International AG. Die gewährten Haftungsrahmen in Höhe von 4,027 Mrd. EUR inkludieren eine Bürgschaft des Bundes für die KA Finanz AG, die per 30. Dezember 2011 von der Kommunalkredit Austria AG gezogen wurde. Diese Bürgschaft in Höhe von 1,137 Mrd. EUR wird im Juli 2013 schlagend.

Die Einlagensicherung mit einem Haftungsrahmen von 10,000 Mrd. EUR wurde nicht in Anspruch genommen.

Österreichs budgetäre Verpflichtungen im Rahmen der europäischen Stabilisierungsinstrumente

Angesichts der prekären haushaltspolitischen Lage einiger EU-Mitgliedstaaten der Eurozone wurden verschiedene europäische Stabilisierungsinstrumente beschlossen.

Diese umfassen die bilaterale Griechenland-Hilfe, die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), den Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM), den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) sowie Maßnahmen des Internationalen Währungsfonds.

Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF)

Am 9. Mai 2010 wurde durch den ECOFIN¹ die EFSF beschlossen, welche für drei Jahre befristet als Zweckgesellschaft eingerichtet werden sollte. Die Mitgliedstaaten der Eurozone verpflichteten sich in einem Rahmenabkommen, anteilige Haftungen im Ausmaß von insgesamt bis zu 440 Mrd. EUR zu übernehmen. Der Garantieanteil Österreichs betrug 12,24 Mrd. EUR. Am 11. März 2011 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der Eurozone, den Haftungsrahmen der EFSF auf 780 Mrd. EUR zu erhöhen. Davon entfielen rd. 21,64 Mrd. EUR zuzüglich Haftungen für Zinsen und Kosten auf Österreich.

¹ Economic and Financial Affairs Council (Rat für Wirtschaft und Finanzen)



Aus den Mitteln der EFSF wurden bisher Irland und Portugal Krisenhilfen² gewährt. Auch das zweite Griechenland-Hilfspaket wird über die EFSF abgewickelt werden.

Europäischer Finanstabilisierungsmechanismus (EFSM)

Die Europäische Kommission kann im Namen der EU über den EU-Haushalt garantierte Anleihen insgesamt bis zu 60 Mrd. EUR aufnehmen und betroffenen EU-Mitgliedstaaten Beistand in Form von Darlehen oder Kreditlinien gewähren. Aus den Mitteln des EFSM wurde bisher Irland und Portugal ein Darlehensrahmen in Höhe von bis zu 48,5 Mrd. EUR eingeräumt.

Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)

Die Finanzminister der Eurozone einigten sich am 20. Juni 2011 über den Vertrag zur Errichtung des ESM. Am 2. Februar 2012 wurde eine überarbeitete Fassung unterzeichnet. Der ESM-Vertrag soll bis Juli 2012 von allen Mitgliedern ratifiziert werden.

Das gezeichnete Kapital soll dabei 700 Mrd. EUR betragen, wovon 80 Mrd. EUR eingezahlt werden sollen. Das Darlehensvolumen wird 500 Mrd. EUR umfassen.

Die Anteile der Mitgliedstaaten am Gesamtkapital beruhen auf dem Aufteilungsschlüssel für das eingezahlte Kapital der Europäischen Zentralbank. Für Österreich ergibt sich demnach ein Anteil von rd. 2,78 %. Der Anteil am genehmigten Stammkapital beträgt rd. 19,5 Mrd. EUR, das einzuzahlende Kapital rd. 2,23 Mrd. EUR.

Am 30. März 2012 einigten sich die Finanzminister der Eurozone auf eine gemeinsame Darlehenskapazität von ESM und EFSF von 700 Mrd. EUR und auf einen Zeitplan für die Einzahlung des ESM-Kapitals. Der ESM soll Mitte 2012 seine Arbeit aufnehmen und von da an die primäre Quelle für die Finanzierung neuer Programme sein.

² Das Gesamtvolumen der Irland-Hilfe beträgt 85 Mrd. EUR (17,5 Mrd. Beitrag Irlands, 22,5 Mrd. EFSM, 22,5 Mrd. IWF, 17,7 Mrd. EFSF, 4,8 Mrd. von Großbritannien, Schweden und Dänemark) und der Portugal-Hilfe 78 Mrd. EUR (26 Mrd. jeweils von IWF, EFSM und EFSF).



Kurzfassung

Der Euro-Rettungsschirm umfasst rd. 800 Mrd. EUR, die sich folgendermaßen zusammensetzen:

- ESM 500 Mrd. EUR

- EFSF 200 Mrd. EUR

Bilaterale Griechenland-Darlehen 53 Mrd. EUR

- EFSM 48,5 Mrd. EUR

Der einzuzahlende Anteil des ESM-Stammkapitals ist in den Jahren 2012 bis 2014 in fünf Tranchen einzuzahlen. Für Österreich ergeben sich für 2012 Zahlungen von zweimal 445 Mill. EUR, d.h. insgesamt 890 Mill. EUR.

Griechenland-Hilfspakete

Das erste Hilfspaket für Griechenland umfasste einen Kreditrahmen von 110 Mrd. EUR, wovon auf die Mitgliedstaaten der Eurozone (außer der Slowakei) 80 Mrd. EUR und auf den IWF 30 Mrd. EUR entfielen. Der Anteil Österreichs betrug rd. 2,3 Mrd. EUR. Tatsächlich ausbezahlt wurden bis Ende Dezember 2011 sechs von dreizehn geplanten Tranchen in Höhe von insgesamt 73,0 Mrd. EUR (52,9 Mrd. EUR durch Mitgliedstaaten der Eurozone und 20,1 Mrd. EUR durch den IWF). Österreichs Anteil an den gewährten Griechenland-Darlehen betrug 1,555 Mrd. EUR. Griechenland zahlte 2010 und 2011 Darlehenszinsen in Höhe von 62,58 Mill. EUR an Österreich (2010: 11,51 Mill. EUR, 2011: 51,07 Mill. EUR). Bei Darlehensauszahlung wurde sofort eine Service-fee einbehalten und auf das Zinskonto umgebucht (2010: 3,04 Mill. EUR, 2011: 4,74 Mill. EUR).

Auf EU-Ebene wurde am 21. Februar 2012 eine Grundsatzentscheidung zu Gunsten des zweiten Hilfsprogramms für Griechenland getroffen. Das Paket wurde im März 2012 finalisiert. Es hat ein Volumen von 120,2 Mrd. EUR zuzüglich der 24,4 Mrd. EUR aus dem ersten bilateralen Paket und wird von EFSF finanziert werden. Dieses Volumen inkludiert den Beitrag der Eurozone zur Schuldenrestrukturierung von 30 Mrd. EUR sowie voraussichtlich 48 Mrd. EUR für die Rekapitalisierung griechischer Banken. Der IWF trägt zusätzlich 28 Mrd. EUR dazu bei.

Durch die Umschuldung reduzieren sich die Anleiheschulden Griechenlands gegenüber privaten Investoren um 53,5 %; diese wurde im März 2012 bereits größtenteils umgesetzt.

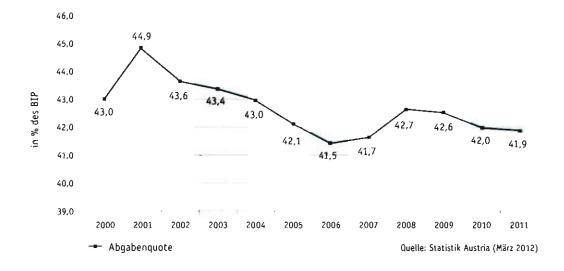


Entwicklung der Abgaben

Die öffentlichen Abgaben (UG 16) als größte Einnahmequelle des Bundes betrugen im Jahr 2011 brutto 69,858 Mrd. EUR und waren um 4,366 Mrd. EUR (+ 6,7 %) höher als im Jahr 2010 (65,492 Mrd. EUR). Verantwortlich dafür waren einerseits die Erholung der Wirtschaft nach dem Ende der Rezession im Jahr 2009 (reales BIP-Wachstum 2010: + 2,3 %; 2011: + 3,1 %) und andererseits die steuerlichen Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung 2011.

Nach Abzug der Ab-Überweisungen an Länder und Gemeinden (I) sowie an die EU (II) betrugen die Nettosteuereinnahmen des Bundes 41,931 Mrd. EUR im Jahr 2011 und lagen um 2,116 Mrd. EUR (+ 5,3 %) über dem Erfolg von 2010 (39,816 Mrd. EUR) bzw. um 455 Mill. EUR (+ 1,1 %) über dem Voranschlag (41,476 Mrd. EUR).

Entwicklung der Abgabenquote 2000 bis 2011 (in % des BIP)



Die gesamtstaatliche Abgabenquote laut VGR³ belief sich im Finanzjahr 2011 auf 41,9 % des BIP und fiel trotz steigender Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen (+ 5,2 %) aufgrund des relativ höheren Wirtschaftswachstums (nominell + 5,3 %) geringfügig um 0,1 Prozentpunkte gegenüber 2010.

³ Steuern und tatsächliche Sozialheiträge (nur Pflichtbeiträge) ahzüglich uneinbringlicher Steuern und Sozialbeiträge, in % des nominellen BIP.



Kurzfassung

Gebarung der Sozialversicherung - Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung

Nach dem stetigen Wachstum der Ausgaben für die Sozialversicherung in den Jahren 2007 bis 2010 (+ 1,921 Mrd. EUR bzw. + 26,3 %), darunter insbesondere des Bundesbeitrags zur Pensionsversicherung, gingen die Ausgaben für die Sozialversicherung (- 125 Mill. EUR) sowie der Bundesbeitrag (- 134 Mill. EUR) im Jahr 2011 wieder zurück. Im Zeitraum 2007 bis 2011 stiegen die Ausgaben für die Sozialversicherung insgesamt um 1,797 Mrd. EUR (+ 24,6 %). Die Ausgaben für Ausgleichszulagen wuchsen – mit Ausnahme des Jahres 2010 – über den gesamten Beobachtungszeitraum und lagen 2011 um 65 Mill. EUR (+ 7,0 %) über dem Jahr 2007. Der relative Anstieg der Ausgaben für Ausgleichszulagen war mit 7,0 % geringer als der Anstieg des Bundesbeitrags zur Pensionsversicherung mit 27,3 %.

Die Entwicklung der Ausgaben für die Sozialversicherung ist durch die demografische Entwicklung der österreichischen Bevölkerung sowie die Entwicklung der Wirtschaftsleistung geprägt. Mit dem Ende der Wirtschaftskrise ging von 2010 auf 2011 ein Anstieg der Zahl der beitragsleistenden Versicherten⁴ von 3,541 Mill. auf 3,608 Mill. einher (+ 1,9 %). Gleichzeitig stieg die Zahl der Pensionsbezieher von 2,207 Mill. auf 2,236 Mill. (+ 1,3 %). Die Pensionsbelastungsquote⁵ (Pensionsbezieher pro 1.000 Pensionsversicherte) ging 2011 aufgrund dieser Entwicklungen auf 620 (2010: 623) zurück. Die Beiträge der Versicherten stiegen von 2010 auf 2011 mit 3,9 % stärker als die Ausgaben der Pensionsversicherungsträger für Versicherungsleistungen (+ 3,3 %).6

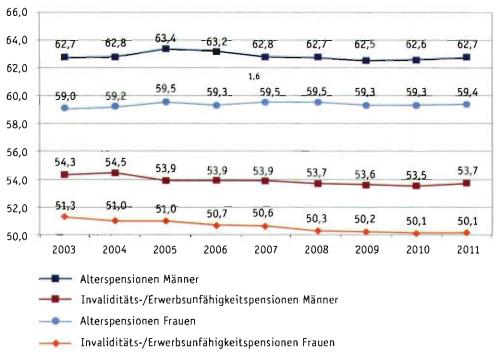
⁴ Zahlen laut Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger

⁵ Zahlen laut Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger

⁶ Zahlen laut Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger



Entwicklung des durchschnittlichen Pensionsantrittsalters der Jahre 2003 bis 2011



Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger

Der mit der Pensionssicherungsreform 2003 angestrebte Anstieg des Antrittsalters für Alterspensionen ist noch nicht eingetreten. Das Antrittsalter für Alterspensionen für Männer lag 2011 auf dem gleichen Niveau wie 2003 (62,7 Jahre), das Antrittsalter für Frauen stieg im Jahr 2011 geringfügig um 0,4 Jahre auf 59,4 Jahre.

Im Jahr 2011 lag das Antrittsalter bei Eigenpensionen für Männer bei 59,2 Jahren und für Frauen bei 57,3 Jahren. 38,7 % der Männer gingen im Durchschnittsalter von 53,7 Jahren und 22,0 % der Frauen im Durchschnittsalter von 50,1 Jahren krankheitsbedingt in Pension. Damit lag das krankheitsbedingte Pensionsantrittsalter von Männern und Frauen im Durchschnitt um jeweils rd. 9 Jahre unter dem Antrittsalter für Alterspensionen. Durch einen um ein Jahr längeren Verbleib der Versicherten im Erwerbsleben könnte der Aufwand für krankheitsbedingte Pensionen um rd. 388 Mill. EUR pro Jahr gesenkt werden (RH, Reihe Bund 2011/8).



Kurzfassung

Die Ausgaben für den Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung in Höhe von 8,072 Mrd. EUR fielen gegenüber dem Jahr 2010 (8,206 Mrd. EUR) um 134 Mill. EUR (- 1,6 %) und lagen um 497 Mill. EUR (- 5,8 %) unter dem Voranschlag (8,568 Mrd. EUR).

Den Ausgaben für den Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung standen Einnahmen aus der Abrechnung von in den Vorjahren zu hoch akontierten Bundesbeiträgen in Höhe von 492 Mill. EUR gegenüber, sodass im Jahr 2011 der "Nettobeitrag" des Bundes zur Pensionsversicherung 7,580 Mrd. EUR betrug (- 583 Mill. EUR bzw. – 7,1 % gegenüber 2010).

Gebarung der Pensionen für Bundesbedienstete

In der UG 23 "Pensionen" werden die Pensionen, das Pflegegeld sowie die Dienstgeberbeiträge zur Krankenversicherung für die Bediensteten der Hoheitsverwaltung des Bundes sowie für die Pensionen der Beamten des Bundes in ausgegliederten Unternehmungen, der Österreichischen Bundesbahnen, der Österreichischen Post AG, der Telekom Austria AG und der ÖBB-Postbus GmbH, die Zusatzpensionen der Österreichischen Bundesforste sowie die Ersätze für Pensionen der Landeslehrer verrechnet.

Die Ausgaben für Pensionen 2011 in Höhe von 8,008 Mrd. EUR (2010: 7,835 Mrd. EUR) stiegen gegenüber dem Vorjahr um 173 Mill. EUR (+ 2,2 %), lagen aber in Summe um 36 Mill. EUR (- 0,4 %) unter dem Voranschlag. Die größten Zuwächse waren bei den Pensionen für die Bediensteten der Hoheitsverwaltung des Bundes (+ 91 Mill. EUR bzw. + 2,7 %) und bei den Ersätzen für die Pensionen der Landeslehrer (+ 63 Mill. EUR bzw. + 5,6 %) zu verzeichnen.

Auf der Einnahmenseite werden insbesondere die Deckungsbeiträge zu den Aktivbezügen für pragmatisierte Bedienstete der ÖBB, der Bundesbeamten bei der Österreichischen Post AG, der Telekom Austria AG und der ÖBB-Postbus GmbH sowie die Pensionsbeiträge der aktiven bzw. die Pensionssicherungsbeiträge der pensionierten Bediensteten verrechnet. Zudem werden die Pensionsbeiträge der Bundesbediensteten in Bundesbetrieben vereinnahmt. In Summe betrugen die Einnahmen 2011 1,486 Mrd. EUR (2010: 1,491 Mrd. EUR) und lagen damit um 5 Mill. EUR (- 0,3 %) unter dem Erfolg des Vorjahrs bzw. um 68 Mill. EUR (- 4,4 %) unter dem Voranschlag.

Die Nettoausgaben für Pensionen stiegen somit um 178 Mill. EUR (+ 2,8 %) auf 6,522 Mrd. EUR (2010: 6,344 Mrd. EUR).



Im Zeitraum 2007 bis 2011 stiegen die Ersätze für die Pensionen der Landeslehrer mit 23,5 % (+ 229 Mill. EUR) am relativ stärksten an, gefolgt von den Pensionsausgaben für Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes (+ 404 Mill. EUR bzw. + 13,4 %). Insgesamt lag der Anstieg der Ausgaben im Zeitraum 2007 bis 2011 mit 11,6 % deutlich über dem Anstieg der Einnahmen (+ 0,4 %), sodass im gleichen Zeitraum die Nettoausgaben für Pensionen um 14,5 % stiegen.

Gebarung der Arbeitsmarktpolitik

Die Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik (I) betrugen 5,771 Mrd. EUR im Jahr 2011 (2010: 6,061 Mrd. EUR) und fielen gegenüber 2010 um 290 Mill. EUR (- 4,8 %). Innerhalb dieser Ausgaben gingen die arbeitsmarktpolitischen Leistungen gemäß Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 (AlVG), Arbeitsmarktservicegesetz (AMSG) und Arbeitsmarktförderungsgesetz (AMFG) um 205 Mill. EUR (- 4,5 %) zurück. Dieser Rückgang war insbesondere auf die geringeren Ausgaben für Arbeitslosengeld (- 122 Mill. EUR bzw. - 7,5 %) und den geringeren PV-Beitrag für Bezieher nach dem AlVG (- 99 Mill. EUR bzw. - 9,0 %) zurückzuführen. Im Zuge der Wirtschaftserholung wurden auch die Fördermaßnahmen (Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG) zurückgenommen (- 112 Mill. EUR bzw. - 11,3 %). Dagegen stiegen die Ausgaben für Notstandshilfe auf 995 Mill. EUR an (+ 48 Mill. EUR bzw. + 5,1 %).

Die positive Arbeitsmarktentwicklung spiegelte sich auch im Anstieg der Arbeitslosenversicherungsbeiträge auf 5,025 Mrd. EUR (252 Mill. EUR bzw. + 5,3 %) wider, sodass sich das Defizit in der Arbeitsmarktpolitik (I) auf 739 Mill. EUR (2010: 1,243 Mrd. EUR) um 504 Mill. EUR (- 40,5 %) reduzierte.

Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen

Der Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (FLAF) stellt die weitaus wichtigste Quelle für die Finanzierung von Familienleistungen auf Bundesebene dar.

Die Ausgaben des FLAF lagen im Jahr 2011 mit 6,213 Mrd. EUR (2010: 6,446 Mrd. EUR) um 233 Mill. EUR (- 3,6 %) unter dem Vorjahr und um 36 Mill. EUR (- 0,6 %) unter dem Voranschlag. Der überwiegende Teil diente der Finanzierung der Familienbeibilfe (50,3 %), des Kinderbetreuungsgeldes (19,0 %) sowie der Pensionsbeiträge für Kindererziehungszeiten (13,7 %).



Kurzfassung

Die Einnahmen des FLAF betrugen im Jahr 2011 6,085 Mrd. EUR (2010 5,757 Mrd. EUR) und lagen um 329 Mill. EUR (+ 5,7 %) über dem Vorjahr und um 139 Mill. EUR (+ 2,3 %) über dem veranschlagten Betrag. Die Finanzierung erfolgte im Wesentlichen aus Dienstgeberbeiträgen (81,8 %) sowie aus Steuermitteln (16,8 %). Weiters wurde der FLAF aus Beiträgen der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, aus Selbstbehalten von Privaten und Rückforderungen von Unterhaltsvorschüssen gespeist.

Wie in den letzten Jahren überschritten im Jahr 2011 die Ausgaben des FLAF dessen Einnahmen. Auch im Jahr 2011 reichten die Einnahmen nicht aus, um die gesetzlich vorgesehenen Leistungen zu finanzieren. Die nicht gedeckten Ausgaben betrugen 128 Mill. EUR.

Neben dem FLAF wurde durch das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 auch der Reservefonds für Familienbeihilfen eingerichtet. Die Mittel des Reservefonds sind zur Deckung der Abgänge des FLAF bestimmt. Zum 31. Dezember 2011 hatte der Bund aufgrund der kumulierten Abgänge des FLAF Forderungen gegenüber dem Reservefonds in Höhe von rd. 3,824 Mrd. EUR.

Bildung

Der Bund gab mit 6,662 Mrd. EUR im Jahr 2011 rd. 10 % seiner Gesamtausgaben für das Schulwesen (ohne Verwaltungsausgaben des Ministeriums) aus. Von 2007 bis 2011 stiegen diese Ausgaben um 817 Mill. EUR (+ 14,0 %). Im gleichen Zeitraum stiegen die Gesamtausgaben des Bundeshaushalts lediglich um 2,9 %. Geprägt waren die Ausgaben zu 93,2 % (2011) von den direkten Personalausgaben des Bundes sowie den Kostenersätzen der Landeslehrer.

Die Ausgaben für Schulen lagen 2011 mit 6,662 Mrd. EUR (2010: 6,519 Mrd. EUR) um 143 Mill. EUR (+ 2,2 %) über dem Vorjahr und um 166 Mill. EUR (+ 2,6 %) über dem Voranschlag (6,496 Mrd. EUR). Der Ausgabenanstieg von 2010 auf 2011 betraf insbesondere den Bereich der allgemein bildenden Schulen (+ 99 Mill. EUR bzw. + 2,1 %). Bei den allgemein bildenden Pflichtschulen lagen die Kostenersätze für Landeslehrer um 96 Mill. EUR (+ 3,0 %) über dem veranschlagten Betrag.

Stärker als die Ausgaben für Schulen stiegen die Ausgaben für Universitäten und Fachhochschulen. Im Zeitraum 2007 bis 2011 nahmen diese um 559 Mill. EUR auf 2,955 Mrd. EUR (+ 23,3 %) zu.



Die Ausgaben für Universitäten und Fachhochschulen lagen 2011 mit 2,955 Mrd. EUR (2010: 2,921 Mrd. EUR) um 34 Mill. EUR (+ 1,2 %) über dem Vorjahr und um 116 Mill. EUR (- 3,8 %) unter dem Voranschlag (3,071 Mrd. EUR). Bedeutende Minderausgaben gegenüber dem Voranschlag wurden bei den Universitäten für die Globalbudgets (- 108 Mill. EUR bzw. – 3,8 %) verzeichnet. Der Großteil dieser Minderausgaben (- 70 Mill. EUR) resultierte aus einer restriktiven Vergabe der Mittel der Globalbudgets der Universitäten.



Kurzfassung

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen bei der Budgeterstellung (TZ 2.2)

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die bei der Budgeterstellung im November 2010⁷ herangezogen wurden, basierten auf der WIFO-September-Prognose 2010. Im Folgenden werden die Parameter gezeigt, die der Budgeterstellung zugrunde gelegt wurden. Diese Werte werden den Ist-Werten aus 2011⁸ gegenübergestellt.

Wirtschaftliche Daten der Budgeterstellung 2011

	Basis für Budgeterstellung (Wifo 9/10)	Ist-Werte 2011	Abweichung
	Veränderu	ung in %	Veränderung in %–Punkten
Bruttoinlandsprodukt	STATE OF STREET		ALC: THE
real	+ 1,9	+ 3,1	+ 1,2
nominell	+ 3,7	+ 5,3	+ 1,6
nominell absolut (Mrd. EUR)	292,9	301,3	+ 8,4
Verbraucherpreise	+ 2,1	+ 3,3	+ 1,2
Lohn- und Gehaltssumme, brutto		NAME OF STREET	
nominell	+ 3,0	+ 4,7	+ 1,7
pro Kopf, nominell	+ 2,2	+ 2,7	+ 0,5
Unselbständig aktiv Beschäftigte	+ 0,6	+ 1,9	+ 1,3
Arbeitslose	E SILE S		
Veränderung in 1.000 gegenüber dem Vorjahr	+ 0,0	- 4,1	- 4,:
in 1.000	250,0	246,7	- 3,3
Arbeitslosenquote			
Arbeitslosenquote lt. AMS (nat. Definition)	6,8	6,7	- 0,1

Quelle: Budgetbericht 2011, Statistik Austria, Wifo-Konjunkturprognose 3/2012

⁷ Einlangen des BFG-Entwurfs im Nationalrat am 30. November 2010, Beschluss vom 22. Dezember 2010.

⁸ Bruttoinlandsprodukt: Statistik Austria (9. März 2012), Verbraucherpreise: Statistik Austria (29. Februar 2012), Lohn- und Gehaltssumme sowie Unselbständig aktiv Beschäftigte: Wifo-Kunjunkturprognose 3/2012, Arbeitslosenzahlen It. AMS und Hauptverband der üsterreichischen Sozialversicherungsträger (Darstellung Statistik Austria 15. März 2012).



Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) entwickelte sich im Jahr 2011 sowohl real (+ 3,1 %) als auch nominell (+ 5,3 %) besser, als dem BVA zugrunde gelegt wurde (September-Prognose 2010). Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten (+ 1,9 %) sowie die Brutto-Lohn- und Gehaltssumme nahmen stärker zu als im BVA angenommen wurde (insgesamt + 4,7 % bzw. pro Kopf + 2,7 %). Die Zahl der Arbeitslosen (246.702 Personen, minus 4.080 gegenüber dem Vorjahr) bzw. die Arbeitslosenquote laut AMS (6,7 %) lagen unter dem bei der Budgeterstellung angenommenen Wert. Die Preissteigerung (Verbraucherpreisindex - VPI) lag mit 3,3 % über dem bei der Erstellung des BVA zugrunde gelegten Wert von 2,1 %.

Auswirkungen der Budgetgebarung 2011 auf die Ziele der Haushaltsführung (TZ 2.8)

Rechtlicher Rahmen

Die Haushaltsführung ist unter Beachtung der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu gestalten (§ 2 BHG), wobei die Sicherstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes und nachhaltig geordnete Haushalte anzustreben sind (Art. 13 Abs. 2 B-VG). Art. 13 Abs. 2 B-VG sieht überdies eine Koordination der Haushaltsführung der Gebietskörperschaften hinsichtlich dieser Ziele vor, d.h. dass die Verbundenheit der Finanzwirtschaft des Bundes, der Länder und der Gemeinden (Gemeindeverbände) in der Haushaltsführung zu berücksichtigen ist (§ 2 BHG). Darüber binaus haben der Bund, die Länder und die Gemeinden bei der Haushaltsführung die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern anzustreben (Art. 13 Abs. 3 B-VG).

Gemäß § 2 Abs. 2 BHG zeichnet sich das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht durch ein ausgewogenes Verhältnis zwischen einem hohen Beschäftigtenstand, einem hinreichend stabilen Geldwert, der Sicherung des Wachstumspotenzials und der Wahrung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes aus.

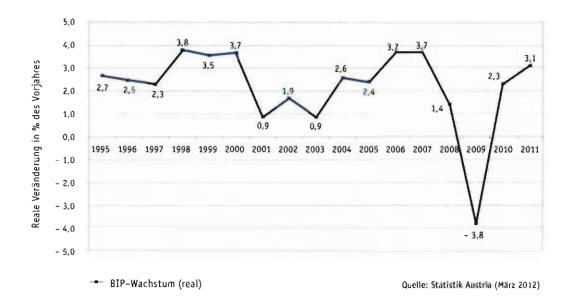
Wachstum

Das nominelle BIP-Wachstum lag 2011 mit + 5,3 % (2010: + 4,1 %) um 1,6 Prozentpunkte über dem Bundesvoranschlag mit + 3,7 % zugrunde gelegten Wert.



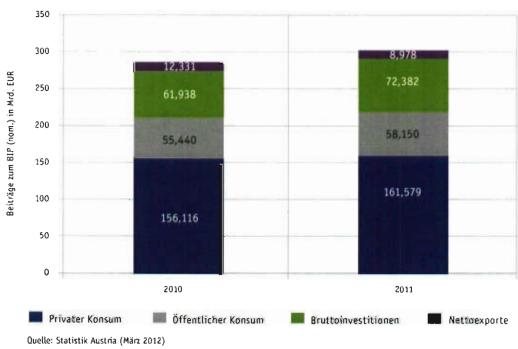
Kurzfassung

Entwicklung des realen BIP-Wachstums 1995 bis 2011



Das reale BIP-Wachstum betrug im Jahr 2011 + 3,1 % (2010: + 2,3 %) und lag damit um 1,2 Prozentpunkte über dem Bundesvoranschlag mit + 1,9 % zugrunde gelegten Wert. Gegen Ende des Jahres 2011 nahm es deutlich ab. Die aktuellen Wirtschaftsprognosen gehen für 2012 von einem realen Wachstum von 0,4 % (Wifo) bis 0,8 % (IHS) aus.

Zusammensetzung des nominellen BIP 2010 und 2011



25



Geldwert

Die Preissteigerung (Verbraucherpreisindex – VPI) lag mit 3,3 % (2010: 1,9 %) über dem bei der Erstellung des Bundesvoranschlags zugrunde gelegten Wert von 2,1 %. Der Preisverlauf 2011 war von den Mineral-ölprodukten bestimmt. Die größten Preistreiber waren die Bereiche Verkehr, Wohnen, Wasser und Energie sowie Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke. Der VPI stieg im Februar 2011 im Vergleich zum Vorjahr sprunghaft über die 3-Prozent-Marke an und hatte seine Höhepunkte im September und November 2011. Seit Dezember 2011 ist der VPI im Vergleich zum Vorjahr wieder rückläufig.

Beschäftigungsstand

Die Bundesregierung ging bei der Budgeterstellung von einem Beschäftigungsanstieg (unselbständig aktiv Beschäftigte) von 0,6 % aus. Tatsächlich stieg im Jahr 2011 die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten um 1,9 %. Im Jahresdurchschnitt 2011 waren rd. 3.756.900 Personen aktiv erwerbstätig, davon 3.323.325 unselbständig aktiv beschäftigt. Die Beschäftigungsquote stieg von 71,7 % im Jahr 2010 auf 72,1 % im Jahr 2011.

Von 2010 auf 2011 fielen die Arbeitslosenquoten auf 6,7 % (2010: 6,9 %) laut AMS (nationale Definition) bzw. auf 4,2 % (2010: 4,4 %) laut Eurostat (internationale Definition). Der Budgeterstellung im November 2010 legte die Bundesregierung eine Arbeitslosenquote laut AMS (nationale Definition) von 6,8 % zugrunde.

Außenwirtschaftliches Gleichgewicht

Nach dem deutlichen Rückgang 2009 stiegen die Exporte und Importe der Güter im österreichischen Außenhandel das zweite Jahr in Folge um mehr als 10 % gegenüber dem Vorjahr. Die Exporte wuchsen 2011 um 11,7 % auf 122,163 Mrd. EUR (2010: 109,373 Mrd. EUR) an. Während im Mai 2011 das Wachstum gegenüber dem Vorjahr noch 22,2 % betrug, stiegen die Exporte im Juni 2011 nur noch um 3,0 % und blieben bis auf August 2011 auch in jedem Monat unter 10 %.

Die Importe der Güter betrugen 2011 130,757 Mrd. EUR (2010: 113,652 Mrd. EUR) und waren um 15,0 % höher als im Vorjahr. Das Wachstum der Importe gegenüber dem Vorjahr verlief nahezu parallel zum Wachstum der Exporte. Lag es im Mai 2011 noch bei 23,9 %, betrug es im Juni 2011 nur



Kurzfassung

noch 6,4 % gegenüber dem Vorjahr. Im Dezember 2011 lag es mit 2,8 % knapp unter dem Wachstum der Exporte.

Im Unterschied zur Darstellung der Zusammensetzung des BIP umfassen die Exporte und Importe beim österreichischen Außenhandel ausschließlich Güter.

Ein umfassenderer Indikator zur Messung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts ist der Leistungsbilanzsaldo. Die Leistungsbilanz zeigt alle Transaktionen zwischen dem Inland und dem Ausland innerhalb eines Jahres an. Sie umfasst Güter, Dienstleistungen, Einkommen und laufende Transfers. Ein Leistungsbilanzüberschuss bedeutet einen Vermögenszuwachs im Inland, aber gleichzeitig einen Kapitalabfluss ins Ausland. Seit dem Jahr 2002 weist Österreich einen Leistungsbilanzüberschuss auf. Er lag 2011 bei 1,9 % des BIP (2010: 3,0 % des BIP) und fiel gegenüber 2010 um 1,1 Prozentpunkte.

Nachhaltigkeit der Haushaltsführung

Um die langfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen sicherzustellen, ist im Allgemeinen ein Primärüberschuss⁹ des öffentlichen Haushalts nötig. Im Jahr 2011 war der Primärsaldo des Bundes mit 832 Mill. EUR nach den Defiziten 2009 und 2010 wieder positiv. Das bedeutet, dass der Bund nur den Zinsaufwand, nicht aber die operativen Ausgaben durch Schulden finanzieren musste. Im Zeitraum 1997 bis 2008 war der Primärsaldo immer positiv gewesen.

⁹ Der Primärsaldo errechnet sich aus dem Saldo des Allgemeinen Haushalts bereinigt um die Veränderung der Rücklagen und um die Zinsen. Ein positiver Primärsaldo wird als Primärüberschuss definiert. Der Primärsaldo gibt Aufschluss über die Auswirkungen der aktuellen Budgetpolitik auf die zukünftige Entwicklung der öffentlichen Finanzen.



Berechnung des Primärsaldos für die Jahre 2007 bis 2011

	2007	2008	2009	2010	2011		derung /2011
			Mrd.	EUR			% des BIP
Ausgaben	65,897	74,477	69,457	67,287	67,814	+ 0,527	+ 0,8
Einnahmen	63,027	64,913	62,376	59,434	63,452	+ 4,018	+ 6,8
Saldo des Allgemeinen Haushalts (Administrativer Saldo)	- 2,870	- 9,564	- 7,080	- 7,853	- 4,362	+ 3,491	- 44,5
Veränderung der Rücklagen	0,995	6,778	- 5,629	- 0,943	- 1,611	- 0,668	+ 70,8
Zinsaufwand, netto	6,757	6,702	6,718	5,729	6,805	+ 1,076	+ 18,8
Primärsaldo des Bundes	4,882	3,917	- 5,990	- 3,067	0,832	+ 3,899	- 127,1
Bereinigte Finanzschulden	147,377	161,972	168,716	176,771	183,176	+ 6,405	+ 3,6
ВІР	274,020	282,746	274,818	286,197	301,308	15,110	+ 5,3
	EIRIE			n % des BI	• 4 8 8 9		
Primärsaldo des Bundes	1,8	1,4	- 2,2	- 1,1	0,3	+ 1,3	DINE
Bereinigte Finanzschulden	53,8	57,3	61,4	61,8	60,8	- 1,0	1000

Quelle: HIS, Statistik Austria (März 2012), eigene Berechnung



Kurzfassung

Finanzierung des Bundeshaushalts (TZ 2.9)

Stand der vorläufigen gesamten Bundesschulden

Folgende Tabelle zeigt den Stand der Bundesschulden jeweils zum Jahresende 2007 bis 2011:

Bezeichnung	2007	2008	2009	2010	2011	Verände 2010/2	
	No.		in Mrd	. EUR		Sec.	in %
Nichtfällige und fällige Finanzschulden	157,508	165,621	176,464	185,932	193,371	+ 7,439	4,0
Schulden aus Währungstausch- verträgen	19,270	23,428	18,846	14,585	13,326	- 1,259	- 8,6
3. Sonstige nichtfällige Schulden (Verwaltungsschulden)	3,125	2,865	3,045	1,531	13,781	+ 12,250	800,1
4. Sonstige voranschlags- wirksame fällige Schulden	0,169	0,394	0,027	0,247	0,263	+ 0,015	6,2
Summe voranschlagswirksame Schulden	180,072	192,307	198,382	202,295	220,741	+ 18,446	9,1
5. Voranschlagsunwirksam verrechnete Schulden	4,827	1,795	1,981	2,375	2,645	+ 0,270	11,4
Bundesschulden	184,899	194,102	200,363	204,670	223,386	+ 18,716	9,1

Die Bundesschulden betrugen 223,386 Mrd. EUR (2010: 204,670 Mrd. EUR) und stiegen gegenüber dem Vorjahr um 18,716 Mrd. EUR (+ 9,1 %). Diese Steigerung ist insbesondere auf die Erhöhung der Verwaltungsschulden (+ 12,250 Mrd. EUR bzw. + 800,1 %) sowie der Finanzschulden (+ 7,439 Mrd. EUR bzw. + 4,0 %) bei gleichzeitiger Verminderung der Schulden aus Währungstauschverträgen (- 1,259 Mrd. EUR bzw. - 8,6 %) zurückzuführen.

Die Finanzschulden im engeren Sinn des Bundes erhöhten sich um 7,439 Mrd. EUR bzw. um 4,0 % [2010: + 5,4 %] auf 193,371 Mrd. EUR. Im Jahr 2011 betrug der Anteil der Finanzschulden am BIP 64,2 % (2010: 65,0 %). Setzt man die Nettoveränderung der Finanzschulden des Jahres 2011 (+ 7,439 Mrd. EUR) mit dem BIP in Beziehung, so folgt daraus eine Netto-Neuverschuldungsquote von 2,5 % (2010: 3,3 %).



Unter Berücksichtigung der Verbindlichkeiten und Forderungen aus Währungstauschverträgen erreichten die Nettofinanzschulden ein Volumen von 193,611 Mrd. EUR (64,3 % des BIP). Nach Abzug des Eigenbesitzes des Bundes betrugen die bereinigten Finanzschulden 183,176 Mrd. EUR (2010: 176,771 Mrd. EUR) oder 60,8 % des BIP (2010: 61,8 %) und lagen um 6,405 Mrd. EUR (+ 3,6 %) über dem Vorjahr.

Insgesamt betrug der Anteil der Anleihen in heimischer und fremder Währung an den Finanzschulden 88,5 %. Der Anteil der Finanzschulden in heimischer Währung stieg von 92,9 % (2010) auf nunmehr 93,6 %. Die Finanzschulden in Fremdwährung gingen nicht nur anteilsmäßig, sondern auch absolut (- 689 Mill. EUR) zurück. Die Fremdwährungsschulden bestanden überwiegend aus Verbindlichkeiten in US-Dollar (9,100 Mrd. EUR).

Die Höhe der Neuaufnahme der Schulden betrug 18,946 Mrd. EUR im Jahr 2011 (2010: 25,278 Mrd. EUR), wobei der Finanzierungsbedarf mit 15,814 Mrd. EUR (2010: 23,047 Mrd. EUR) in heimischer Währung (83,5 %) und mit 3,132 Mrd. EUR (2010: 2,231 Mrd. EUR) in Fremdwährung (16,5 %) bedeckt wurde.

Die Tilgungsverpflichtungen der Finanzschulden werden von 2012 bis 2017 zwischen 11,819 Mrd. EUR (2016) und 22,571 Mrd. EUR (2014) betragen. Gemessen an der Finanzschuld des Bundes Ende 2011 sind in den nächsten sechs Jahren 94,839 Mrd. EUR (49,1 %) der aushaftenden Verbindlichkeiten zurückzuzahlen. Der weitaus höchste Anteil davon entfällt auf Anleihen in heimischer Währung (84,8 %).



Kurzfassung

Zinsaufwand für die Finanzschulden

Folgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Zinsaufwands (brutto und netto) 2007 bis 2011:

	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung 2010/2011	BVA	Abweichung BVA/Erfolg
					in Mrd. I	EUR	Sites	
Zinsaufwand, brutto	7,942	7,881	7,496	7,674	7,665	- 0,009	7,787	- 0,122
Sonstiger Aufwand	0,628	0,242	0,268	0,072	0,091	+ 0,019	0,224	- 0,133
Aufwendungen aus WTV	2,402	2,546	2,368	2,112	2,027	- 0,085	2,019	+ 0,008
Summe Ausgaben	10,972	10,669	10,132	9,857	9,782	- 0,075	10,031	- 0,248
Zinseinnahmen	0,688	0,607	0,590	0,731	0,546	- 0,184	0,399	+ 0,147
Sonstige Einnahmen	0,514	0,172	0,298	1,281	0,488	- 0,792	0,000	+ 0,488
Einnahmen aus WTV	3,013	3,188	2,525	2,117	1,943	- 0,174	1,944	- 0,001
Summe Einnahmen	4,216	3,967	3,413	4,128	2,978	- 1,151	2,343	+ 0,634
Zinsaufwand, netto	6,757	6,702	6,718	5,729	6,805	+ 1,076	7,687	- 0,882

Im Finanzjahr 2011 waren für die Verzinsung der Finanzschulden 7,665 Mrd. EUR und für Aufgeld und sonstige Aufwendungen (z.B. für Provisionen und Emissionsverluste) 91 Mill. EUR an Ausgaben zu leisten. In Summe betrugen die Zahlungen für den Zinsaufwand und den sonstigen Aufwand 7,756 Mrd. EUR.

Diesen Aufwendungen standen Einnahmen aus Stückzinsen und im Bundesbesitz befindliche Anleihen von 546 Mill. EUR sowie Emissionsgewinne und sonstige Einnahmen von insgesamt 488 Mill. EUR gegenüber. Der Saldo der Einnahmen (1,943 Mrd. EUR) und Aufwendungen (2,027 Mrd. EUR) aus Währungstauschverträgen ergab Nettomehraufwendungen von 84 Mill. EUR.

Daraus ergab sich für 2011 ein Nettozinsaufwand von 6,805 Mrd. EUR. Dieser lag um 882 Mill. EUR (- 11,5 %) unter dem Voranschlag und um 1,076 Mrd. EUR über dem Vorjahreswert. Dies war insbesondere auf die sinkenden Einnahmen aus Stückzinsen sowie geringere sonstige Einnahmen zurückzuführen. Die Entwicklung der sonstigen Einnahmen war vor allem auf geringere Emissionsgewinne bei der Aufstockung von Bundesanleihen zurückzuführen.



Bundeshaftungen (TZ 2.10)

Haftungen, die vom Bundesminister für Finanzen aufgrund gesetzlicher Ermächtigungen übernommen wurden, gelten als Eventualverbindlichkeiten des Bundes, dem dabei die Rechtsstellung eines Bürgen oder eines Garanten zukommt. Desgleichen haftet der Bund aufgrund § 1 Abs. 2 und Abs. 4 des Postsparkassengesetzes 1969 i.d.g.F. für die bis 31. Dezember 2000 eingegangenen Verbindlichkeiten der Österreichischen Postsparkasse.

Folgende Tabelle zeigt die Entwicklung und den Stand der Bundeshaftungen für den Zeitraum 2007 bis 2011:

Bezeichnung	2007	2008	2009	2010	2011	Veränd 2010/	
			in Mr	d. EUR			in %
Anfangsbestand	73,250	87,030	112,595	124,479	129,130	+ 4,651	+ 3,7
+ Zugang	+ 35,636	+ 46,595	+ 100,449	+ 26,005	+ 31,758	+ 5,753	+ 22,1
- Abgang	- 21,839	- 21,871	- 88,542	- 22,920	- 38,941	- 16,021	+ 69,9
+ /- Kurswertänderung	- 0,017	+ 0,841	- 0,022	+ 1,566	+ 0,199	- 1,368	- 87,3
Endbestand	87,030	112,595	124,479	129,130	122,146	- 6,984	- 5,4
davon in heimischer Währung	66,682	85,264	98,586	103,251	94,605	- 8,647	- 8,4
davon in Fremdwährung	20,348	27,331	25,892	25,879	27,541	+ 1,663	+ 6,4
Haftungen gemäß § 1 Abs. 2 des Postsparkassengesetzes	3,732	3,235	3,147	2,115	1,665	- 0,450	- 21,3

Zum Jahresende 2011 betrug der Stand an vertraglich übernommenen Bundeshaftungen 122,146 Mrd. EUR (2010: 129,130 Mrd. EUR); das entspricht einer Verminderung im Jahresabstand um 6,984 Mrd. EUR bzw. 5,4 %. Die Veränderung im Gesamtstand der Bundeshaftungen ergab sich aus Zugängen aus Haftungsübernahmen in Höhe von 31,758 Mrd. EUR und durch Verminderung in Höhe von 38,941 Mrd. EUR, die auf die Bezahlung der Haftungsschuld bzw. das vertragsmäßige Erlöschen der Haftung ohne Inanspruchnahme derselben zurückzuführen sind. Zusätzlich erhöhten Kurswert-



Kurzfassung

änderungen die Haftungen in Fremdwährung um 199 Mill. EUR. Haftungsübernahmen, die sich auf Fremdwährungsbeträge beziehen, wurden mit den zum 31. Dezember 2011 gültigen Devisenmittelkursen in Euro umgerechnet und daraus das gesamte zu diesem Stichtag bestehende Haftungsobligo des Bundes ermittelt.¹⁰

Aus den Haftungsübernahmen erwuchsen dem Bund Ausgaben für Schadenszahlungen und sonstige Kosten von insgesamt 275 Mill. EUR; diesen standen Einnahmen aus Entgelten und Rückersätzen von 378 Mill. EUR gegenüber. Daraus ergab sich ein Einnahmenüberhang von 103 Mill. EUR.

Der Bundeshaushalt im Rahmen der wirtschaftspolitischen Verpflichtungen auf EU-Ebene (TZ 2.11)

Das österreichische Stabilitätsprogramm

Österreich unterliegt seit dem Jahr 2009 einem Verfahren wegen übermäßigen Defizits gemäß Art. 126 Abs. 7 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV). Infolge der damaligen Empfehlungen des EU-Rates sollte Österreich ab dem Jahr 2011 mit der Budgetkonsolidierung beginnen, um das gesamtstaatliche Defizit 2013 wieder unter den Referenzwert von 3 % des BIP zu senken. Demnach ist der Saldo im Zeitraum 2011 bis 2013 durchschnittlich um + 0,75 % des BIP pro Jahr zu senken.

Unter dieser Prämisse wurde das Stabilitätsprogramm für die Jahre 2009 bis 2013 erstellt, wonach die Bundesregierung am Ziel eines ausgeglichenen Haushalts über den Konjunkturzyklus festhielt und sich dazu bekannte, alle notwendigen Maßnahmen zur Rückführung des öffentlichen Defizits unter den Referenzwerte von 3 % des BIP zu unternehmen. Das Programm wurde am 26. Jänner 2010 an die Europäische Kommission übermittelt.

Der ECOFIN gab auf Basis der Empfehlungen der Kommission am 26. April 2010 eine Stellungnahme zum Stabilitätsprogramm ab, in der er Österreich aufforderte, die Konsolidierungsmaßnahmen für die Jahre 2011 bis 2013 zu konkretisieren, um auch eine Rückführung der Verschuldungsquote auf 60 % des BIP zu ermöglichen.

¹⁰ Die Haftungen im Bereich Exportförderung gemäß Ausfuhrförderungsgesetz (AusfFG) werden in den Tabellen C.8.2.1 bis C.8.2.4 nur in heimischer Währung dargestellt, obwohl sich die Summe der übernommenen Haftungen aus Haftungen in heimischer Währung von 34.058 Mrd. EUR und Haftungen in Fremdwährung von 3,083 Mrd. EUR (bewertet zum 31.12.2011) zusammensetzt. Da es seitens des BMF nicht möglich war, die Daten zu den Anfangsbeständen der Fremdwährungshaftungen gem. AusfFG zu ühermitteln, konnte eine Berichtigung der Tabellen C.8.1 bis C.8.2.4 nicht erfolgen.

RH

Kurzfassung

Im Bericht der Europäischen Kommission vom 15. Juni 2010 an den ECO-FIN über die von Österreich "gesetzten Maßnahmen" zur Beseitigung des übermäßigen Defizits analysierte die Kommission die Konsolidierungsstrategie Österreichs auf Basis des Bundesfinanzrahmengesetzes 2011 bis 2014. Darin hielt die Kommission weiterhin fest, dass die geplanten Maßnahmen (60 % Ausgabeneinsparung bzw. – 0,6 % des BIP und 40 % Einnahmenerhöhung) noch nicht ausreichend konkretisiert seien. Dennoch erachtete die Europäische Kommission die österreichischen Anstrengungen als ausreichend, um den Ratsempfehlungen gemäß Art. 126 Abs. 7 AEUV (Rückführung des Defizits unter 3 % des BIP bis zum Jahr 2013) Folge zu leisten.

Am 27. April 2011 wurde das aktuelle Stabilitätsprogramm für die Jahre 2010 bis 2014 an die Europäische Kommission übermittelt. Darin wurde insbesondere der Konsolidierungskurs der Bundesregierung beschrieben. Das öffentliche Defizit sollte von 3,9 % auf 2,4 % des BIP (2011 bis 2014) zurückgehen; das entspräche einer jährlichen Reduktion von 0,5 % des BIP. Der öffentliche Schuldenstand sollte bis 2013 auf 75,5 % des BIP ansteigen und 2014 auf 75,1 % des BIP sinken.

Auf Grundlage der Bewertung des österreichischen Stabilitätsprogramms durch die Europäische Kommission am 7. Juni 2011 veröffentlichte der ECOFIN am 12. Juli 2011 seine Empfehlungen zum Nationalen Reformprogramm 2011 und zum Stabilitätsprogramm 2011 bis 2014. Darin wurden das makroökonomische Szenario als Grundlage für die Budgetprognose als zu optimistisch gesehen und die Defizitziele aufgrund fehlender konkreter Absicherungsmaßnahmen des Konsolidierungspfades als risikobehaftet eingestuft. Auch die Prognose der Schuldenquote ist aufgrund zunehmender Verschuldung staatseigener Unternehmen mit Risiken behaftet. Der Schuldenstand könnte jedoch, angesichts früherer Rückzahlung des Partizipationskapitals durch den Bankensektor, niedriger ausfallen als prognostiziert.

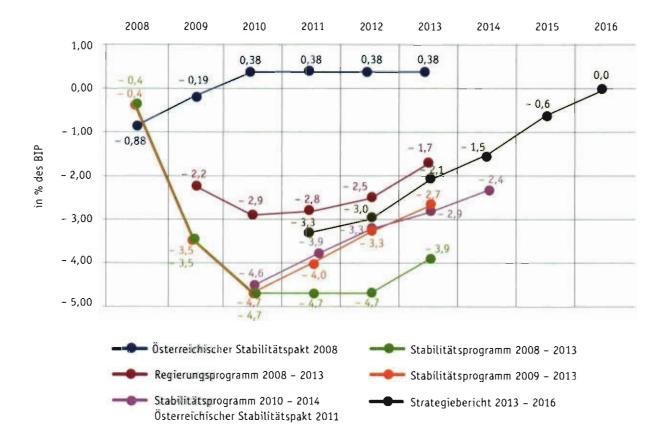
Aufgrund der budgetwirksamen Maßnahmen als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise, die erst nach Abschluss der Vereinbarung des Stabilitätspaktes 2008 beschlossen wurden, wichen das Regierungsprogramm 2008 bis 2013 sowie die Stabilitätsprogramme 2008 bis 2013 bzw. 2009 bis 2013 vom ursprünglichen Ziel des ausgeglichenen Haushalts im Jahr 2010 ab. In ihrem Stabilitätsprogramm 2009 bis 2013 bekannte sich die Bundesregierung dazu, das Defizit wieder unter 3 % des BIP gemäß Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU zurückzuführen. Dieses Ziel wurde auch im Stabilitätsprogramm 2010 bis 2014 sowie im Österreichischen Stabilitätspakt 2011 verfolgt. Im Strategiebericht 2013 bis 2016 wird der Konsolidierungspfad zur Verwirklichung der österreichischen Schuldenbremse ab 2017 gezeigt. Der neue Anpassungspfad sieht eine raschere Konsolidierung als bisher vor.



Kurzfassung

Um diesen Anpassungspfad zu verwirklichen, hält der RH strukturelle Konsolidierungsmaßnahmen, insbesondere im Rahmen des Verwaltungsreformprozesses, für unabdingbar.

Vergleich von Defizitzielen des Staates



R

Kurzfassung

Die Entwicklung der Maastricht-Kriterien

Nachdem im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise auf EU-Ebene Pakete zur Rettung des Euro geschnürt werden mussten und es in Griechenland Unregelmäßigkeiten bei der Berechnung des öffentlichen Defizits und des öffentlichen Schuldenstands gab, definierte Eurostat verschärfte Auslegungsregeln des ESVG 95. Die neuen Auslegungsregeln wurden im Eurostat-Handbuch "Manual on Government Deficit and Debt" (Herbst 2010) publiziert. Demgemäß müssen seit der März-Notifikation 2011 alle Schulden von Unternehmen, für die sich der Staat vertraglich zur Bedienung verpflichtet hat, unmittelbar dem Staat zugeordnet werden. Weiters sind staatliche Garantien, die wiederholt in Anspruch genommen werden bzw. deren künftige Inanspruchnahme sehr wahrscheinlich ist, Maastricht-wirksam. Schließlich waren für Österreich Eurostat-Empfehlungen zu Cash Collaterals¹¹ und die Debatte bezüglich der Behandlung von "bad banks" (KA Finanz AG) von Bedeutung.

Im März 2012 wurde für das Haushaltsjahr 2011 ein Maastricht-Defizit (Finanzierungsdefizit des Staates nach ESVG 95) von 7,830 Mrd. EUR (- 2,60 % des BIP) notifiziert¹².

Die Entwicklung des öffentlichen Defizits auf gesamtstaatlicher Ebene im Bezug auf den Referenzwert von 3 % des BIP zeigt, dass der Wert in den Jahren 2007 und 2008 unterschritten, in den Jahren 2009 und 2010 überschritten und im Jahr 2011 wieder unterschritten wurde.

¹¹ Cash Collaterals sind Bareinlagen, die der Staat im Zusammenhang mit Absicberungsgeschäften gegen das Zins- bzw. Währungsrisiko entgegennimmt.

¹² Die budgetäre Notifikation ist eine Meldeverpflichtung der EU-Länder an die Europäische Kommission zu Verschuldungs- und Defizitdaten des Staates (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungsträger) gemäß EU-Verordnung, die zweimal jährlich erfolgt (jeweils Ende März und Ende September). Die Berechnung und Übermittlung der Daten erfolgt durch die Statistik Austria



Kurzfassung

Entwicklung des öffentlichen Defizits 2007 bis 2011 nach Teilsektoren des Staates

Sektor/Teilsektor	2007	2008	2009	2010	2011
			in Mrd. EUR		N SEE
Sektor Staat, insgesamt	- 2,372	- 2,635	- 11,331	- 12,855	- 7,830
Bundessektor	- 2,437	- 3,025	- 8,767	- 9,945	- 7,183
Landesebene (ohne Wien)	0,078	0,129	- 1,981	- 2,233	- 0,936
Gemeindeebene (einschl. Wien)	0,242	0,115	- 0,785	- 1,229	- 0,089
Sozialversicherungsträger	- 0,254	0,147	0,202	0,553	0,379
BIP	274,020	282,746	274,818	286,197	301,308
	Lys II		in % des BIP		
Sektor Staat, insgesamt	- 0,87	- 0,93	- 4,12	- 4,49	- 2,60
Bundessektor	- 0,89	- 1,07	- 3,19	- 3,47	- 2,38
Landesebene (ohne Wien)	0,03	0,05	- 0,72	- 0,78	- 0,31
Gemeindeebene (einschl. Wien)	0,09	0,04	- 0,29	- 0,43	- 0,03
Sozialversicherungsträger	- 0,09	0,05	0,07	0,19	0,13

Quelle: Statistik Austria (Budget-Notifikation März 2012)

Im Jahr 2011 wiesen sowohl der Bundessektor als auch die Landes- und Gemeindeebene ein Defizit auf. Das Finanzierungsdefizit betrug im Bundessektor – 2,38 % (2010: – 3,47 %) bzw. im Bund – 2,36 % (2010: – 3,45 %), auf Landesebene (ohne Wien) – 0,31 % (2010: – 0,78 %) und auf Gemeindeebene (einschl. Wien) – 0,03 % (2010: – 0,43 %), jeweils des BIP. Der Teilsektor Sozialversicherungsträger erzielte einen Überschuss von 0,13 % (2010: + 0,19 %) des BIP.

Gemäß Osterreichischem Stabilitätspakt 2011 sollte im Jahr 2011 ein gesamtstaatliches Defizit von - 3,85 % des BIP erzielt werden, wobei der Bund sich verpflichtete, ein Defizit von - 3,10 % des BIP nicht zu überschreiten. Im Unterschied zur Maastricht-Notifikation zählt Wien zu den Ländern und nicht zu den Gemeinden. Die Länder (inkl. Wien) verpflichteten sich zu Haushaltsdefiziten von - 0,75 % des BIP und die Gemeinden (ohne Wien) zu länderweise ausgeglichenen Haushalten. Aus den Zahlen der Budget-Notifikation Ende März 2012 geht hervor, dass 2011 sowohl Bund (- 2,38 %



des BIP) als auch Länder einschl. Wien (- 0,54 % des BIP) und Gemeinden ohne Wien (+ 0,15 % des BIP) ihre Ziele erreichten. Die endgültige Berechnung der Stabiltitätsbeiträge liegt erst im Herbst 2012 vor.

Entwicklung des öffentlichen Schuldenstands nach Teilsektoren des Staates

Sektor/Teilsektor	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung 2007/2011	Veränderung 2010/2011
	100		in Mrd. EUR			in	%
Sektor Staat, insgesamt	165,024	180,475	191,069	205,741	217,399	31,7	5,7
Bundessektor	149,242	162,782	168,974	179,302	189,378	26,9	5,6
Landesebene (ohne Wien)	9,395	10,621	13,379	16,529	17,571	87,0	6,3
Gemeindeebene (einschl. Wien)	5,035	5,356	6,162	7,959	8,677	72,3	9,0
Sozialversicherungsträger	1,352	1,716	2,554	1,951	1,772	31,1	- 9,2
BIP	274,020	282,746	274,818	286,197	301,308		223.14
				in % (des BIP		
Sektor Staat, insgesamt	60,22	63,83	69,53	71,89	72,15	11,93	0,26
Bundessektor	54,46	57,57	61,49	62,65	62,85	8,39	0,20
Landesebene (ohne Wien)	3,43	3,76	4,87	5,78	5,83	2,40	0,06
Gemeindeebene (einschl. Wien)	1,84	1,89	2,24	2,78	2,88	1,04	0,10
Sozialversicherungsträger	0,49	0,61	0,93	0,68	0,59	0,09	- 0,09

Quelle: Statistik Austria (Budget-Notifikation März 2012)

Der öffentliche Schuldenstand 2011 betrug 217,399 Mrd. EUR (2010: 205,741 Mrd. EUR) und lag mit 72,15 % (2010: 71,89 %) des BIP über der Referenzmarke (Maastricht-Kriterien) von 60 %. Rund 87 % der Staatsschulden waren 2011 dem Bundessektor, 8 % der Landesebene, 4 % der Gemeindeebene und 1 % den Sozialversicherungsträgern zuzuordnen.

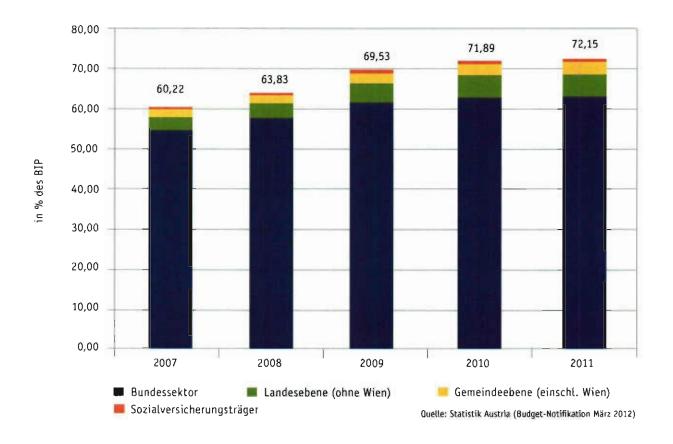
Der Schuldenstand betrug 72,15 %, davon im Bundessektor 62,85 % (2010: 62,65 %), auf Landesebene (ohne Wien) 5,83 % (2010: 5,78 %), auf Gemeindeebene (einschl. Wien) 2,88 % (2010: 2,78 %) und im Teilsektor Sozialversicherungsträger 0,59 % (2010: 0,68 %), jeweils des BIP.

Die folgende Abbildung zeigt die Entwicklung 2007 bis 2011 der Schuldenquote in Prozent des BIP, gegliedert nach den Teilsektoren des öffentlichen Sektors:



Kurzfassung

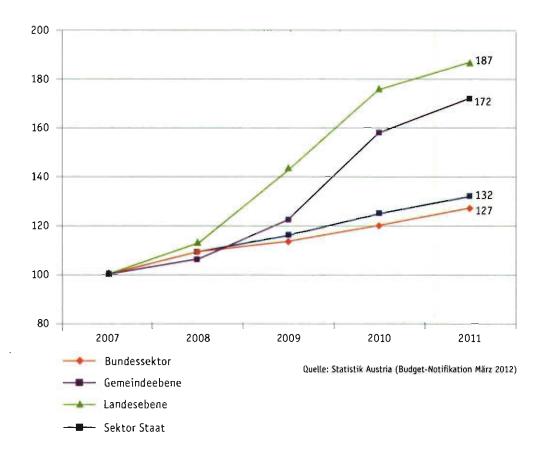
Entwicklung der gesamtstaatlichen Schuldenquote (in % des BIP)



Die Anteile der Teilsektoren des Staates an der öffentlichen Verschuldung entwickelten sich wie folgt: Der Anteil des Bundessektors betrug im Jahr 2007 90,4 % und fiel auf 87,1 % im Jahr 2011 trotz absoluter Zunahme um 40,137 Mrd. EUR. Die Landesebene hatte im Jahr 2007 einen Anteil von 5,7 %, der bis zum Jahr 2011 um 8,176 Mrd. EUR auf 8,1 % anwuchs. Im Jahr 2007 betrug der Anteil der Gemeindeebene 3,1 % und stieg bis 2011 um 3,642 Mrd. EUR auf 4,0 %. Der Anteil der Verschuldung der Sozialversicherungsträger verharrte in etwa bei 1 % über den gesamten Beobachtungszeitraum (2007/2011: + 420 Mill. EUR).



Entwicklung der Verschuldung 2007 bis 2011 (2007 = Index 100)



Der relativ größte Anstieg der öffentlichen Verschuldung im Zeitraum 2007 bis 2011 erfolgte auf Landesebene, wobei das Wachstum ab dem Jahr 2008 deutlich stärker als im Bundessektor war. Die öffentliche Verschuldung der Gemeinden verzeichnete in den Jahren 2009 und 2010 einen bedeutenden Anstieg. Sowohl auf Landes- als auch auf Gemeindeebene war der Anstieg im Jahr 2011 geringer als im Jahr 2010. Die Veränderung der Verschuldung im Bundessektor verlief von 2007 bis 2011 konstant steigend. Die Entwicklung der gesamtstaatlichen Verschuldung ist vom Bundessektor dominiert und entwickelt sich deshalb nahezu parallel dazu.



Kurzfassung

Entwicklung der Staatsausgaben und Staatseinnahmen

Die konsolidierten Staatsausgaben laut ESVG 95 betrugen 152,040 Mrd. EUR (50,46 % des BIP) im Jahr 2011 und wuchsen gegenüber 2010 um 1,0 %.

Die konsolidierten Staatseinnahmen laut ESVG 95 betrugen 144,256 Mrd. EUR (47,88 % des BIP) im Jahr 2011 und stiegen gegenüber 2010 um 4,7 %.

Während die Ausgaben des Bundessektors von 2007 bis 2011 um 6,144 Mrd. EUR anstiegen, erhöhten sich die Einnahmen des Bundessektors nur um 1,797 Mrd. EUR. ¹³ D.h., der Bund konnte nur 29,2 % seiner Ausgabensteigerung durch Mehreinnahmen abdecken. Die Deckungsquoten auf Landes- und Gemeindeebene lagen deutlich darüber. Die Ausgaben wuchsen auf Landesebene um 3,977 Mrd. EUR und die Einnahmen um 2,963 Mrd. EUR. Daraus resultierte eine Deckungsquote von 74,5 % des Ausgabenanstiegs. Auf Gemeindeebene wuchsen die Ausgaben um 3,330 Mrd. EUR und die Einnahmen um 2,999 Mrd. EUR. Die Deckungsquote des Ausgabenanstiegs lag daher bei 90,0 %. Die Sozialversicherungsträger konnten ihre Einnahmen stärker steigern (8,182 Mrd. EUR) als sich ihre Ausgaben erhöhten (7,549 Mrd. EUR). Der Einnahmenanstieg übertraf somit um 8,4 % das Ausgabenwachstum.

¹³ nicht konsolidierte Zahlen



Mittelfristige Planung - Finanzrahmen des Bundes (TZ 2.7)

Das Bundesfinanzrahmengesetz legt Ausgabenobergrenzen für die Finanzjahre 2011 bis 2014 auf Ebene der Rubriken fest.

Enwicklung der Ausgabenobergrenzen gemäß Finanzrahmen 2011 bis 2014, 2012 bis 2015 und 2013 bis 2016

		BFRG 2011 – 2014	BFRG 2012 – 2015		BF 2013 -			Veränderung
	Rubrik	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2011/2016
		加油 车员		in	Mill. EUR	BEAUTINE		DE ARRIVA
0,1	Recht und Sicherheit	7.920,20	8.132,64	7.988,29	7.867,51	7.715,75	7.867,35	- 52,85
	hievon fix	7.818,20	8.037,44	7.899,79	7.779,01	7,627,25	7.778,85	- 39,35
	hievon variabel	102,00	95,20	88,50	88,50	88,50	88,50	- 13,50
2	Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie	32.650,40	35.581,66	35.671,95	36.286,47	36.746,28	37.832,04	+ 5.181,64
	hievon fix	18.329,50	20.221,00	19.919,26	20.479,38	21.203,15	22.064,32	+ 3.734,82
	hievon variabel	14.320,90	15.360,66	15.752,69	15.807,09	15.543,13	15.767,72	+ 1.446,82
3	Bildung, Forschung, Kunst und Kultur	11.765,50	12.657,66	13.011,38	12.908,16	12.956,15	13.145,18	+ 1.379,68
4	Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt	7.744,20	10,965,21	9.330,34	8.466,95	8.165,87	8.377,08	+ 632,88
	hievon fix	5.830,10	8.932,88	7.255,55	6.353,31	6.015,72	6.186,98	+ 356,88
	hievon variabel	1.914,10	2.032,33	2.074,79	2.113,64	2.150,15	2.190,10	+ 276,00
5	Kassa und Zinsen	9.019,00	8.292,74	8.251,35	8.360,26	8.346,22	9.290,50	+ 271,50
	Gesamtsumme	69.099,30	75.629,91	74.253,30	73.889,35	73.930,28	76.512,15	+ 7.412,85
	hievon fix	52.762,30	58.141,72	56.337,32	55.880,13	56.148,49	58.465,83	+ 5.703,53
		76,4%	76,9%	75,9%	75,6%	75,9%	76,4%	+ 0,1%-Pkt.
	hievon variabel	16.337,00	17.488,19	17.915,98	18.009,23	17.781,78	18.046,32	+ 1.709,32
		23,6%	23,1%	24,1%	24,4%	24,1%	23,6%	- 0,1%-Pkt.
			Veränderun	g gegenüber	dem Vorjahr	in %		in %
100	Gesamtsumme	- 2,4	+ 9,5	- 1,8	- 0,5	+ 0,1	+ 3,5	+ 10,7

Quelle: BFRG 2011 - 2014, 2012 - 2015, 2013 - 2016, eigene Berechnung



Kurzfassung

Der Finanzrahmen 2011 bis 2014 sah Ausgabenobergrenzen in fünf Rubriken mit einer Gesamtsumme von 69,099 Mrd. EUR im Jahr 2011 (76,4 % fixe Obergrenzen, 23,6 % variable Obergrenzen) vor.

Die Gesamtsumme der Rubrikenobergrenzen steigt im Jahr 2012 (BFRG 2012 bis 2015) gegenüber dem Jahr 2011 um 6,531 Mrd. EUR (+ 9,5 %) auf 75,630 Mrd. EUR. In den Jahren 2013 bis 2015 (BFRG 2013 bis 2016) liegt die Gesamtsumme der Ausgabenobergrenzen unter dem Wert von 2012 und steigt im Jahr 2016 wieder signifikant. Der Anstieg im Jahr 2016 ist insbesondere auf die Rubriken 2 (+ 1,086 Mrd. EUR gegenüber 2015) und 5 (+ 944 Mill. EUR gegenüber 2015) zurückzuführen.

Entwicklung der Anteile der Rubriken an den Finanzrahmen 2011 bis 2014, 2012 bis 2015 und 2013 bis 2016

	Rubrik	BFRG 2011 – 2014	BFRG 2012 - 2015		BFR 2013 –			Veränderung 2011/2016	
	KUDTIK	2011 20:		2013	2014	2015	2016	2011/2010	
	ALC: N			Anteil in %	SUSSE			%-Punkte	
0,1	Recht und Sicherheit	11,5	10,8	10,8	10,6	10,4	10,3	- 1,2	
2	Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie	47,3	47,0	48,0	49,1	49,7	49,4	+ 2,2	
3	Bildung, Forschung, Kunst und Kultur	17,0	16,7	17,5	17,5	17,5	17,2	+ 0,2	
4	Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt	11,2	14,5	12,6	11,5	11,0	10,9	- 0,3	
5	Kassa und Zinsen	13,1	11,0	11,1	11,3	11,3	12,1	- 0,9	
	Gesamtsumme	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	Trail Con	

Quelle: BFRG 2011 - 2014, 2012 - 2015, 2013 - 2016, eigene Berechnung



Der Anteil der Rubrik 0,1 "Recht und Sicherheit" an der Gesamtsumme der Ausgabenobergrenzen sinkt in den Jahren 2011 bis 2016 von 11,5 % auf 10,3 % (- 1,2 Prozentpunkte).

Dagegen steigt der Anteil der Rubrik 2 "Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie" von 47,3 % auf 49,4 % (+ 2,2 Prozentpunkte) deutlich an. Die anteilsmäßigen Zuwächse sind insbesondere in den UG 21 "Soziales und Konsumentenschutz" (+ 0,6 Prozentpunkte), 23 "Pensionen" (+ 1,4 Prozentpunkte) und 25 "Familie und Jugend" (+ 0,4 Prozentpunkte) zu verzeichnen.

Der Anteil der Rubrik 3 "Bildung, Forschung, Kunst und Kultur" nimmt von 17,0 % auf 17,2 % (+ 0,2 Prozentpunkte) zu.

Anteilsmäßige Rückgänge sind in den Rubriken 4 "Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt" und 5 "Kassa und Zinsen" zu verzeichnen. Der Anteil der Rubrik 4 sinkt von 11,2 % auf 10,9 % (- 0,3 Prozentpunkte). Die deutlich höheren Anteilswerte 2012 und 2013 resultieren aus Zuschüssen an die KA Finanz AG (rd. 610 Mill. EUR), der Kapitalerhöhung der Österreichischen Volksbanken-Aktiengesellschaft (250 Mill. EUR) sowie dem Sonderbeitrag zur Stabilitätsabgabe und der Vorwegbesteuerung der Pensionskassen (gem. FinStaG; 1,028 Mrd. EUR) im Jahr 2012 und einem Zuschuss bzw. Besserungsschein für die KA Finanz AG (rd. 1,136 Mrd. EUR) im Jahr 2013.

Der Anteil der Rubrik 5 geht von 13,1 % auf 12,1 % (- 0,9 Prozentpunkte) zurück. Der Anteil im Jahr 2016 liegt aufgrund der Tilgung einer Nullkuponanleihe und der damit verbundenen Zinszahlungen im Jahr 2016 deutlich über den Anteilswerten 2012 bis 2015. Mit der Umsetzung des Konsolidierungspaketes 2012 bis 2016 soll der Trend der wachsenden Zinslasten eingebremst werden.



Kurzfassung

Entwicklung der Ausgabenobergrenze des BFRG 2013 bis 2016 im Vergleich zum Erfolg 2006 und 2011

	Rubrik	Erfolg		Veränderung	BFRG 2013 – 2016	Veränderung			
	Nabilit.	2006	2011	2006/2011	2016	2011/2016			
	in Mill. EUR								
0,1	Recht und Sicherheit	6.774,62	7.701,93	+ 927,30	7.857,35	+ 155,42			
2	Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie	28.418,12	32.808,08	+ 4.389,96	37.822,04	+ 5.013,96			
3	Bildung, Forschung, Kunst und Kultur	9.639,84	11.936,17	+ 2.296,33	13.135,18	+ 1.199,02			
4	Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt	11.167,90	8.194,20	- 2.973,70	8.367,08	+ 172,88			
5	Kassa und Zinsen	8.337,14	7.173,15	- 1.163,99	9.280,50	+ 2.107,35			
	Gesamtsumme*	64.337,62	67.813,52	+ 3.475,91	76.462,15	+ 8.648,63			

Ausgaben für Pensionen (UG 22 und 23)	14.393,27	17.121,33	+ 2.728,06	19.854,96	+ 2.733,6
Ausgaben für Zinsen (UG 58)	6.944,28	6.827,51	- 116,77	9.021,26	+ 2.193,7
Ausgaben für Pensionen und Zinsen	21.337,55	23.948,84	+ 2.611,29	28.876,22	+ 4.927,38

^{*}UG-Summen ohne Sicherheitsmarge

Quelle: HIS, BFRG 2013 - 2016, eigene Berechnung

Die Ausgabenobergrenzen des Jahres 2016 sollen um 8,649 Mrd. EUR (+ 12,8 %) über dem Erfolg des Jahres 2011 liegen. Der größte Anteil dieser Ausgabensteigerung ist in der Rubrik 2 "Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie" (+ 5,014 Mrd. EUR bzw. + 15,3 %), insbesondere in den UG 23 "Pensionen" und 25 "Familie und Jugend" geplant.

Betrugen im Jahr 2011 die Ausgaben für Pensionen und Zinsen ("vergangenheitsbezogene Ausgaben") 23,949 Mrd. EUR bzw. 35,3 % der Gesamtausgaben, sollen diese im Jahr 2016 gemäß BFRG 2013 bis 2016 auf 28,876 Mrd.



EUR (+ 4,927 Mrd. EUR bzw. + 20,6 %) steigen. Somit würden im Jahr 2016 37,8 % (2011: 35,3 %) der Gesamtausgaben bzw. 55,0 % (2011: 57,1 %) der Nettosteuereinnahmen für Pensionen und Zinsen aufgewendet.

Entwicklung der Anteile der Ausgabenobergrenzen des BFRG 2013 bis 2016 im Vergleich zum Erfolg 2006 und 2011

		Erfolg		Veränderung	BFRG 2013 - 2016	Veränderung	
	Rubrik	ubrik 2006 2011 Anteil in %		2006/2011	2016	2011/2016 %-Punkte	
				%-Punkte	Anteil in %		
0,1	Recht und Sicherheit	10,5	11,4	+ 0,8	10,3	- 1,1	
2	Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie	44,2	48,4	+ 4,2	49,5	+ 1,1	
3	Bildung, Forschung, Kunst und Kultur	15,0	17,6	+ 2,6	17,2	- 0,4	
4	Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt	17,4	12,1	- 5,3	10,9	- 1,1	
5	Kassa und Zinsen	13,0	10,6	- 2,4	12,1	+ 1,6	
	Gesamtsumme*	100,0	100,0	+ 0,0	100,0	+ 0,0	

		CHARLES NAMED IN	See Military State Committee		
		in % der Gesa	mtausgaben		
Ausgaben für Pensionen (UG 22 und 23)	22,4	25,2	+ 2,9	26,0	+ (
Ausgaben für Zinsen (UG 58)	10,8	10,1	- 0,7	11,8	
Ausgaben für Pensionen und Zinsen	33,2 35,3		+ 2,2	37,8	+ 2
		in % der Nettost	euereinnahmen		
Ausgaben für Pensionen und Zinsen	52,7	57,1	+ 4,4	55,0	

^{*}UG-Summen ohne Sicherheitsmarge

Quelle: HIS, BFRG 2013 - 2016, Strategiebericht 2013 - 2016, eigene Berechnung

Der Anteil der Rubrik 2 "Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie" an den Gesamtausgaben soll im Zeitraum 2011 bis 2016 um 1,1 Prozentpunkte auf 49,5 % wachsen, der Anteil der Rubrik 5 "Kassa und Zinsen" um 1,6 Prozentpunkte auf 12,1 %. In diesen Rubriken, die die vergangenheitsbezogenen Ausgaben enthalten, sind somit die größten Zuwächse zu verzeichnen.



Kurzfassung

Der Anteil der Rubrik 2 "Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie" an den Gesamtausgaben soll im Zeitraum 2011 bis 2016 um 1,1 Prozentpunkte auf 49,5 % wachsen, der Anteil der Rubrik 5 "Kassa und Zinsen" um 1,6 Prozentpunkte auf 12,1 %. In diesen Rubriken, die die vergangenheitsbezogenen Ausgaben enthalten, sind somit die größten Zuwächse zu verzeichnen.

VORANSCHLAGSVERGLEICHSRECHNUNG (TZ 3)

Gesamtergebnis der voranschlagswirksamen Verrechnung (TZ 3.1/3.3)

Die Ausgaben des Allgemeinen Haushalts lagen 2011 mit 67.813,52 Mill. EUR um 2.348,53 Mill. EUR (– 3,3 %) unter dem Voranschlag von 70.162,05 Mill. EUR. Die Einnahmen des Allgemeinen Haushalts in Höhe von 63.451,84 Mill. EUR waren um 911,42 Mill. EUR (+ 1,5 %) höher als veranschlagt (62.540,42 Mill. EUR). Der Abgang von 4.361,69 Mill. EUR lag um 3.259,95 Mill. EUR (– 42,8 %) unter dem in Art. I BFG 2011 ausgewiesenen Betrag (7.621,64 Mill. EUR).

Die Personalausgaben betrugen 10.841,54 Mill. EUR (2010: 10.679,37 Mill. EUR) und stiegen um 162,17 Mill. EUR (+ 1,5 %).

Die Sachausgaben im Allgemeinen Haushalt betrugen 56.971,99 Mill. EUR (2010: 56.607,50 Mill. EUR) und stiegen um 364,49 Mill. EUR (+ 0,6 %).

Im Jahr 2011 betrugen die Einnahmen 63.451,84 Mill. EUR (2010: 59.434,14 Mill. EUR) und stiegen um 4.017,70 Mill. EUR (+ 6,8 %) gegenüber dem Vorjahr. Der Anstieg der sonstigen Einnahmen (+ 734,06 Mill. EUR) beruhte insbesondere auf höheren Abrechnungsresten aus dem Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung (+ 449,05 Mill. EUR), einer Dividendenausschüttung der ASFINAG an die Eigentümer (+ 76,50 Mill. EUR) und höheren Einnahmen aus Gerichtsgebühren (+ 58,29 Mill. EUR).



Entwicklung der voranschlagswirksamen Ausgaben im Gesamthaushalt 2010 und 2011

Rubrik/	Bezeichnung	2010		2011		Veränderung 2010/2011	
UG		Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
Ausgaben	Allgemeiner Haushalt						
0,1	Recht und Sicherheit:	A TELL		TO HELD			Web 1
01	Präsidentschaftskanzlei	7,01	0,01	7,46	0,01	+ 0,44	+ 6,3
02	Bundesgesetzgebung	137,08	0,20	136,27	0,20	- 0,81	- 0,6
03	Verfassungsgerichtshof	11,00	0,02	11,75	0,02	+ 0,75	+ 6,8
04	Verwaltungsgerichtshof	15,52	0,02	15,69	0,02	+ 0,17	+ 1,1
05	Volksanwaltschaft	6,27	0,01	6,32	0,01	+ 0,04	+ 0,7
06	Rechnungshof	27,24	0,04	27,37	0,04	+ 0,13	+ 0,5
10	Bundeskanzleramt	316,11	0,47	326,32	0,48	+ 10,21	+ 3,2
11	Inneres	2.300,29	3,42	2.294,93	3,38	- 5,36	- 0,2
12	Äußeres	430,54	0,64	416,56	0,61	- 13,97	- 3,2
13	Justiz	1.174,83	1,75	1.201,66	1,77	+ 26,83	+ 2,3
14	Militärische Angelegen- heiten und Sport	2.131,14	3,17	2.158,24	3,18	+ 27,10	+ 1,3
15	Finanzverwaltung	1.052,07	1,56	1.099,36	1,62	+ 47,30	+ 4,5
16	Öffentliche Abgaben	4,12	0,01			- 4,12	- 100,0
	Summe Rubrik 0,1	7.613,22	11,31	7.701,93	11,36	+ 88,71	+ 1,2
2	Arbeit, Soziales, Gesundheit	und Familie:					
20	Arbeit	6.335,14	9,42	6.034,24	8,90	- 300,90	- 4,7
21	Soziales und Konsumentenschutz	2.320,97	3,45	2.454,31	3,62	+ 133,34	+ 5,7
22	Sozialversicherung	9.238,28	13,73	9.113,77	13,44	- 124,50	- 1,3
23	Pensionen	7.834,89	11,64	8.007,56	11,81	+ 172,67	+ 2,2
24	Gesundheit	995,16	1,48	904,30	1,33	- 90,87	- 9,1
25	Familie und Jugend	6.528,01	9,70	6.293,91	9,28	- 234,10	- 3,6
	Summe Rubrik 2	33.252,45	49,42	32.808,08	48,38	- 444,37	- 1,3
3	Bildung, Forschung, Kunst un						
30	Unterricht, Kunst und Kultur	7.101,71	10,55	7.847,83	11,57	+ 746,12	+ 10,5
32	(Kunst and Kultur)	420,25	0,62			- 420,25	- 100,0
	Summe 30, 32	7.521,95	11,18	7.847,83	11,57	+ 325,88	+ 4,3
31	Wissenschaft und Forschung	3.590,72	5,34	3.632,27	5,36	+ 41,56	+ 1,2
33	Wirtschaft (Forschung)	91,93	0,14	106,17	0,16	+ 14,24	+ 15,5
34	Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	338,08	0,50	349,89	0,52	+ 11,81	+ 3,5
	Summe Rubrik 3	11.542,68	17,15	11.936,17	17,60	+ 393,48	+ 3,4



Kurzfassung

Rubrik/	Bezeichnung	2010)	2011		Veränderung 2010/2011	
UG	BEFRE	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
4	Wirtschaft, Infrastruktur und	d Umwelt:					
40	Wirtschaft	467,65	0,70	408,74	0,60	- 58,91	- 12,6
41	Verkehr, Innovation und Technologie	2.117,89	3,15	2.741,73	4,04	+ 623,84	+ 29,5
42	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2.195,82	3,26	2.033,77	3,00	- 162,05	- 7,4
43	Umwelt	695,83	1,03	677,99	1,00	- 17,84	- 2,6
44	Finanzausgleich	736,16	1,09	689,28	1,02	- 46,88	- 6,4
45	Bundesvermögen	1.780,24	2,65	1.563,11	2,31	- 217,14	- 12,2
46	Finanzmarktstabilität	528,14	0,78	79,59	0,12	- 448,55	- 84,9
	Summe Rubrik 4	8.521,74	12,66	8.194,20	12,08	- 327,54	- 3,8
5	Kassa und Zinsen:						
51	Kassenverwaltung	614,00	0,91	345,63	0,51	- 268,37	- 43,7
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	5.742,76	8,53	6.827,51	10,07	+ 1.084,75	+ 18,9
	Summe Rubrik 5	6.356,77	9,45	7.173,15	10,58	+ 816,38	+ 12,8
	Summe Allgemeiner Haushalt	67.286,86	100,00	67.813,52	100,00	+ 526,66	+ 0,8
	Ausgleichshaushalt						
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	47.031,43	100,00	63.280,09	100,00	+ 16.248,66	+ 34,5
	Summe Ausgleichshaushalt	47.031,43	100,00	63.280,09	100,00	+ 16.248,66	+ 34,5
	Gesamtausgaben	114.318,29		131.093,61	THE PARTY NAMED IN	+ 16.775,32	+ 14,7

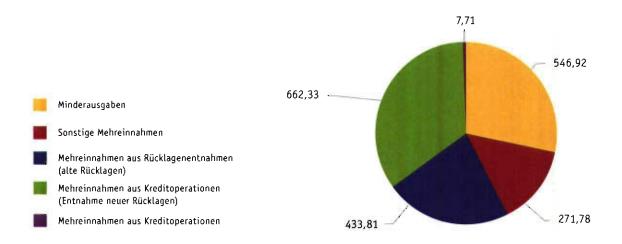
Überplanmäßige Ausgaben (TZ 3.2)

Ausgaben, die eine Überschreitung von Ausgabenansätzen des Bundesvoranschlages erfordern, dürfen nur auf Grundlage einer gesetzlichen Ermächtigung geleistet werden. In § 41 Abs. 3 BHG sowie in den Art. IV bis VII des BFG 2011 sind die Überschreitungsermächtigungen der Voranschlagsausgabenansätze geregelt. Die Bedeckung der im Jahr 2011 bewilligten Überschreitungen im Allgemeinen Haushalt in Höhe von 1.922,55 Mill. EUR erfolgte durch Minderausgaben (546,92 Mill. EUR), durch sonstige Mehreinnahmen (271,78 Mill. EUR), durch Mehreinnahmen aus "alten" Rücklagenentnahmen (433,81 Mill. EUR), aus Kreditoperationen für "neue" Rücklagenentnahmen (662,33 Mill. EUR) sowie aus sonstigen Kreditoperationen (7,71 Mill. EUR).



Kurzfassung

Bedeckung der überplanmäßigen Ausgaben im Allgemeinen Haushalt 2011 (Mill. EUR)



Haushaltsrücklagen (TZ 3.4)

Das im Jahr 2009 neu gestaltete Rücklagensystem durchbricht zu Gunsten einer flexibleren Budgetgebarung den Budgetgrundsatz der Einjährigkeit (Art. 51 Abs. 2 B-VG). Es stellt sicher, dass übrig gebliebene Voranschlagsreste zu einem späteren Zeitpunkt in Anspruch genommen werden können, wenn sie benötigt werden.

In Summe wurden im Jahr 2011 Rücklagen in Höhe von 3.046,90 Mill. EUR gebildet, davon konnten 2.773,26 Mill. EUR den Untergliederungs-Rücklagen, 119,20 Mill. EUR den Rücklagen für variable Ausgaben, 143,54 Mill. EUR den zweckgebundenen Einnahmen-Rücklagen sowie 10,90 Mill. EUR den Flexibilisierungsrücklagen zugeführt werden. Der Stand der "neuen" Rücklagen betrug zum 31. Dezember 2011 insgesamt 15.699,72 Mill. EUR bzw. 22,40 % der veranschlagten Ausgaben des Allgemeinen Haushalts im Jahr 2011. Abweichend vom alten Rücklagensystem werden diese Rücklagen erst finanziert, wenn sie in Anspruch genommen werden.

Die folgende Aufstellung zeigt die Veränderung und den Stand der nach dem alten und dem neuen System gebildeten Rücklagen:



Kurzfassung

		Al	tes Rücklagen	system		Neues Rüc	klagensystem	
	Rubrik/Bezeichnung	Zufüh- rung*	Entnahme/ Auflösung	Stand 31.12.2011	Bildung	Verbrauch	Stand 31.12.2011	Anteil an Ausg. (VA)
0.1	Recht und Sicherheit:			in Mi	II. EUR			in %
0,1	Prasidentschaftskanzlei		- 0,56	0,09	+ 0,73	Esselves of the later	2,29	30,08
01	Bundesgesetzgebung		- 0,08	0,32	100000000000000000000000000000000000000		THE RESERVE OF THE PERSON NAMED IN	29,67
02	The state of the s		- 0,08	0,32	+ 17,99	0.07	45,84	-
03	Verfassungsgerichtshof				+ 0,01	- 0,07	1,22	10,50
04	Verwaltungsgerichtshof				+ 0,21		0,94	6,00
05	Volksanwaltschaft			0,10	+ 0,28		0,80	12,1
06	Rechnungshof			0,07	+ 1,76		6,48	22,2
10	Bundeskanzleramt		- 0,34	15,71	+ 32,58	- 22,17	69,81	20,7
11	Inneres		- 2,68	3,06	+ 94,11	- 15,42	212,43	9,0
12	Außeres		- 1,50	4.06	+ 29,40	- 0,04	65,95	15,44
13	Justiz			1,31	+ 52,13	- 2,79	99,73	8,6
14	Militärische Angelegenheiten u, Sport		- 22,87	2,28	+ 57,63	- 6,05	268,97	12,30
15	Finanzverwaltung		- 24,28	247,97	+ 186,53	- 0,62	602,00	48,8
16	Offentliche Abgaben		- 2,65	35,23	+ 41,98	- 2,77	81,36	2908,74
	Summe Rubrik 0,1		- 54,96	310,19	+ 515,35	- 49,92	1.457,80	18,42
2	Arbeit, Soziales, Gesundheit	und Familie:						
20	Arbeit		- 2,32	4,83	+ 32,89		54,63	0,9
21	Soziales und Konsumentenschutz		- 9,46	0,01	+ 23,46	- 32,16	52,87	2,2
22	Sozialversicherung					(Separation)	0,04	0,0
23	Pensionen				+ 35,90	- 203,61	66,08	0.8
24	Gesundheit		- 2,85	12,47	+ 18,94		49,07	5,6
25	Familie und Jugend			2,33	+ 5,32		8,32	0,1
	Summe Rubrik 2		- 14,63	19,65	+ 116,51	- 235,77	231,02	0,70
3	Bildung, Forschung, Kunst u	nd Kultur:						
30	Unterricht		- 30,00	3,35	+ 83,93	- 171,68	154,75	2,0
31	Wissenschaft und Forschung		- 21,42	66,92	+ 180,13		423,63	11,2
32	(Kunst und Kultur)		- 0,50	0,01		- 18,45	0,34	PART OF THE PART O
33	Wirtschaft (Forschung)				+ 28,46	- 18,00	80,36	82,9
34	Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)		A TRU		+ 36,97	- 13,00	264,45	71,3
	Summe Rubrik 3		- 51,92	70,29	+ 329,49	- 221,13	923,52	7,7
	Wirtschaft, Infrastruktur un	d Umwelt:						
0	Wirtschaft		- 30,91	37,04	+ 113,38	- 19,05	261,67	60,0
1	Verkehr, Innovation und Technologie		- 34,37	173,41	+ 224,63	- 170,44	557,37	20,59
2	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft		- 2,07	2,95	+ 153,59	- 33,39	233,53	10,9
13	Umwelt		- 6,59	319,38	+ 143,30	- 3,13	320,57	37,91
4	Finanzausgleich	+ 25,30		36,51	+ 12,12	- 4,33	14,98	2,0
5	Bundesvermägen		- 483,07	357,38	+ 270,20	- 108,73	1.502,38	77,5
6	Finanzmarkt stahilität				+ 0,01	- 76,70	5,437,89	187772,3
	Summe Rubrik 4	+ 25,30	- 557,00	926,67	+ 917,23	- 415,78	8.328,40	94,7
i	Kassa und Zinsen:							
1	Kassenverwaltung	+ 25,89	- 983,26	1.673,98	+ 224,95	DUE 44	366,93	140,8
8	Finanzierungen, Währungstauschverträge				+ 943,37		3.992,05	51,37
	Summe Rubrik 5	+ 25,89	- 983,26	1.673,98	+ 1.168,32	Later Court	4,758,98	57,23
	Summe Rücklagen	+ 51,19	- 1.661,78	3.000,78	+ 3.046,90	- 922,60	15.699,72	22,38

^{*} Mögliche Zuführungen nach 2009: Katastrophenfonds (2/44400), Landesstraßen B (2/44410/8316), Siedlungswasserwirtschaft (2/51110)



Kurzfassung

Finanzielle Auswirkungen auf künftige Finanzjahre (TZ 3.5)

Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre

Der Gesamtstand der Verpflichtungen des Bundes setzt sich aus den Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre sowie aus den offen gebliebenen Verpflichtungen aus dem Finanzjahr 2011 zusammen.

Die Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre weisen eine Gesamtsumme von brutto 155.774,60 Mill. EUR (2010: 105.405,85 Mill. EUR) bzw. netto 140.325,77 Mill. EUR aus. Werden die offen gebliebenen Verpflichtungen in Höhe von 290,53 Mill. EUR hinzugezählt, ergibt sich zum Jahresende 2011 ein Gesamtstand an Verpflichtungen des Bundes in Höhe von brutto 156.065,13 Mill. EUR (2010: 105.882,34 Mill. EUR) bzw. netto 140.616,30 Mill. EUR (2010: 89.006,47 Mill. EUR). Dies bedeutete gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg der Bruttoverpflichtungen um 50.182,79 Mill. EUR bzw. 47,4 %.

Auf die UG 58 ("Finanzierungen, Währungstauschverträge") entfiel der größte Anteil an Verpflichtungen (brutto 84.789,21 Mill. EUR bzw. netto 69.340,39 Mill. EUR. Dieser vergleichsweise hohe Betrag ist unter anderem durch die darin enthaltenen zukünftigen Zinszahlungen zu begründen. Im Vergleich zum Vorjahr war ein Rückgang an Verpflichtungen in der Höhe von 693,05 Mill. EUR zu verzeichnen.

Der Anteil an Verpflichtungen in der UG 41 "Verkehr, Innovation und Technologie" war zum größten Teil auf die Verpflichtungen des Bundes zur Finanzierung der Eisenbahn-Infrastruktur zurückzuführen (43.384,09 Mill. EUR). Der starke Anstieg gegenüber dem Vorjahr (+ 40,729,28 Mill. EUR) resultierte aus Verpflichtungen aus den Rahmenplänen bezüglich Investitionen der ÖBB-Infrastruktur AG, die aufgrund der Darstellungen im Bundesrechnungsabschluss 2010 erfasst wurden.

Vorbelastungen für die Eisenbahn-Infrastruktur (ÖBB)

Im Bundesrechnungsabschluss 2010 berichtete der RH über die Vereinbarungen zwischen dem Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie, dem Bundesminister für Finanzen, der ÖBB-Holding AG und der ÖBB-Infrastruktur AG, welche die Umsetzung der von der ÖBB-Infrastruktur AG jährlich zu erstellenden sechsjährigen Rahmenpläne über die geplanten Investitionen in die Schienenverkehrsinfrastruktur (§ 43 Abs. 2 Bundesbahngesetz i.d.F. BGBl. I Nr. 95/2009) regeln.



Kurzfassung

In den Vereinbarungen wurden insbesondere auch die Zuschüsse des Bundes für die Bereitstellung der Schieneninfrastruktur näher determiniert. Der Bund verpflichtete sich darin, 70 % (75 % ab 2014) der jährlichen Investitionsausgaben zu tragen. Diese Zuschüsse werden in Abhängigkeit der getätigten Investitionen in Form einer auf 30 Jahre umgelegten Annuität gewährt. Die ÖBB-Infrastruktur AG finanziert die getätigten Investitionen am Kapitalmarkt und erhält den vom Bund gewährten Zuschuss über 30 Jahre verteilt, wobei dieser sowohl Investitions- als auch Finanzierungskosten umfasst.

Darüber hinaus verpflichtete sich der Bund – bezugnehmend auf einen Staatsvertrag mit Italien aus dem Jahr 2004 – in der Vereinbarung über den Rahmenplan 2009–2014 zusätzlich zu den im Rahmenplan vereinbarten Vorhaben, Zuschüsse zur Errichtung des Brenner Basistunnels zu leisten. Der Zuschussanteil des Bundes wurde auf 100 % festgelegt.

Der RH hatte im Bundesrechnungsabschluss 2010 festgestellt, dass nur ein Teil der Verpflichtungen des Bundes im Rechenwerk als Vorbelastungen erfasst war.

Als Folge der Darstellung im Bundesrechnungsabschluss 2010 buchte das BMVIT gemeinsam mit dem BMF Schulden und Verpflichtungen bei der Finanzposition 1/41148-7450.510 "Zahlungen an die ÖBB gem. § 42 (2) BBG" ein. Per 31. Dezember 2011 betrug der Stand der Schulden bei dieser Finanzposition 10,835 Mrd. EUR und der Stand der Verpflichtungen 43,366 Mrd. EUR.

Im Ministerrat vom 27. März 2012 wurde eine Regierungsvorlage beschlossen, um die haushaltsrechtliche Ermächtigung zur Begründung jener Vorbelastungen zu schaffen, die durch Investitionen auf Basis des "Rahmenplans 2012 bis 2017" bis 2017 und den damit induzierten Annuitäten über den Zeitraum bis 2066 entstehen. Unter Zugrundelegung der aktuellen Zinsesprognose soll der vorliegende Gesetzesentwurf dazu ermächtigen, Vorbelastungen in Bezug auf die Annuitäten in Höhe von 26,672 Mrd. EUR in den Finanzjahren 2013 bis 2017 zu begründen. Für Investitionen ab 2018 bedarf es einer neuerlichen gesetzlichen Ermächtigung.

Schulden

Die Gesamtsumme der voranschlagswirksamen Schulden des Bundes belief sich zum Jahresende 2011 auf 220.741,36 Mill. EUR (2010: 202.294,99 Mill. EUR). Sie lag damit um 18.446,37 Mill. EUR oder 9,1 % über dem Vergleichswert des Vorjahres.



Kurzfassung

Berechtigungen zu Gunsten künftiger Finanzjahre

Die Übersicht über die Berechtigungen zu Gunsten künftiger Finanzjahre weist eine Gesamtsumme von brutto 19.171,05 Mill. EUR (2010: 19.509,23 Mill. EUR) bzw. netto 3.722,23 Mill. EUR aus. Vermehrt um die aus dem Finanzjahr 2010 offen gebliebenen Berechtigungen in Höhe von 21,28 Mill. EUR folgt daraus ein Gesamtstand an Berechtigungen zum Jahresende 2011 von brutto 19.192,33 Mill. EUR (2010: 19.525,05 Mill. EUR) bzw. netto 3.743,51 Mill. EUR (2010: 2.649,18 Mill. EUR).

Forderungen

Die Gesamtsumme der Forderungen belief sich zum Jahresende 2011 auf 39.871,67 Mill. EUR (2010: 38.044,99 Mill. EUR). Sie lag damit um 1.826,68 Mill. EUR oder 4,8 % über dem Vergleichswert des Vorjahres.

Erläuterungen der Abweichungen vom Bundesvoranschlag in der Voranschlagsvergleichsrechnung (TZ 3.6)

Voranschlagsabweichungen vom BVA 2011 von Personal- und Sachausgaben gegliedert nach gesetzlichen Verpflichtungen und Ermessensausgaben

Allocansinos Haushalt	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
Allgemeiner Haushalt	in Mill. EUR			
Personalausgaben	10.850,02	10.841,54	- 8,48	- 0,1
Sachausgaben	59.312,03	56.971,99	- 2.340,04	- 3,9
Gesetzliche Verpflichtungen	34.195,64	33.582,83	- 612,81	- 1,8
Ermessensausgaben	25.116,39	23.389,16	- 1.727,23	- 6,9
Summe	70.162,05	67.813,52	- 2.348,53	- 3,3

Ausgleichshaushalt	Voranschlag	nung		
Ausgreichshaushare	in	Mill. EUR		in %
Sachausgaben (Ermessensausgaben)	71.605,81	63.280,09	- 8.325,72	- 11,6



Kurzfassung

UG/ Rubrik	Bezeichnung	Voranschlag 2011	Erfolg 2011	Abweich	nung	erläutert Ansätze	
Ausgabe	en Allgemeiner Haushalt	in Mill. EUR			in %		
01	Präsidentschaftskanzlei	7,60	7,46	- 0.14	- 1,87	BE-III	
02	Bundesgesetzgebung	154,50	136,27	- 18,23	- 11,80	1	
03	Verfassungsgerichtshof	11,60	11,75	+ 0,15	+ 1,32		
04	Verwaltungsgerichtshof	15,60	15,69	+ 0,09	+ 0,55	1819-35	
05	Volksanwaltschaft	6,60	6,32	- 0,28	- 4,30		
06	Rechnungshof	29,10	27,37	- 1,73	- 5,94	THE SET	
10	Bundeskanzleramt	335,70	326,32	- 9,38	- 2,79	ALTON A	
11	Inneres	2.353,70	2.294,93	- 58,77	- 2,50	70 3-31	
12	Äußeres	427,10	416,56	- 10,54	- 2,47		
13	Justiz	1.150,50	1.201,66	+ 51,16	+ 4,45	-	
14	Militärische Angelegenheiten und Sport	2.186,10	2.158,24	- 27,86	- 1,27	1	
15	Finanzverwaltung	1.232,90	1.099,36	- 133,54	- 10,83	1	
16	Öffentliche Abgaben	2,80		- 2,80	- 100,00	111111	
0,1	Recht und Sicherheit	7.913,80	7.701,93	- 211,87	- 2,68	3	
20	Arbeit	5.974,01	6.034,24	+ 60,24	+ 1,01	2	
21	Soziales und Konsumentenschutz	2.362,92	2,454,31	+ 91,38	+ 3,87	1	
22	Sozialversicherung	9.610,70	9.113,77	- 496,93	- 5,17	2	
23	Pensionen	8.043,46	8.007,56	- 35,90	- 0,45	2	
24	Gesundheit	868,23	904,30	+ 36,06	+ 4,15		
25	Familie und Jugend	6.335,20	6.293,91	- 41,29	- 0,65	2	
2	Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie	33.194,52	32.808,08	- 386,44	- 1,16	9	
30	Unterricht, Kunst und Kultur	7.701,70	7.847,83	+ 146,13	+ 1,90	1	
31	Wissenschaft und Forschung	3.781,10	3.632,27	- 148,83	- 3,94	1	
33	Wirtschaft (Forschung)	96,90	106,17	+ 9,27	+ 9,57	REGIST	
34	Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	370,80	349,89	- 20,91	- 5,64	4	
3	Bildung, Forschung, Kunst und Kultur	11.950,50	11.936,17	- 14,33	- 0,12	2	
40	Wirtschaft	436,10	408,74	- 27,36	- 6,27		
41	Verkehr, Innovation and Technologie	2.706,90	2.741,73	+ 34,83	+ 1,29	2	
42	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2.140,90	2.033,77	- 107,13	- 5,00	2	
43	Unwelt	845,60	677,99	- 167,61	- 19,82	2	
44	Finanzausgleich	719,21	689,28	- 29,93	- 4,16	100	
45	Bundesvermögen	1,936,26	1.563,11	- 373,16	- 19,27	2	
46	Finanzmarktstabilität	2,90	79,59	+ 76,69	k.A.	1	
4	Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt	8.787,87	8.194,20	- 593,66	- 6,76	9	
51	Kassenverwaltung	544,48	345,63	- 198,85	- 36,52	2	
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	7.770,88	6.827,51	-943,37	-12,14	3	
5	Kassa und Zinsen	8.315,36	7.173,15	- 1.142,22	- 13,74	5	
THE RESERVE	Summe Ausgaben	70.162,05	67.813,52	- 2.348,53	- 3,35	28	



Kurzfassung

UG/ Rubrik	Bezeichnung	Voranschlag 2011	Erfolg 2011	Abweic	hung	erläuterte Ansätze	
Einnahn	nen Allgemeiner Haushalt	in	Mill. EUR	in %			
01	Präsidentschaftskanzlei	0,03	0,06	+ 0,03	+ 125,28		
02	Bundesgesetzgebung	3,50	3,58	+ 0,08	+ 2,29	William I	
03	Verfassungsgerichtshof	0,55	0,43	- 0,12	- 21,77	Water 1	
04	Verwaltungsgerichtshof	0,11	0,08	- 0,02	- 20,23		
05	Volksanwaltschaft	0,18	0,16	- 0,02	- 13,38		
06	Rechnungshof	0,09	0,12	+ 0,03	+ 36,46		
10	Bundeskanzleramt	4,90	3,48	- 1,42	- 29,02		
11	Inneres	108,80	126,03	+ 17,23	+ 15,84		
12	Äußeres	3,66	4,73	+ 1,06	+ 28,97	W 192	
13	Justiz	804,70	901,51	+ 96,80	+ 12,03	1	
14	Militärische Angelegenheiten und Sport	48,55	54,11	+ 5,56	+ 11,46	THE STATE OF THE S	
15	Finanzverwaltung	150,63	231,91	+ 81,28	+ 53,96	1	
16	Öffentliche Abgaben	41.476,45	41.931,28	+ 454,83	+ 1,10	15	
0,1	Recht und Sicherheit	42.602,15	43.257,47	+ 655,32	+ 1,54	17	
20	Arbeit	4.850,80	5.191,96	+ 341,16	+ 7,03	2	
21	Soziales und Konsumentenschutz	10,40	16,61	+ 6,21	+ 59,74	TO HE !	
22	Sozialversicherung	21,00	508,21	+ 487,21	k.A.	1	
23	Pensionen	1.553,80	1.485,87	- 67,93	- 4,37	SE VINEE I	
24	Gesundheit	43,82	88,26	+ 44,44	+ 101,41	B. E. S.	
25	Familie und Jugend	5.946,40	6.085,08	+ 138,68	+ 2,33	1	
2	Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie	12.426,22	13.376,00	+ 949,78	+ 7,64	4	
30	Unterricht, Kunst und Kultur	90,15	98,63	+ 8,48	+ 9,41	51000	
31	Wissenschaft und Forschung	8.00	3,52	- 4,48	- 56,01	NO.	
33	Wirtschaft (Forschung)	0,00		- 0,00	- 100,00	20020	
34	Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	0,01	3,06	+ 3,06	k.A.		
3	Bildung, Forschung, Kunst und Kultur	98,16	105,21	+ 7,06	+ 7,19	200	
40	Wirtschaft	170,50	200,05	+ 29,55	+ 17,33	4600	
41	Verkehr, Innovation und Technologie	219,90	310,03	+ 90,13	+ 40,99	1	
42	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	204,40	212,83	+ 8,43	+ 4,13	\$15E	
43	Umwelt	352,50	337,01	- 15,49	- 4,39		
44	Finanzausgleich	471,36	484,88	+ 13,52	+ 2,87	10.552	
45	Bundesvermögen	1.258,72	1.035,60	- 223,12	- 17,73	5	
46	Finanzmarktstabilität	1.426,01	640,83	- 785,18	- 55,06	2	
4	Wirtschaft, Infrastruktur und Umweit	4.103,39	3.221,24	- 882,15	- 21,50	8	
51	Kassenverwaltung	3.310,50	3.491,92	+ 181,42	+ 5,48	4	
5	Kassa und Zinsen	3.310,50	3.491,92	+ 181,42	+ 5,48	4	
18 11-	Summe Einnahmen	62.540,42	63.451,84	+ 911,42	+ 1,46	33	



Allgemeine Bemerkungen

1. ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

1.1 Rechtsgrundlage und Inhalt des Berichts

Gemäß Art. 121 Abs. 2 B-VG ist der Bundesrechnungsabschluss vom RH zu verfassen und dem Nationalrat auf Basis der überprüften Abschlussrechnungen vorzulegen. Die Vorlage des Bundesrechnungsabschlusses hat gemäß § 9 Abs. 1 RHG bis Ende September zu erfolgen.

Die Bundesregierung hat gemäß § 12 BHG bis 30. April 2012 einen Gesetzesentwurf für den künftigen Bundesfinanzrahmen dem Nationalrat vorzulegen. Bis spätestens 31. März hat der Bundesminister für Finanzen jährlich dem Nationalrat die Einnahmen und Ausgaben des abgelaufenen Finanzjahres in der Gliederung des Bundesvoranschlages zu übermitteln. Hierbei handelt es sich um ein vorläufiges, vom RH noch ungeprüftes Ergebnis (vorläufiger Gebarungserfolg gemäß § 37b BHG).

Der RH legt nun geprüfte Daten des Gebarungserfolges des abgelaufenen Finanzjahres in Form der geprüften voranschlagswirksamen Verrechnung vor: Bundesrechnungsabschluss für das Jahr 2011 (Voranschlagsvergleichsrechnung Stand 31. März 2012).

Der vorliegende Bericht enthält

- eine gesamtwirtschaftliche Darstellung der Haushaltsführung des Bundes unter Einbeziehung der übrigen Gebietskörperschaften nach den Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (TZ 2) und
- die Voranschlagsvergleichsrechnung des Bundes in der Gliederung des Bundesfinanzgesetzes 2011 (TZ 3, Zahlenteil Abschnitt A).



Allgemeine Bemerkungen

Der Bericht besteht aus einem Textteil und aus einem Zahlenteil. Im Zahlenteil befinden sich die Vergleichsrechnungen der haushaltsleitenden Organe für die einzelnen Untergliederungen, die im Auftrag der Bundesministerin für Finanzen von der Bundesrechenzentrum GmbH¹ erstellt und dem RH zur Überprüfung vorgelegt wurden. Im Zuge der gemäß § 9 Abs. 1 RHG vom RH stichprobenweise durchgeführten Überprüfung wurden vorgefundene Mängel in den Abschlussrechnungen im unmittelbaren Verkehr mit den rechnungslegenden Stellen behoben. Der Textteil enthält die zugehörigen Begründungen der Ressorts zu den vorhandenen Zahlen sowie gesamt-, volks- und betriebswirtschaftliche Analysen, Darstellungen und Erläuterungen des RH. Das in diesem Bericht enthaltene Zahlenwerk beinhaltet allenfalls kaufmännische Auf- und Abrundungen.

Der vorliegende Bundesrechnungsabschluss für das Jahr 2011 (Voranschlagsvergleichsrechnung Stand 31. März 2012) wurde der Bundesministerin für Finanzen am 12. April 2012 zur Stellungnahme übermittelt. Das Bundesministerium für Finanzen gab keine Stellungnahme ab.

1.2 Haushaltsrechtsreform des Bundes

Die Haushaltsrechtsreform brachte eine Reihe von Änderungen, die 2009 erstmals zur Anwendung kamen. Im Folgenden werden die wichtigsten Änderungen beschrieben.

1.2.1 Erste Etappe der Haushaltsrechtsreform

Die Änderung des Bundeshaushaltsgesetzes (BHG), BGBl. I Nr. 20/2008, brachte eine neue Gliederung des Bundeshaushalts nach Rubriken und Untergliederungen. Einnahmen und Ausgaben sind grundsätzlich getrennt und in voller Höhe (brutto) auszuweisen, davon ausgenommen sind Personalausgaben für ausgegliederte Rechtsträger, Aufnahme und Veranlagung von Geldmitteln zur Finanzierung des Bundeshaushalts sowie Währungstauschverträge. Durch das Bundesfinanzrahmengesetz (BFRG) wurde eine rollierende verbindliche vierjährige Budgetplanung mit Ausgabenobergrenzen eingeführt, die durch den Strategiebericht näher definiert wird. Das neue Rücklagensystem ermöglicht eine flexible Budgetgebarung: Nicht ausgenutzte Mittel können grundsätzlich den Rücklagen zugeführt und

1 Der Bundesrechenzentrum GmbH (BRZ GmbH) wurden mit Bundesgesetz über die Bundesrechenzentrum GmbH, BGBl, Nr. 757/1996, die Datenverarbeitungsaufgaben des ehemaligen Bundesrechenamts übertragen. Das Bundesrechenamt war bis dahin eine dem BMF nachgeordnete Bundesdienststelle (Bundesrechenamtsgesetz, BGBl, Nr. 123/1978). Die Informationstechnologie (IT) im Rahmen der Haushaltsführung des Bundes wird seither von der BRZ GmbH gegen Entgelt bereitgestellt. Die IT-Leistungen werden jährlich vom BMF beauftragt, das Entgelt für die Inanspruchnahme wird von allen Organen des Bundes, die an der Haushaltsführung des Bundes mitwirken, getragen.



Allgemeine Bemerkungen

Untergliederungs-Rücklagen ohne Einschränkung des Verwendungszwecks ausgegeben werden; die Finanzierung erfolgt erst bei tatsächlicher Inanspruchnahme.

1.2.2 Zweite Etappe der Haushaltsrechtsreform

Am 1. Jänner 2013 tritt die zweite Etappe der Haushaltsrechtsreform in Kraft. Die Grundlagen dafür sind in Art. 51 ff. B-VG i.d.F. BGBl. I Nr. 1/2008, insbesondere in Verbindung mit dem neuen Bundeshaushaltsgesetz 2013 (BHG 2013), BGBl. I Nr. 139/2009, geregelt.

Der Grundsatz der wirkungsorientierten Haushaltsführung unter Berücksichtigung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern wird verankert sowie der Grundsatz der Transparenz und der möglichst getreuen Darstellung der finanziellen Lage des Bundes ausgebaut. Bereits bei der Planung werden die mit den finanziellen Mitteln zu erreichenden Ziele berücksichtigt und nach der Umsetzung der Grad der Zielerreichung überprüft.

Zur ergebnisorientierten Steuerung der Haushaltsführung werden haushaltsführende Stellen mit gesteigerter Flexibilität und Verantwortung eingeführt. Gleichzeitig wird die Ergebnisverantwortlichkeit der haushaltsleitenden Organe, das sind die obersten Organe der Bundesverwaltung und die Ressortleitungen sowie die einzelnen haushaltsführenden Stellen, gestärkt.

Eine neue Budgetstruktur mit Global- und Detailbudgets verstärkt die sachorientierte Gliederung des Bundeshaushaltes. Den haushaltsleitenden Organen werden Global- bzw. Detailbudgets für klar abgegrenzte Aufgabenbereiche zur Verfügung gestellt.

Das neue, auf der Doppik basierende Veranschlagungs- und Rechnungssystem des Bundes (VRB) mit Finanzierungs-, Ergebnis- und Vermögensrechnung ermöglicht künftig eine Budgetsteuerung sowohl über den periodengerecht erfassten Ressourcenverbrauch der Ergebnisrechnung als auch über die in der Finanzierungsrechnung abgebildeten Zahlungsströme. Die Vermögensrechnung, die betriebswirtschaftlich einer Bilanz des Bundes entspricht, wird im Rechnungsabschluss dargestellt. Die Transparenz wird weiters durch zusätzliche Informationen in Form von Anhangsangaben erweitert.



Allgemeine Bemerkungen

1.3 Statistische Daten

Die im BRA für das Jahr 2011 verwendeten Daten der Statistik Austria entsprechen – je nach Kennzahl – dem Stand 29. März 2012 und haben teilweise noch vorläufigen Charakter. Daten des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (WIFO) entstammen – soweit nicht anders angegeben – der März-Prognose 2012. Allenfalls für frühere Jahre vorzunehmende Revisionen und Aktualisierungen von Zahlenangaben wurden dabei berücksichtigt. Dadurch können sich Abweichungen gegenüber den im BRA 2010 enthaltenen – und zum damaligen Zeitpunkt ebenfalls noch vorläufigen – Daten ergeben. Weiters kann es bei der Darstellung der Zahlen zu Rundungsdifferenzen kommen.



Der Bundeshaushalt im Jahr 2011

DER BUNDESHAUSHALT IM JAHR 2011

2.1 Gesetzliche Grundlagen

Den rechtlichen Rahmen für die Budgetgebarung 2011 bildeten

- das BFRG 2011 bis 2014, BGBl. I Nr. 33/2010, aufgehoben durch BGBl. I Nr. 40/2011;
- das BFG 2011, BGBl. I Nr. 112/2010 i.d.F. BGBl. I Nr. 109/2011;
- das BHG, BGBl. Nr. 213/1986, i.d.F. BGBl. I Nr. 149/2011.

Insgesamt gab es zwei BFG-Novellen, wobei die Höhe der Ausgaben und Einnahmen im BFG 2011 unverändert blieb:

Mit der ersten BFG-Novelle 2011 (BGBl. I Nr. 56/2011) wurde im Voranschlag ein neuer Paragraph bzw. Voranschlagsansatz zur ordnungsgemäßen Verrechnung der Zahlungen aufgrund des Pflegefondsgesetzes im Zuge der Übernahme des Landespflegegeldes durch den Bund eingefügt.

Mit der zweiten BFG-Novelle 2011 (BGBl. I Nr. 109/2011) wurde die Überschreitungsermächtigung im Zusammenhang mit der Rückerstattung der Kühlgeräteentsorgungsbeiträge der Konsumenten (Art. VI Abs. 1 Z 3 lit. i BFG 2011) an die geänderte materielle Rechtslage angepasst. Weiters wurde ein Voranschlagsansatz zur ordnungsgemäßen Verrechnung des mit den Ländern vereinbarten Zweckzuschusses des Bundes für den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen in Höhe von 10 Mill. EUR im Jahr 2011 eingefügt.

2.2 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen bei der Budgeterstellung

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die bei der Budgeterstellung im November 2010² herangezogen wurden, basierten auf der WIFO-September-Prognose 2010. Im Folgenden werden die Parameter gezeigt, die der Budgeterstellung zugrunde gelegt wurden. Diese Werte werden den Ist-Werten aus 2011³ gegenübergestellt.

² Einlangen des BFG-Entwurfs im Nationalrat am 30. November 2010, Beschluss vom 22. Dezember 2010.

³ Bruttoinlandsprodukt: Statistik Austria (9. März 2012), Verbraucherpreise: Statistik Austria (29. Februar 2012), Lohn- und Gehaltssumme sowie Unselbständig aktiv Beschäftigte: Wifo-Konjunkturprognose 3/2012, Arbeitslosenzahlen It. AMS und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger (Darstellung Statistik Austria 15. März 2012).



Tabelle 1: Wirtschaftliche Daten der Budgeterstellung 2011

	Basis für Budgeterstellung (Wifo 9/10)	Ist- Werte 2011	Abweichung
	Veränder	ung in %	Veränderung in %-Punkten
Bruttoinlandsprodukt	SHOW IN		
real	+ 1,9	+ 3,1	+ 1,2
nominell	+ 3,7	+ 5,3	+ 1,6
nominell absolut (Mrd. EUR)	292,9	301,3	+ 8,4
Verbraucherpreise	+ 2,1	+ 3,3	+ 1,2
Lohn- und Gehaltssumme, brutto		118 27 118	
nominell	+ 3,0	+ 4,7	+ 1,7
pro Kopf, nominell	+ 2,2	+ 2,7	+ 0,5
Unselbständig aktiv Beschäftigte	+ 0,6	+ 1,9	+ 1,3
Arbeitslose			
Veränderung in 1.000 gegenüber dem Vorjahr	+ 0,0	- 4,1	- 4,
in 1.000	250,0	246,7	- 3,3
Arbeitslosenquote			HEISEN A
Arbeitslosenquote lt. AMS (nat. Definition)	6,8	6,7	- 0,1

Quelle: Budgetbericht 2011, Statistik Austria, Wifo-Konjunkturprognose 3/2012

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) entwickelte sich im Jahr 2011 sowohl real (+ 3,1 %) als auch nominell (+ 5,3 %) besser, als dem BVA zugrunde gelegt wurde (September-Prognose 2010). Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten (+ 1,9 %) sowie die Brutto-Lohn- und Gehaltssumme nahmen stärker zu als im BVA angenommen wurde (insgesamt + 4,7 % bzw. pro Kopf + 2,7 %). Die Zahl der Arbeitslosen (246.702 Personen, minus 4.080 gegenüber dem Vorjahr) bzw. die Arbeitslosenquote laut AMS (6,7 %) lagen unter dem bei der Budgeterstellung angenommenen Wert. Die Preissteigerung (Verbraucherpreisindex - VPI) lag mit 3,3 % über dem bei der Erstellung des BVA zugrunde gelegten Wert von 2,1 %.





2.3 Der Voranschlag im Jahr 2011

Tabelle 2: Voranschlag 2011 im Vergleich zum Haushalt 2010

	Voranschlag	Erfolg	Voranschlag	Verände	rung	Abweic	hung
	2010	2010	2011	VA 2010 :	VA 2011	Erfolg 2010	: VA 2011
		in Mrd	. EUR		in %	in Mrd. EUR	in %
Allgemeiner H	aushalt						
Ausgaben	70,767	67,287	70,162	- 0,605	- 0,9	+ 2,875	+ 4,3
Einnahmen	57,592	59,434	62,540	+ 4,949	+ 8,6	+ 3,106	+ 5,2
Saldo (Abgang)	- 13,176	- 7,853	- 7,622	+ 5,554	- 42,2	+ 0,231	- 2,9
Ausgleichshau	shalt						
Ausgaben	96,251	47,031	71,606	- 24,645	- 25,6	+ 24,574	+ 52,3
Einnahmen	109,427	54,884	79,227	- 30,199	- 27,6	+ 24,343	+ 44,4
Saldo (Überschuss)	13,176	7,853	7,622	- 5,554	- 42,2	- 0,231	- 2,9
Gesamthausha	lt						
Ausgaben	167,019	114,318	141,768	- 25,251	- 15,1	+ 27,450	+ 24,0
Einnahmen	167,019	114,318	141,768	- 25,251	- 15,1	+ 27,450	+ 24,0
Saldo	DESCRIPTION OF THE PERSON OF T		Mark Blan	379 4		5.1.55m	

Für das Jahr 2011 wurden Ausgaben von 70,162 Mrd. EUR (2010: 70,767 Mrd. EUR) und Einnahmen von 62,540 Mrd. EUR (2010: 57,592 Mrd. EUR) im Allgemeinen Haushalt veranschlagt. Die veranschlagten Ausgaben lagen um 605 Mill. EUR (- 0,9 %) unter und die Einnahmen um 4,949 Mrd. EUR (+ 8,6 %) über dem Voranschlag des Jahres 2010. Der veranschlagte Abgang im Jahr 2011 betrug 7,622 Mrd. EUR (2010: - 13,176 Mrd. EUR) und war um 5,554 Mrd. EUR (- 42,2 %) geringer als im Voranschlag des Jahres 2010.

Im Jahr 2011 lagen die veranschlagten Ausgaben des Allgemeinen Haushalts um 2,875 Mrd. EUR (+ 4,3 %) über dem Erfolg des Vorjahres (67,287 Mrd. EUR), die veranschlagten Einnahmen um 3,106 Mrd. EUR (+ 5,2 %) über dem Erfolg des Jahres 2010 (59,434 Mrd. EUR). Der veranschlagte Abgang im Jahr 2011 war um 231 Mill. EUR (- 2,9 %) geringer als der tatsächliche Abgang im Jahr 2010 (- 7,853 Mrd. EUR).



2.4 Der Bundeshaushalt im Jahr 2011

Tabelle 3: Der Bundeshaushalt 2011 im Überblick

	Erfolg	Voranschlag	Erfolg	Veränd	erung	Abweic	nung
1	2010	2011	2011	Erfolg 2010 :	Erfolg 2011	VA 2011 : Er	folg 2011
		in Mrd.	EUR		in %	in Mrd. EUR	in %
Allgemeiner Ha	ushalt						
Ausgaben	67,287	70,162	67,814	+ 0,527	+ 0,8	- 2,349	- 3,3
Einnahmen	59,434	62,540	63,452	+ 4,018	+ 6,8	+ 0,911	+ 1,5
Saldo (Abgang)	- 7,853	- 7,622	- 4,362	+ 3,491	- 44,5	+ 3,260	- 42,8
Ausgleichshaus	halt						
Ausgaben	47,031	71,606	63,280	+ 16,249	+ 34,5	- 8,326	- 11,6
Einnahmen	54,884	79,227	67,642	+ 12,758	+ 23,2	- 11,586	- 14,6
Saldo (Überschuss)	7,853	7,622	4,362	- 3,491	- 44,5	- 3,260	- 42,8
Gesamthaushali	t						
Ausgaben	114,318	141,768	131,094	+ 16,775	+ 14,7	- 10,674	- 7,5
Einnahmen	114,318	141,768	131,094	+ 16,775	+ 14,7	- 10,674	- 7,5
Saldo					N I S		

Im Vollzug lagen die Ausgaben des Allgemeinen Haushalts mit 67,814 Mrd. EUR im Jahr 2011 um 2,349 Mrd. EUR (- 3,3 %) unter dem veranschlagten Betrag (70,162 Mrd. EUR) und um 527 Mill. EUR (+ 0,8 %) über dem Erfolg im Jahr 2010 (67,287 Mrd. EUR).

Die Einnahmen von 63,452 Mrd. EUR im Jahr 2011 lagen um 911 Mill. EUR (+ 1,5 %) über dem Voranschlag (62,540 Mrd. EUR) und waren gegenüber dem Erfolg im Jahr 2010 (59,434 Mrd. EUR) um 4,018 Mrd. EUR höher (+ 6,8 %).

Der Abgang des Allgemeinen Haushalts betrug 4,362 Mrd. EUR im Jahr 2011 und war um 3,260 Mrd. EUR (- 42,8 %) geringer als im Voranschlag (- 7,622 Mrd. EUR) angenommen sowie um 3,491 EUR (- 44,5 %) geringer als der administrative Abgang im Jahr 2010 (- 7,853 Mrd. EUR).

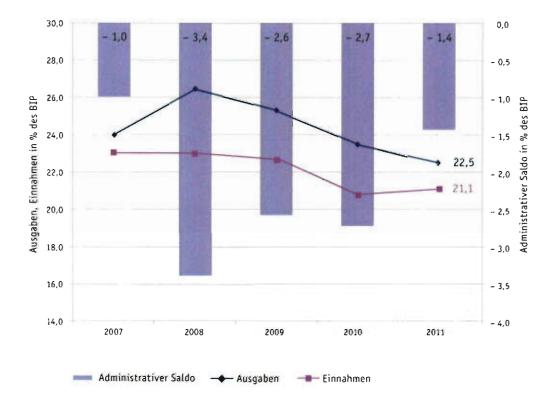


Der Bundeshaushalt im Jahr 2011

2.5 Entwicklung des Abgangs 2007 bis 2011

Im Zeitraum 2007 bis 2011 stellt sich der administrative Abgang (in % des BIP) wie folgt dar:

Abbildung 1: Entwicklung des Saldos des Bundes 2007 bis 2011 (in % des BIP)



Die Grafik zeigt auf der linken Skala die Ausgaben und Einnahmen in % des BIP für die Jahre 2007 bis 2011. Im Jahr 2011 betrugen die Ausgaben 22,5 % und die Einnahmen 21,1 % jeweils des BIP. Die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben ergibt den administrativen Saldo, der auf der rechten Skala dargestellt ist. Im Jahr 2011 betrug der administrative Saldo – 1,4 % des BIP.



Tabelle 4: Entwicklung des Abgangs

	Erfolg	Voranschlag	chlag Erfolg	Verände	rung	Abweichung	
1	2010	2011	2011	Erfolg 2010 : E	rfolg 2011	VA 2011 : Er	folg 2011
		in Mrd.	EUR		in %	in Mrd. EUR	in %
Abg <mark>a</mark> ng des Allgemeinen Haushalts	- 7,853	- 7,622	- 4,362	+ 3,491	- 44,5	+ 3,260	- 42,8
Ver <mark>än</mark> derung der <mark>Rücklage</mark> n	- 0,943	- 1,210	- 1,611	- 0,668	+ 70,8	- 0,401	+ 33,1
Abg <mark>a</mark> ng des Allge– meinen Haushalts, bereinigt um Rücklagen– bewegungen	- 8,796	- 8,832	- 5,972	+ 2,823	- 32,1	+ 2,859	- 32,4

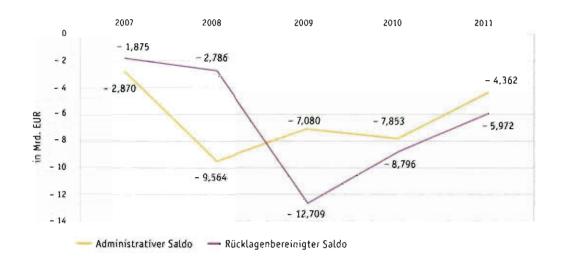
Im Jahr 2011 lag der rücklagenbereinigte Abgang mit 5,972 Mrd. EUR über dem administrativen Abgang des Allgemeinen Haushalts von 4,362 Mrd. EUR, aber um 2,823 Mrd. EUR (- 32,1 %) unter dem rücklagenbereinigten Abgang im Jahr 2010. Der rücklagenbereinigte Abgang spiegelt den "Erfolg" eines Finanzjahres besser wider, da zeitliche Verzerrungen aufgrund der finanzierungswirksamen Rücklagengebarung ausgeblendet werden.

Sowohl der administrative als auch der rücklagenbereinigte Abgang entwickelten sich besser als veranschlagt (rücklagenbereinigter Saldo laut Voranschlag: – 8,832 Mrd. EUR). Der administrative Abgang wurde um 3,260 Mrd. EUR (– 42,8 %) unterschritten, der rücklagenbereinigte Abgang um 2,859 Mrd. EUR (– 32,4 %).



Der Bundeshaushalt im Jahr 2011

Abbildung 2: Entwicklung des administrativen und des rücklagenbereinigten Saldos im Vergleich



Nach den Jahren 2008 und 2009 näherte sich der administrative Haushaltssaldo 2010 wieder dem rücklagenbereinigten Haushaltssaldo an. Die starken Abweichungen in den Jahren 2008 und 2009 waren auf das "Bankenpaket" zurückzuführen. Im Jahr 2008 wurde mit einer Schuldenaufnahme von 8,000 Mrd. EUR für das "Bankenpaket" vorgesorgt, wovon 2008 aber nur ein geringer Anteil in Höhe von 900 Mill. EUR in Anspruch genommen wurde. Der Rest wurde der Ausgleichsrücklage zugeführt. Aus dieser Rücklage wurden im Jahr 2009 Mittel für das "Bankenpaket" entnommen ("Partizipationskapital"). Die stärkere Inanspruchnahme (+ 668 Mill. EUR) von finanzierungswirksam verrechneten Haushaltsrücklagen vergrößerte 2011 den Abstand zwischen dem administrativen und dem rücklagenbereinigten Saldo wieder. Die finanzierungswirksam gebildeten alten Rücklagen können noch bis Ende 2012 in Anspruch genommen werden. Die bis dahin nicht verwendeten alten Rücklagen werden dem allgemeinen Budget zugeführt.



2.6 Bedeutende Entwicklungen im Bundeshaushalt 2011

2.6.1 Bankenpaket

Die österreichische Bundesregierung beschloss im Jahr 2008 ein Maßnahmenpaket, das auf die Stärkung des Interbankmarkts, die Behebung der Störung im Wirtschaftsleben Österreichs, die Sicherstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts sowie den Schutz der österreichischen Volkswirtschaft und des österreichischen Finanzmarkts abzielte. Es umfasste ursprünglich einen Rahmen von 100,000 Mrd. EUR, der sich auf Maßnahmen im Rahmen des Interbankmarktstärkungsgesetzes (IBSG; 75,000 Mrd. EUR) und des Finanzmarktstabilitätsgesetzes (FinStaG; 15,000 Mrd. EUR) sowie auf die Einlagensicherung (10,000 Mrd. EUR) verteilte. Vom Rahmen gemäß IBSG wurden 10,000 Mrd. EUR für das Unternehmensliquiditätsstärkungsgesetz im Jahr 2009 und 15,000 Mrd. EUR für das Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetz im Jahr 2010 (Griechenlandhilfe und Euro-Rettungsschirm) umgewidmet, womit der Haftungsrahmen gemäß IBSG 50,000 Mrd. EUR per 31. Dezember 2010 betrug (Haftungen für Wertpapieremissionen, Aktivitäten der Österreichischen Clearingbank AG).

Tabelle 5: Ausnutzung des Rahmens gemäß Interbankmarktstärkungsgesetz (IBSG)1)

	2008	2009	2010	2011
		in Mrd.	EUR	
Rahmen gemäß IBSG	75,000	65,000	50,000	
Maßnahmen gemäß IBSG ²⁾	4,000	27,370	28,185	14,449
freier Rahmen gemäß IBSG	71,000	37,630	21,815	
		in %	in %	
Ausnutzung des Rahmens gemäß IBSG	5,33	42,11	56,37	
		in Mrd.	EUR	
vereinbarte Haftungsrahmen	4,000	12,350	12,350	TON -
davon tatsächlich übernommene Haftungen	1,300	6,600	6,180	3,098
mit Einzelverträgen übernommene Haftungen		15,020	15,835	11,351
Summe des vereinbarten Haftungsvolumens	4,000	27,370	28,185	14,449
davon Summe der tatsächlich übernommenen Haftungen	1,300	21,620	22,015	14,449

¹⁾ jeweils zum 31. Dezember

Quelle: BMF (Maßnahmenbericht Q 4/2011)

inklusive der vereinbarten und nicht vollständig ausgenutzten Haftungsrahmen; Wechselkurse zum 31. Dezember. Das IBSG trat am 31. Dezember 2010 außer Kraft.



Der Bundeshaushalt im Jahr 2011

Die aktuelle Ausnutzung durch Banken erfolgte in Form der Gewährung von Rahmengarantien oder Einzelgarantien. Per 31. Dezember 2010 trat das IBSG außer Kraft, d.h. die Haftungen gemäß IBSG laufen aus, und es werden keine neuen Haftungen mehr übernommen. Per 31. Dezember 2011 betrug die Summe des vereinbarten Haftungsvolumens 14,449 Mrd. EUR (31.12.2010: 28,185 Mrd. EUR).

Tabelle 6: Ausnutzung des Rahmens gemäß Finanzmarktstabilitätsgesetz (FinStaG)1)

	2008	2009	2010	2011
		in Mrd.	EUR	
Rahmen gemäß FinStaG	15,000	15,000	15,000	15,000
Maßnahmen gemäß FinStaG	6,600	7,434	7,459	10,970
freier Rahmen gemäß FinStaG	8,400	7,566	7,541	4,030
		in %		
Ausnutzung des Rahmens gemäß FinStaG	44,00	49,56	49,73	73,13
		in Mrd.	EUR	
Maßnahmen gemäß FinStaG	6,600	7,434	7,459	10,970
davon Haftungen gemäß § 2 Abs. 1 Z 1 und 2	5,700	1,700	1,200	4,027
davon Partizipationskapital gemäß § 2 Abs. 1 Z 3	0,900	5,424	5,874	4,799
davon Kapitalerhöhung gemäß § 2 Abs. 1 Z 3		0,220	0,220	0,220
davon Gesellschafterzuschüsse gemäß § 2 Abs. 1 Z 3	N THE	0,090	0,165	0,849
davon Kapitalherabsetzung nach § 182 AktG iVm § 23 Abs. 4 Z 2 BWG			THE P	0,625
davon Umwandlung in Grundkapital gemäß § 102 BWG	1 112			0,450

1) jeweils zum 31. Dezember

Quelle: BMF (Maßnahmenbericht Q 4/2011)

Das FinStaG mit einem Rahmen von 15,000 Mrd. EUR war per 31. Dezember 2011 mit 10,970 Mrd. EUR (31.12.2010: 7,459 Mrd. EUR) zu 73,13 % ausgenutzt. Die Maßnahmen im Jahr 2011 zur Herabsetzung des Partizipationskapitals von 625 Mill. EUR und die Umwandlung in Grundkapital in Höhe von 450 Mill. EUR betrafen die Hypo Alpe-Adria-Bank International AG. Das vereinbarte Haftungsvolumen in Höhe von 4,027 Mrd. EUR inkludieren eine Bürgschaft des Bundes für die KA Finanz AG, die per 30. Dezem-



ber 2011 von der Kommunalkredit Austria AG gezogen wurde. Diese Bürgschaft in Höhe von 1,137 Mrd. EUR wird im Juli 2013 schlagend.

Die Einlagensicherung mit einem Haftungsrahmen von 10,000 Mrd. EUR wurde nicht in Anspruch genommen.

Das "Bankenpaket" hatte folgende Auswirkungen auf die Ausgaben und Einnahmen in der UG 46 "Finanzmarktstabilität":

Tabelle 7: Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen zur Finanzmarktstabilität

	2008	2009	2010	2011	
	in Mrd. EUR				
Ausgaben	0,900	4,896	0,528	0,080	
Partizipationskapital	0,900	4,524	0,450		
Kapitalerhöhung Kommunalkredit Austria AG		0,220			
Gesellschafterzuschüsse gem. § 2 Abs. 1 Z 3 FinStaG		0,090	0,075	0,075	
Entgelt FIMBAG		0,002	0,002	0,002	
Darlehen an KA Finanz AG		0,060	0.503		
Abwicklungskosten ULSG			0,001	0,002	
Sonstige Ausgaben		0,000	0,000	0,000	
Einnahmen	Carrie Marie	0,277	0,572	0,641	
Dividenden aus Partizipationskapital			0,263	0,289	
Haftungsentgelte gemäß IBSG und FinStaG		0,217	0,301	0,332	
Haftungsentgelte gemäß ULSG			0,006	0,016	
Eigenbetrag der Kommunalkredit Austria AG				0,003	
Pönalezahlung			0,002	0,001	
Darlehensrückzahlung KA Finanz AG		0,060			
Sonstige Einnahmen		0,000	0,000	0,000	
Saldo	- 0,900	- 4,618	0,044	0,561	

Im Jahr 2011 betrugen die Ausgaben der UG 46 "Finanzmarktstabilität" 80 Mill. EUR. Wie bereits im Jahr 2010 leistete der Bund 2011 Gesellschafterzuschüsse an die KA Finanz AG in Höhe von 75 Mill. EUR. Dieser Restrukturierungsbeitrag zur Einhaltung der erforderlichen Kernkapitalquote (Tier 1 Ratio von 7 % 4) war bei der Erstellung des Voranschlags nicht vorgesehen.

Die mit der Abwicklung des "Bankenpakets" beauftragte FIMBAG erhielt jährliche Zahlungen in Höhe von 2 Mill. EUR.

⁴ Das Kernkapital (Tier 1-Kapital) setzt sich im Wesentlichen aus dem bilanziellen Eigenkapital zusammen. Es steht dem Kreditinstitut uneingeschränkt und sofort für die Risikound Verlustabdeckung zur Verfügung, sobald sich Risiken oder Verluste ergeben.



Der Bundeshaushalt im Jahr 2011

Im Jahr 2010 beruhten die Ausgaben insbesondere auf der Zeichnung von Partizipationskapital bei der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG zur Stabilisierung der Eigenmittelausstattung in Höhe von 450 Mill. EUR. In den Hauptversammlungen im Mai und Juni 2011 wurde die Herabsetzung des Partizipationskapitals um 771 Mill. EUR (davon 625 Mill. EUR des Bundesanteils) und die Umwandlung des im Juni 2010 gezeichneten Partizipationskapitals in Grundkapital beschlossen.

Die Einnahmen der UG 46 "Finanzmarktstabilität" stammten 2011 im Wesentlichen aus Dividendenzahlungen aus dem Partizipationskapital in Höhe von 289 Mill. EUR (2010: 263 Mill. EUR) und aus Haftungsentgelten gemäß IBSG und FinStaG in Höhe von 332 Mill. EUR (2010: 301 Mill. EUR).

Bei der Erstellung des Bundesvoranschlags 2011 war das BMF von Rückzahlungen des Partizipationskapitals der Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG und der Österreichischen Volksbanken-Aktiengesellschaft von 900 Mill. EUR ausgegangen. Da diese nicht erfolgten, verringerten sich die Einnahmen gegenüber dem Voranschlag in derselben Höhe.

Mehreinnahmen gegenüber dem Voranschlag konnten hingegen bei den Haftungsentgelten gemäß IBSG und FinStaG (+ 95 Mill. EUR) bzw. gemäß ULSG (+ 16 Mill. EUR) erzielt werden.

2.6.2 Österreichs budgetäre Verpflichtungen im Rahmen der europäischen Stabilisierungsinstrumente

Angesichts der prekären haushaltspolitischen Lage einiger EU-Mitgliedstaaten der Eurozone wurden verschiedene europäische Stabilisierungsinstrumente beschlossen.

Diese umfassen die bilaterale Griechenland-Hilfe, die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), den Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM), den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) sowie Maßnahmen des Internationalen Währungsfonds.

Das Gesamtvolumen des Euro-Rettungsschirms betrug zunächst 750 Mrd. EUR, wovon 500 Mrd. EUR von EU-Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt wurden (440 Mrd. EUR der EFSF und 60 Mrd. EUR des EFSM). Die weiteren 250 Mrd. EUR wurden vom Internationalen Währungsfonds (IWF) bereitgestellt⁵.

⁵ Von den ver figbaren IWF-Mitteln wurden bisher 78,5 Mrd. EUR in Anspruch genommen.



Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF)

Am 9. Mai 2010 wurde durch den ECOFIN⁶ die EFSF beschlossen, welche für drei Jahre befristet als Zweckgesellschaft eingerichtet werden sollte. Die Mitgliedstaaten der Eurozone verpflichteten sich in einem Rahmenabkommen, anteilige Haftungen im Ausmaß von insgesamt bis zu 440 Mrd. EUR zu übernehmen. Der Garantieanteil Österreichs betrug 12,24 Mrd. EUR. Am 11. März 2011 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der Eurozone, den Haftungsrahmen der EFSF auf 780 Mrd. EUR zu erhöhen. Davon entfielen rd. 21,64 Mrd. EUR zuzüglich Haftungen für Zinsen und Kosten auf Österreich.

Aus den Mitteln der EFSF wurden bisher Irland und Portugal Krisenhilfen⁷ gewährt. Auch das zweite Griechenland-Hilfspaket wird über die EFSF abgewickelt werden.

Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM)

Die Europäische Kommission kann im Namen der EU über den EU-Haushalt garantierte Anleihen insgesamt bis zu 60 Mrd. EUR aufnehmen und betroffenen EU-Mitgliedstaaten Beistand in Form von Darlehen oder Kreditlinien gewähren. Aus den Mitteln des EFSM wurde bisher Irland und Portugal ein Darlehensrahmen in Höhe von bis zu 48,5 Mrd. EUR eingeräumt.

Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)

Die Finanzminister der Eurozone einigten sich am 20. Juni 2011 über den Vertrag zur Errichtung des ESM. Am 2. Februar 2012 wurde eine überarbeitete Fassung unterzeichnet. Der ESM-Vertrag soll bis Juli 2012 von allen Mitgliedern ratifiziert werden.

Das gezeichnete Kapital soll dabei 700 Mrd. EUR betragen, wovon 80 Mrd. EUR eingezahlt werden sollen. Das Darlehensvolumen wird 500 Mrd. EUR umfassen.

Die Anteile der Mitgliedstaaten am Gesamtkapital beruhen auf dem Aufteilungsschlüssel für das eingezahlte Kapital der Europäischen Zentralbank. Für Österreich ergibt sich demnach ein Anteil von rd. 2,78 %. Der Anteil am genehmigten Stammkapital beträgt rd. 19,5 Mrd. EUR, das einzuzahlende Kapital rd. 2,23 Mrd. EUR.

⁶ Economic and Financial Affairs Council (Rat für Wirtschaft und Finanzen)

⁷ Das Gesamtvolumen der Irland-Hilfe beträgt 85 Mrd. EUR (17,5 Mrd. Irland; 22,5 Mrd. EFSM; 22,5 Mrd. IWF; 17,7 Mrd. EFSF; 4,8 Mrd. Großbritannien, Schweden und Dänemark), jenes der Portugal-Hilfe 78 Mrd. EUR (26 Mrd. jeweils von IWF, EFSM und EFSF).



Der Bundeshaushalt im Jahr 2011

Am 30. März 2012 einigten sich die Finanzminister der Eurozone auf eine gemeinsame Darlehenskapazität von ESM und EFSF von 700 Mrd. EUR und auf einen Zeitplan für die Einzahlung des ESM-Kapitals. Der ESM soll Mitte 2012 seine Arbeit aufnehmen und von da an die primäre Quelle für die Finanzierung neuer Programme sein.

Der Euro-Rettungsschirm umfasst rd. 800 Mrd. EUR, die sich folgendermaßen zusammensetzen:

- ESM 500 Mrd. EUR

- EFSF 200 Mrd. EUR

Bilaterale Griechenland-Darlehen 53 Mrd. EUR

- EFSM 48,5 Mrd. EUR

Der einzuzahlende Anteil des ESM-Stammkapitals ist in den Jahren 2012 bis 2014 in fünf Tranchen einzuzahlen. Für Österreich ergeben sich für 2012 Zahlungen von zweimal 445 Mill. EUR, d.h. insgesamt 890 Mill. EUR.

Griechenland-Hilfspakete

Das erste Hilfspaket für Griechenland umfasste einen Kreditrahmen von 110 Mrd. EUR, wovon auf die Mitgliedstaaten der Eurozone (außer der Slowakei) 80 Mrd. EUR und auf den IWF 30 Mrd. EUR entfielen. Der Anteil Österreichs betrug rd. 2,3 Mrd. EUR. Tatsächlich ausbezahlt wurden bis Ende Dezember 2011 sechs von dreizehn geplanten Tranchen in Höhe von insgesamt 73,0 Mrd. EUR (52,9 Mrd. EUR durch Mitgliedstaaten der Eurozone und 20,1 Mrd. EUR durch den IWF). Österreichs Anteil an den gewährten Griechenland-Darlehen betrug 1,555 Mrd. EUR. Griechenland zahlte 2010 und 2011 Darlehenszinsen in Höhe von 62,58 Mill. EUR an Österreich (2010: 11,51 Mill. EUR, 2011: 51,07 Mill. EUR). Bei Darlehensauszahlung wurde sofort eine Service-fee einbehalten und auf das Zinskonto umgebucht (2010: 3,04 Mill. EUR, 2011: 4,74 Mill. EUR).



Tabelle 8: Griechenland-Hilfspaket

Auszahlungen		EU	IWF	Gesamt	davon Österreich
		in Mrd. EUR			
1. Tranche	Mai 10	14,5	5,5	20,0	0,454
2. Tranche	Sep 10	6,5	2,5	9,0	0,153
3. Tranche	Jan 11	6,5	2,5	9,0	0,191
4. Tranche	Mrz 11	10,9	4,1	15,0	0,424
5. Tranche	Jul 11	8,7	3,3	12,0	0,156
6. Tranche	Dez 11	5,8	2,2	8,0	0,176
Summe	OF THE REAL PROPERTY.	52,9	20,1	73,0	1,555
noch nicht ausgeschöpft		27,1	9,9	37,0	0,745
Rahmen		80,0	30,0	110,0	2,300

Quelle: EU-Kommission Wirtschaft und Finanzen, SAP

Auf EU-Ebene wurde am 21. Februar 2012 eine Grundsatzentscheidung zu Gunsten des zweiten Hilfsprogramms für Griechenland getroffen. Das Paket wurde im März 2012 finalisiert. Es hat ein Volumen von 120,2 Mrd. EUR zuzüglich der 24,4 Mrd. EUR aus dem ersten bilateralen Paket und wird von der EFSF finanziert werden. Dieses Volumen inkludiert den Beitrag der Eurozone zur Schuldenrestrukturierung von 30 Mrd. EUR sowie voraussichtlich 48 Mrd. EUR für die Rekapitalisierung griechischer Banken. Der IWF trägt zusätzlich 28 Mrd. EUR dazu bei.

Durch die Umschuldung reduzieren sich die Anleiheschulden Griechenlands gegenüber privaten Investoren um 53,5 %; diese wurde im März 2012 bereits größtenteils umgesetzt.

2.6.3 Entwicklung der Abgaben

Die öffentlichen Abgaben (UG 16) als größte Einnahmequelle des Bundes betrugen im Jahr 2011 brutto 69,858 Mrd. EUR und waren um 4,366 Mrd. EUR (+ 6,7 %) höher als im Jahr 2010 (65,492 Mrd. EUR). Verantwortlich dafür waren einerseits die Erholung der Wirtschaft nach dem Ende der Rezession im Jahr 2009 (reales BIP-Wachstum 2010: + 2,3 %; 2011: + 3,1 %) und andererseits die steuerlichen Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung 2011.

Die bedeutenden Einnahmenzuwächse bei der Lohnsteuer (+ 1,350 Mrd. EUR), der Umsatzsteuer (+ 925 Mill. EUR) und der Körperschaftsteuer